

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienanbot: Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Samstagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss der Postämter und Postfach-Adressen. 2 Mark für das Abheben Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inertings-Gebühr

Beträgt für die sechs wöchentlichen Kolonialteile oder deren Äquivalent 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: je 100 Wörter 30 Pf. (zweiwöchige 20 Pf. wöchentliche und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Arbeiterverrat des Zentrums.

Aus Rheinland-Westfalen wird uns geschrieben: Nichts ist geeigneter, die Erbitterung der Bergarbeiter zu steigern, als die auch in der Antwort des Zechenbesitzerverbandes vom 13. Februar d. J. auf die Lohnangelegenheit der drei Bergarbeiterverbände wiederkehrende Behauptung, die Organisation der Zechenbesitzer sei „in Lohnfragen nicht zuständig“. Wenn sich die wirtschaftspolitischen Vereinigungen der Grubenherren: Bergbaulicher Verein, Kohlenyndikat und Zechenverband überhaupt nicht mit Lohnfragen beschäftigen, welche Unterlagen sind dann bei der Festsetzung der „Richtpreise“ des Syndikats maßgebend? Die Lohnquote ist der weitaus bedeutendste Teil der Produktionskosten, und da die Erhöhungen der „Richtpreise“ stets vornehmlich mit „gestiegenen Arbeiterlöhnen“ begründet wurden, so muß sich doch die Verammlung der syndikatisierten Werksvertreter auch mit der Lohnbemessung befassen, um die Lohnkosten festzustellen. Oder nicht? Glaubt man das nicht, dann erfolgt die Preisnormierung rein willkürlich. Aber das bestreiten die Werksbesitzer ja ebenfalls.

Vielleicht man das „Jahrbuch“ für den Oberbergamtsbezirk Dortmund durch, dann merkt man bald die lohnregulierende Tätigkeit des Bergbauischen Vereins. Auf den im äußersten Süden wie im äußersten Norden des Kohlenbeckens gelegenen Schichten geht um dieselbe Zeit die Lohndruckschraube ein; im Westen, Osten und in der Mitte, überall zeigt sich fast minutös übereinstimmend dieselbe Lohnschwankung! Und die Öffentlichkeit soll glauben, hier wälte kein einheitslicher Wille? Die Erklärung des Zechenverbandes, er sei „nicht zuständig in Lohnfragen“, mag „juristisch einwandfrei“ sein, aber jeder mit fünf gesunden Sinnen begabte Mensch muß lachen, wenn ihm gesagt wird, es sei dem Bergbauischen Verein, der seit über ein halbes Jahrhundert der anerkannte Repräsentant der rheinisch-westfälischen Grubenherren ist, nicht möglich, auf seine Mitglieder zwecks Lohnregulierung einzuwirken. Die Unternehmerorganisation schließt nur Inkompetenz vor, um auf ihrem Standpunkt: Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen beharren zu können, ohne dies besonders betonen zu müssen!

Es ist nämlich eine gewisse Wandlung in den Publikandum der Werksbesitzervereinigungen eingetreten. Früher, so 1897 gegenüber der Lohnangelegenheit des Zentrums, erklärte sie schroff und ohne Umschweife: Wir erkennen nur die einzelnen Belegschaftsmitglieder als verhandlungsfähig an. 1905 ebenso, worauf der Generalstreik ausbrach. Später änderte sich der Ton der Zechenantworten, er wurde höflicher, und man ließ sich sogar herab, der natürlich stets ablehnenden Antwort manchmal eine längere Begründung beizugeben, deren Tenor dann immer wieder lautete: „Wir sind in Lohnfragen nicht zuständig.“ Man vermeidet es nun, ohne weiteres den Arbeiterorganisationen ihr Existenzrecht zu bestreiten, um die öffentliche Meinung nicht noch mehr gegen die Zechenbesitzerpraxis aufzubringen.

Die Zentrumsvereinsführer haben auch immer wieder die zehnjährige Anerkennung der Arbeitergewerkschaften als Garantie für die „Beruhigung der Industrie“ bezeichnet. „Wenn sich die Zechenbesitzer zur Anerkennung der Arbeiterorganisation verziehen, dann wird sich diese auch als verhandlungsfähiger Faktor erweisen“, erklärte wer weiß wie oft die Generalsekretäre, und die ihr assistierende Zentrumsredakteure. Wer hindert die Beruhigung der Industrie? Noch am 23. Dezember 1911 schrieb der „Bergknappen“-Redakteur Imbusch im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“:

„Mit Gewalt wollen die Vertreter des Grubenkapitals — persönliche Arbeitgeber gibt es hier kaum mehr — die aufstrebende Arbeitererschaft niederhalten und selbst deren berechtigten wirtschaftlichen Forderungen nicht nachgeben. Das muß immer wieder zu Kämpfen führen!“

Derselbe Imbusch schreibt dann im „Bergknappen“ vom 17. Februar, die Bergleute sollten Vertrauen zu dem Wohlwollen der Zechenbesitzer haben, und denunziert die drei anderen Bergarbeiterverbände der unverantwortlichen Geheer! Und die Macher des Zentrumsvereins halten geheime Konferenzen mit „Vertrauensleuten“ ab, wo die längst demontierte Ankündigung einer generellen Lohn-erhöhung immer noch den Vorwand abgeben muß für eine Stimmungsmache im Sinne der „gesunden gelben Gedanken“. Tausendmal sind die Mitglieder auf eine „energische Lohnbewegung, wenn die Konjunktur günstig ist“, verpflichtet worden. Daß es in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder wegen der unbefriedigenden Lohnverhältnisse gärt, gesteht der im „Bergknappen“ vom 10. Februar veröffentlichte Geschäftsbericht für 1911 zu, wo es heißt:

„Unangenehm wirkte auch auf unseren Abschluß ein, daß wir im letzten Herbst (!) außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend in der Agitation sein mußten. Eine radikalere Agitation hätte bei dem tatsächlich vorhandenen Süßstoff und der von unverantwortlichen Radikalisten betriebenen Verheerung sehr leicht im Herbst einen für die Bergleute und noch mehr für die Arbeiter der anderen Industrien und die Allgemeinheit schädlichen Streik im Gefolge haben können!“

Als am 12. Oktober 1911 die erste Vorstandskonferenz wegen einer anzuleitenden Lohnbewegung stattfand, da ver-

sicherten die drei Vertreter des Zentrumsvereins, ihres Wissens sei in der Arbeitererschaft keine erregte Stimmung vorhanden! Jetzt bekundet der Geschäftsbericht des Zentrumsvereins das genaue Gegenteil. Mit den „unverantwortlichen Radikalisten“ kann der „Bergknappen“ nur seine Mitglieder meinen, denn niemand hat, ohne für die Konsequenzen einzustehen, den Mund so voll überradikaler Worte genommen wie gewisse Sekretäre des Zentrumsvereins. So erklärte der Sekretär Franz Hüfkes am 26. Juli 1908 in Koblenz (Pfalz), es müsse ein Gewerkschaftsbeitrag von 3,50 M. monatlich erhoben werden, dann würde der Gewerksverein bald ein großes Millionenvermögen besitzen:

„Mit einem Kapital von 35 Millionen Mark kann aber die deutsche Industrie auf Jahre hinaus ruiniert werden! Es muß mit brutaler Offenheit gesagt werden, daß wir des Bettelns und Bittens müde sind.“

Derselbe Hüfkes, der in gleicher Rede die Befürchtung aus sprach, der alte Verband würde nicht so radikal vorgehen (!), hat 1911 im Ruhrgebiet gelbe Reden gegen die „toten Streikbeher“ gehalten. Der „Bergknappen“ schmetterte am 4. Dezember 1909 gegen den Zwangsbeitragsnachweis, er solle die Bergarbeiter „in willenslose Sörgigkeit“ bringen, darum: „Auf zum Massenprotest auf der ganzen Linie! Wieder mit der Volk und Vaterland überlebenden kapitalistischen Willkür!“

Kann man radikaler „hegen“? Und der Generalsekretär Johann Effert kündigte 1909 einen „Weißbrand“ an, wenn die Unternehmer halsstarrig blieben. Effert sagte:

„Allgemein herrscht unter den Bergleuten die Ueberzeugung, daß der Kampf, der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein kommen werde und kommen muß!“

Es ist notwendig, diese Vorgänge heute zu unterstreichen, damit die Öffentlichkeit die augenblickliche Haltung der Zentrumsvereinsleitung zumwärtigen weiß. Jetzt ist der Zeitpunkt da, wo die außerordentlich günstige Konjunktur, die internationale Kohlenmarktlage und die unzulänglichen Lohnverhältnisse der Arbeiter ein gemeinsames Vorgehen aller auf der Verbeugung gewerkschaftlich Anspruch erhebender Bergarbeiterverbände gebietet, und noch nie zuvor war die Aussicht, ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens die Zechenbesitzer zu Zugeständnissen zu veranlassen, größer wie augenblicklich! Gerade jetzt entwickeln die vordem so überradikal agierenden Zentrumsvereinsführer „gesunde gelbe Gedanken“.

Dabei weisen die Herren auch hin nach England. Der „Bergknappen“ bringt es fertig, zu schreiben, gerade „jetzt“ hätten die deutschen mit den englischen Bergleuten keine gemeinsamen Interessen:

„Wir Arbeiter im deutschen Bergbau haben mit unseren Arbeitgebern gemeinsam ein Interesse an einem möglichst großen Absatz und an ausreichend hohen Kohlenpreisen. Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter im deutschen Bergbau läge jetzt ein Streik im englischen Bergbau. Es wäre dann möglich für uns, neue Absatzgebiete zu gewinnen und in Zukunft die bei uns geschaffenen Produktionsmöglichkeiten besser wie bisher auszunutzen.“

Vor kurzem noch klang das Lied entgegengesetzt. Da oerrierten gerade die zentrumschristlichen Ueberradikalisten vor ihren Leuten mit einem internationalen Kohlengräberstreik. Nach der „Rhein-Westf.“ vom 30. Januar 1909 hat ausgeredet Generalsekretär Effert zu einem ihrer Redakteure gesagt:

„Der Schlag (gegen die Zechenherren) soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe und die ganze Industrie lahmgelegt werden. Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unterderhand Verhandlungen angeknüpft werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützungen gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen.“

Also vor drei Jahren rechnete Effert bestimmt auf die Hilfe der Engländer, um einen lähmenden Schlag gegen die deutsche Industrie führen zu können. Jetzt sollen umgekehrt die Bergleute Deutschlands ihren englischen Kameraden ihren Kampf erschweren durch Forcierung der Kohlenausfuhr. Daß man niemals etwas Törichtereres und Selbstmörderischeres von einem Geldführer erlebt? Wenn es den englischen Arbeitern gelingt, ihre Minimallohnforderungen durchzusetzen, dann kann das doch nur günstig auf die kontinentalen Bergarbeiterverhältnisse einwirken.

Um das augenblickliche Verhalten der Zentrumsvereinsleitung ganz würdigen zu können, muß man auch wissen, daß ihre Vertretung in der Vorstandskonferenz am 12. Oktober 1911 gerade in dem Ausbruch des englischen Generalstreiks ein Moment erblickte, das auch die Einleitung einer Lohnbewegung im Ruhrbergbau begünstigen würde. Angehts der frivolen Anschuldigungen gegen die drei anderen Verbände muß gesagt werden: Im Oktober war noch starke Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Lohnfrage im englischen Bergbau vorhanden. Die Vertreter des Zentrumsvereins erklärten damals den anderen Vorstandsvertretern, in England würde man sich doch wieder einigen, dadurch würde die Lohnbewegung in Deutschland erschwert. Sollte es aber wider Erwarten in England doch zum Generalstreik kommen, dann drete auch für die — damals durch einen Beschluß gegen sofortige Lohnangelegenheit festgelegte — Gewerks-

vereinsleitung eine andere Sachlage ein! Die Gewerksvereinsvertreter haben im Oktober 1911 den Ausbruch des englischen Generalstreiks in seinen Wirkungen auf eine Lohnbewegung der Bergleute Deutschlands genau so beurteilt wie die Vertreter der drei anderen Verbände! Das war auch entscheidend für den einstimmigen Beschluß der damaligen Vorstandskonferenz, die vom Sirich-Dunderschen Gewerksverein in Vorschlag gebrachte Lohnangelegenheit zu verlagern — am besten bis nach der Reichstagswahl, damit die Lohnbewegung keinerlei parteipolitische Gepräge erhalte. Das letztere schlugen vor allem die Vertreter des „alten Verbandes“ vor, um der gegen ihn — auch jetzt wieder — erhobenen Denunziation zu begegnen, die Lohnbewegung solle „Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen treiben“. Und nun, wo der im Oktober von den Vertretern des Zentrumsvereins im Interesse einer für die deutschen Bergleute erprießlichen Lohnbewegung sozusagen ersehnte englische Generalstreik unvermeidlich scheint, nun erklärt die Gewerksvereinsleitung, dieser Generalstreik müsse nicht für eine gemeinsam durchgeführte Lohnbewegung, sondern für eine Erhöhung der deutschen Kohlenausfuhr ausgenutzt werden! Darauf mache man sich einen Bers.

Der erste Schritt zur Parteispaltung?

Rom, den 23. Februar.

Was seit langem unvermeidlich schien, ist eingetreten: die Parlamentsfraktion der italienischen Partei hat sich gespalten. Dadurch ist ein durch das Votum der Fraktion selbst am 8. Februar tatsächlich geworden Sachlage in eine Rechtslage verwandelt worden. In Bologna beschloß die Fraktion, jedes ihrer Mitglieder nach eigenem Ermessen in der Kammer stimmen zu lassen: ihre tatsächliche Einheit hatte somit an diesem Tage aufgehört. Am Abend des 2. Februar haben dann die Turatianer in Rom die Gründung einer eigenen sozialistischen Partei-Fraktion beschlossen, die die Unterordnung unter die Parteitagsschlußbeschlüsse zur Grundlage hat. Gleichzeitig hat die neue Fraktion den sofortigen Zusammenschluß des Parteivorstandes angetrieben, dem es obliegt, darüber zu entscheiden, ob die neue Fraktion als offizielle parlamentarische Vertretung der Partei anzusehen ist oder nicht. Der Parteivorstand wird am 27., 28. und 29. in Rom tagen.

Es ist keine ganz leichte Aufgabe, die verworrenen inneren Parteiverhältnisse in Italien dem Verständnis der auswärtigen Genossen nahe zu bringen. Vor allem ist zu betonen, daß die heutige Spaltung die Partei nicht etwa in zwei Gruppen teilt, deren eine von den Reformisten und die andere von den Intransigenten gebildet würde. Vielmehr geht die Spaltung durch das reformistische Lager selbst, indem sich die Turatianer oder Linksreformisten gegen die Dissolutorien oder Rechtsreformisten wenden. Die Intransigenten, die in der Kammer nur über zwei Mandate verfügen, aber in der Partei selbst mehr als ein Drittel der Gesamtheit ausmachen, traten in der heutigen Situation auf die Seite der Turatianer.

Will man dem heute zu seinem stärksten Ausdruck gekommenen Mißpact bis in seine Anfänge nachgehen, so muß man ziemlich weit zurückgreifen. Man kann wohl sagen, daß er an dem Tage einsetzte, wo die organisierten Massen anfangen, den Glauben an den Ministerialismus und an die Bündnispolitik zu verlieren. Die Enttarnung der Massen, die mit unerkennbarer Deutlichkeit wohl schon seit mehr als drei Jahren hervortritt, hat die erste Grundlage zur Scheidung der Reformisten in einen rechten und einen linken Flügel gelegt. Ein Teil der Reformisten zog aus dem Verhalten der Massen den Schluß, daß die reformistische Taktik, an der dieser Teil noch wie vor festhält, praktisch undurchführbar sei, solange der Arbeitererschaft das Verständnis für sie gebrähe. Man ging auch weiter und gab zu, in dieser Taktik zu viel getan zu haben, wodurch die Angriffskräfte des Proletariats geschwächt und der Massencharakter der Partei beeinträchtigt wurde. Aus diesem Streben heraus, sich den Massen wieder zu nähern, wendeten sich die Turatianer vor zwei Jahren in Mailand gegen die Bündnispolitik, hielten aber noch an dem Ministerialismus fest. Je mehr aber die Parteifraktion durch die ministerialistische Taktik verjumpt, um so mehr suchten die Turatianer nach einem Mittel, um mit dem Ministerialismus zu brechen, ohne ihre reformistischen Voraussetzungen zu sabotieren.

In dieser Situation erwies sich die Tripolisaffäre als Kettstein. Gleichsam instinktiv nahmen die Linksreformisten das Kolonialabenteuer als Anlaß, um sich mit größter Hefigkeit gegen das Kabinett zu wenden. Sie zeigten hierbei, daß sie in der Einschätzung der politischen Situation den Massen näher standen als die Rechtsreformisten, die dafür die Logik und Konsequenz auf ihrer Seite hatten.

Auch die Dissolutorien sind Gegner des Kolonialkriegs, obwohl sie ihre Gegnerschaft anders begründen als die übrige Partei; aber sie halten dafür, daß die Tripolisaffäre die Parlamentsfraktion nicht abhalten dürfe, durch ihre Unterstützung von dem Ministerium alles zu erlangen, was irgend zu erlangen ist. Für sie ist das Kolonialabenteuer keine Bestände der bürgerlichen Politik, sondern — und darin haben sie völlig recht — nur eine ihrer normalen und allezeit potentiell gegebenen Neigungen. Darum wollen sie nach wie vor zu Gewalttätigkeiten, von dem sie das Verschleppungsmonopol und die Wählerrechtserweiterung erwarten, ohne sich irgendwie daran zu kehren, daß diese ihre Haltung den Massen völlig unverständlich ist, sie entzweien und abstoßen muß und in ihnen die Auffassung auskommen läßt, daß Dissolutorien und die Seinen gar nicht Gegner des Krieges seien.

Auf diesem Stadium war der Konflikt zwischen den Rechten und

der Dinken des Reformismus schon auf dem Parteitag von Modena angelangt. Die Rechtsreformisten, die noch in Mailand mit den Turatiern gestimmt hatten, waren in Modena nur eine kleine Minderheit und konnten es nicht verhindern, daß dort eine Tagesordnung durchging, die jede „systematische Unterdrückung“ des Modenets ausschloß. Auf der Interpretation dieses Beschlusses baut sich der heutige Konflikt auf. Was ist systematische Unterdrückung? Turati selbst hat noch in Modena gesagt, daß die gelegentliche Gewährung eines Vertrauensvotums nicht als systematische Unterdrückung aufzufassen sei. In der Folge hat aber die Fraktion durch ihr Votum vom 8. Februar den Beschluß von Modena dahin gedeutet, daß dem Ministerium unter keinen Umständen ein Vertrauensvotum zu gewähren sei, auch dann nicht, wenn es in Sachen des Versicherungsmonopols oder der Wahlrechtsveränderung gefordert werden sollte. Gleichzeitig wurde damals die Autonomie der Gruppen innerhalb der Parlamentsfraktion anerkannt.

Was schließlich zum Bruch geführt hat, war weniger eine konkrete Tatsache, als das Gefühl der Unertüchlichkeit und der inneren Sinnlosigkeit des formellen Zusammenstehens von Kräften, die noch einer entgegengesetzten Richtung streben. Am Morgen des 22. erklärten die Rechtsreformisten, auf alle Fälle an der Ehrung für die gefallenen Soldaten teilzunehmen, indem sie sich in der Kammer von den Sitzen erhaben. Gleichzeitig wurde ein Beschluß gefaßt, der der Minderheit zur Pflicht machte, sich der Mehrheit zu beugen. Als dann bei der Abstimmung über die Ehrung die Linksreformisten mit 14 gegen 17 Stimmen in der Minderheit blieben, brachen sie selbst mit der von ihnen geforderten Disziplin und blieben der Eröffnungsfeier der Kammer fern. Am Abend desselben Tages beschloßen sie dann die Gründung einer neuen Fraktion.

Die Bissolatiener sind am Abend des 23. zusammengetreten und haben in einer Tagesordnung hervorgehoben, daß die Spaltung von den Linksreformisten gerade in dem Moment proklamiert worden wäre, in dem die Rechtsreformisten selbst sich der Disziplinlosigkeit schuldig machten. Die Resolution bedauert den Schritt um so mehr, als die Fraktion in dem Votum gegen die Tripolisaffäre geschlossen vorgegangen ist. Schließlich erklärten sich die Bissolatiener bereit, mit dem Parteivorstand über die Einheit und Disziplin der Fraktion zu diskutieren, betonen aber, daß sie auf alle Fälle für das Monopol und für die Wahlrechtsveränderung stimmen würden, im Einklang mit dem Beschluß des Parteitages von Modena.

So betradet schrumpft der Konflikt zu einer Auslegungsfrage des Parteitagbeschlusses zusammen. Im Grunde aber ist er trotz dieser äußeren Form etwas ganz anderes. In Bissolati und den Seinen hat der Reformismus seine letzten Konsequenzen gezogen. Ihm erscheint die sozialistische Partei als eine politische Partei unter vielen, die die Aufgabe hat, geschickt und biegsam proletarische Interessen zu vertreten, ohne sich darum zu kümmern, ob diese Vertretung im Einklang mit dem Massenbewußtsein des Proletariats und mit seinen idealen Bedürfnissen steht. Es ist die Politik des Patronats und der Fürsorge, die ihren Weg geht und das Proletariat zurückläßt, in dessen Namen sie zu handeln wähnt. Die Linksreformisten auf der anderen Seite haben die Klust ertessen, die sich bei konsequenter Durchführung ihres Reformismus zwischen ihnen und den Massen aufbauen würde. Und sie haben den Kontakt mit den Massen zu bewahren gesucht, auch unter Preisgabe ihrer Folgerichtigkeit. Dadurch haben sie die Scheidewand zwischen reformistischem Sozialismus und bürgerlichem Radikalismus aufrechterhalten, die intellektuelle Konsequenz und geringes proletarisches Empfinden bei den Bissolatienern niedrigergerissen haben. Wir glauben, daß die echten Reformisten sich heute um Bissolati scharen und mit ihm seit langem aus der Partei als einer idealen Einheit ausgeschieden sind. In der Partei bleiben jene Reformisten, die ihre theoretischen Voraussetzungen nicht zu Ende denken wollen, sondern sich an die Massen halten, aus denen sie Kraft und Glauben ziehen, und von denen sie die Rücksicht einer Massentatler empfangen, die schlicht und großartig, ohne diplomatische Geschicklichkeit und schlaue Wendungen, auf scharfe Ausprägung des Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat hinarbeitet.

Die praktischen Folgen der durch die Gründung einer neuen Parlamentsfraktion geschaffenen Lage sind bis jetzt nicht deutlich anzusehen. Das Organisationsstatut unterstellt die Fraktion dem Parteivorstande nicht. Es wird diesem daher nicht leicht sein, eine Handhabe zum Eingreifen zu finden. Indem er einfach die neue Fraktion als die einzige berechtigte Vertretung der Partei im Parlament anerkennt, würde er einen kleinen Staatsstreich begehen, der kaum zu rechtfertigen wäre. Die herrliche Autonomie unserer Partei hat uns dahin gebracht, daß an allen Ecken und Enden die zuständige Instanz fehlt. Der einzige Ausweg liegt vielleicht in der Autonomie selbst. Jeder Abgeordnete leitet sein Mandat von den Parteifractionen seines Wahlkreises her. Diese müssen entscheiden, ob sie ihren Abgeordneten weiter als im Einklang mit den Parteitagbeschlüssen stehend ansehen oder nicht. Immerhin kann man sicher sein, daß die Entscheidung der Sectionen, falls der Parteivorstand diese anrufen sollte, nicht eindeutig ausfallen wird. Einige wenige Sectionen werden die rechtsreformistischen Abgeordneten weiter als Vertreter betrachten, so daß wir zwei dissonante Parlamentsfraktionen als Emanation einer Partei in der Kammer haben könnten. Eine klare Rechtslage kann nur ein neuer Parteitag schaffen, dessen außerordentliche Einberufung durch die ganze Situation nahegelegt ist. Die Mailänder Parteifraktion hat sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen.

Die heutige Krise erschüttert die Partei und wird nicht allzu leicht zu überwinden sein. Trotzdem ist sie als eine Erlösung zu begrüßen. Der offene Zwiespalt wird Klarheit und Selbstbestimmung bringen. Wenn die Partei auch durch ihn Parlamentsmandate einbüßen wird, so wird sie an innerer Festigkeit und Selbstheit gewinnen.

Der Krieg.

Das Annektionsdekret vor der Kammer.

Rom, 24. Februar. Die großen Erwartungen, die das Publikum an die Diskussion über das Annektionsdekret geknüpft hatte, sind durch die geistige Sitzung nicht erfüllt worden. In 4½ Stunden wurde alles abgewickelt, so daß der Hurrapatriotismus gar nicht Gelegenheit fand, seinen Vortritt an Begeisterung und an Entzückung an den Mann zu bringen.

Was die sozialistischen Redner betrifft, so wurde ihnen trotz der obligatorischen Zwischenrufe der Entrüstung wesentlich größere Aufmerksamkeit zuteil als den bürgerlichen. Cicotti, der ja bekanntlich wider Sozialist ist, legte mit großer Mühe und Sachlichkeit seine unbedingte Gegnerhaftigkeit gegen das Kolonialabenteuer dar. Er wies auf den völkerrechtlichen Widerspruch hin, der darin liegt, Tripolis zu annektieren und gleichzeitig die Integrität des osmanischen Reiches zu gewährleisten und belagerte dann die geringe Fähigkeit der Italiener zur Kolonisation sowie die finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens. Anstatt Tripolis zu einem Anhängsel Italiens zu machen, würde Italien wahrscheinlich ein Anhängsel Tripolitaniens werden. Weiter wies er auf den Anstau hin, der dem Lande entzogen würde, das seiner noch so dringend bedarf, und schloß mit der Erklärung, daß es nicht angebracht sei, hier in der Höhe des Landes zu sprechen,

denn Ehe und Ruhm eines Staates liegen nicht in den Kriegszuständen, sondern in Frieden und Gerechtigkeit.

Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Kammer der Rede Bissolatis. Diese setzte mit der Erklärung ein, daß Redner im Auftrage der Minderheit der sozialistischen Parlamentsfraktion spreche. Er und die Seinen mißbilligen den Krieg; trotzdem glaubt er nicht, daß es im Interesse des Proletariats liege, sich durch offene Feindseligkeit in Antagonismus zum übrigen Teil der Nation zu setzen. Dann geht der Redner auf die verschiedenen Gründe über, durch die man das Unternehmen zu rechtfertigen sucht und sagt, daß von diesen nur ein einziger richtighaltig wäre, nämlich der, daß eine andere Nation ihre Hand auf Tripolis legen konnte. Diesem Ereignis hätte Italien auf keinen Fall friedlich zusehen können. (Beifall bei den Ministeriellen.) Trotzdem glaubt Redner, daß die Expedition nicht berechtigt war, weil allein der diplomatische Einfluß Italiens genügt hätte, um die Besetzung durch eine andere Macht zu verhindern. Bissolati wendete dann seine Kritik gegen das Annektionsdekret, das die Situation nur verschlimmert hätte. Man hätte geglaubt, die Türkei dadurch von der Möglichkeit weiteren Widerstandes zu überzeugen und hätte doch nichts anderes erzielt, als sie zu verzweifelterem Widerstand zu treiben. Meistens wäre die Tragweite des Dekrets noch von der Kammer festzusetzen, und es müßte jedenfalls gewünscht werden, daß die italienische Souveränität mit der Anerkennung des Kalifen von Konstantinopel als rechtmäßiger Oberhaupt vereinbar wäre. (Murre; Widerspruch bei den Ministeriellen; der Ministeriale Cameroni ruft dagegen: Mohammedanischer Alexistaler! Unruhe.) Indem wir gegen das Dekret stimmen, führt Bissolati fort, wollen wir unsere Verantwortlichkeit von der Regierung und der der großen Mehrheit der Kammer trennen, ohne jedoch unsere Pflicht nationaler Solidarität in diesem ersten Augenblick zu vergessen. Wenn das Unternehmen, wie wir glauben, ein Verbum war, der Italien teuer zu stehen kommen wird, so müssen wir doch erkennen, daß dieser Verbum von einer Bewegung getragen wurde, die, mit Ausnahme des in der sozialistischen Partei organisierten Proletariats, die ganze Nation mit sich fortzieht. (Anhaltender Beifall bei den Ministeriellen.) Trotzdem konnten wir unsere Heberzeugung hier nicht verschweigen, aber wir wollen durch unsere Haltung nicht die schwierige Lage verschlechtern, in der sich das Vaterland befindet. Diejenigen, die in Konstantinopel auf unsere Opposition spekulieren, sollen wissen, daß wir unter keinen Umständen die höchsten Interessen Italiens aus dem Auge verlieren werden. (Anhaltender Beifall.)

Mit weit größerer Feindseligkeit wurde Turati aufgenommen. Er erinnert an frühere imperialistische Träume, die in Ababa ihr kühles Ende fanden (Große Unruhe) und spricht den Wunsch aus, daß diesmal nicht ein ähnliches Unglück, sondern der gesunde Menschenverstand das Vordringen auf dem Wege der Abenteuer anhalten möge. Das Proletariat braucht eine kolonialpolitische Arbeit, nicht eine solche der Waffen. Italien kann sich nicht in solche Abenteuer stürzen, arm und elend, wie das Land ist. (Widerspruch; Zwischenrufe; minutenlanges Tumult; von den Tribünen wird „Es lebe Italien!“ gerufen.) Turati fortfahrend: Die Regierung hat unter dem Vorwand einer historischen Fatalität jede Verantwortlichkeit abgelehnt. Ich glaube, daß Bissolati sich der Fatalität entziehen konnte, indem er ging. Man wende nicht ein, daß Deutschland Tripolis besetzt haben würde. Das ist nicht wahr. Auf alle Fälle, was lag daran? Meinestwegen konnte die ganze Welt hingehen, wir haben an die Barbarei zu denken, die wir im eigenen Lande haben. (Anhaltender Unruhe.) Außerhand, das Gebrüll der Mehrheit weiter zu überdönen, schließt dann Turati mit folgenden Worten: Ich habe hier nichts anderes zu tun, als ein Unternehmen zu verurteilen, das Euch und uns zusammen zugrunde richten wird. Ich bin gegen Euch, gegen die Mehrheit, gegen Eure Politik, jetzt und für immer, um mich nicht von meiner Vergangenheit zu trennen und nicht von meiner Zukunft.

Mit den Reden der Opposition war das Hauptinteresse des Tages erschöpft. Ein Republikaner machte noch verlaufene Reden und Herr I. besiegelte seine endgültige Postion von der Partei und dem Sozialismus, indem er für das Annektionsdekret sprach, natürlich unter dem Beifallsgebrüll der Mehrheit.

Der Ministerpräsident, der vor der Abstimmung des Wort nahm, antwortete kurz und sachlich den einzelnen Rednern. Hervorzuheben ist, daß er Bissolati in der Auffassung bekräftigte, daß der Begriff der Souveränität durch die Kammer festgelegt und begrenzt werden müßte. Von den Kolonialkriegen sagte Bissolati, daß sie die einzige heute berechtigte Form des Krieges darstellen, worauf ihn Genosse Frampolini zurück: Der Kolonialkrieg ist der ruhmloseste von allen. Schließlich betonte der Ministerpräsident in Abrede, daß von den anderen Mächten PreSSION ausgeübt worden seien, um Italien in seiner kriegerischen Aktion zu beschranken. Wenn die Aktion im Ägäischen Meere unterbleiben ist, so waren dafür ausschließlich die Interessen Italiens, nicht die PreSSION einer anderen Macht ausschlaggebend.

Schließlich wurde das Gesetz Nr. 431 gegen 38 Stimmen bei einer Stimmenhaltung, der des Republikaners Chiesa, angenommen. Dagegen stimmten alle antwortenden Sozialisten (Enrico Ferri rechnet sich nicht als solchen), drei Republikaner und zwei Liberale, Herr Cacciani und der Abgeordnete Pinchia. Das heißt der Phrasen ist vorbei: nun wollen wir abwarten, wie sich die Kriegsbegeisterung der Bourgeoisie zu den Kriegslasten stellen wird.

Das Bombardement von Beirut.

Die italienische Flotte kann eine neue Großtat in ihr Heldentum verzeichnen. Den Bombardements der unbefestigten Küstentowns Tripolitaniens und der Grenaisa reißt sich jetzt die Beschießung des gleichfalls unbefestigten Beirut an der kleinasiatischen Küste würdig an. Bei dieser Aktion zweier moderner italienischer Kreuzer kann von Tapferkeit nur gesprochen werden in bezug auf die Haltung des türkischen Kanonen- und Torpedobootes, die sich mutig den Granaten der italienischen schweren Schiffgeschütze aussetzten. Geradegu barbarisch gehandelt hat aber der Kommandant der italienischen Schiffe, daß er seine Kanonen auch auf die friedliche und wehrlose Stadt richtete. In der internationalen Presse finden daher die Italiener auch keine Verteidiger ihres brutalen Vorgehens, wenn auch die Entzückung der bürgerlichen Blätter wie immer einen starken Stich ins Pharisäische hat. Die Kanonade auf Beirut kann aber auch ernste internationale Folgen zeitigen, denn die Bevölkerung der Türkei, besonders in Kleinasien, kann durch solche sinnlose Schießereien gegen alle Fremden aufgereizt werden. Die Abwendung von Kriegsschiffen durch die Großmächte in die kleinasiatischen Gewässer deutet darauf hin, daß man mit solchen Möglichkeiten rechnet. Jede weitere Aktion der italienischen Flotte, die die Dinge auf dem tripolitaniischen Kriegsschauplatz nicht einen Fuß breit weiter bringt, kann aber die Lage auf dem Balkan und die internationale Situation aufs gefährlichste komplizieren.

Das Bombardement in italienischer Darstellung.

Rom, 25. Februar. (Mitteilung der „Agenzia Stefani“.) Von dem Admiral Caravelli, dem Kommandanten des italienischen Geschwaders, zu dem die Kriegsschiffe „Garibaldi“ und „Ferruccio“ gehören, ist folgendes Telegramm hier eingelaufen: Bei Tagesanbruch überraschte ich hier im Hafen von Beirut das türkische Kanonenboot „Avn-Isak“ und ein türkisches Torpedoboote. Wir forderten sie zur Uebergabe auf und gewährten ihnen eine Frist bis 9 Uhr vormittags. Dies wurde dem Gouverneur und den Konsularbehörden durch Vermittelung eines an Bord gekommenen türkischen Offiziers mitgeteilt. Um 9 Uhr forderten wir die beiden türkischen Schiffe durch Signal abermals zur Uebergabe auf. Da keine Antwort erfolgte, eröffneten wir das Feuer gegen das

Kanonenboot, das dieses lebhaft erwiderte. Um 9 Uhr 20 Minuten war das Kanonenboot zum Schweigen gebracht; an Bord brach Feuer aus. Ich ließ unser Artilleriefeuer einstellen und fuhr mit dem „Garibaldi“ allein zur Hafeneinfahrt, von wo aus das Torpedoboote zerstört wurde. Das Geschwader entfernte sich darauf.

Von einer Beschießung der Stadt Beirut selbst kann demnach nicht die Rede sein.

Die Stadt Beirut doch beschossen!

Konstantinopel, 25. Februar. Eine Depesche des Valis von Beirut vom heutigen Tage besagt, er habe festgestellt, daß während des getrigen Bombardements fünf Kanonenkugeln die Banque Ottomane getroffen haben, drei eine deutsche Bank, die gegenüber liegt, fünf die Rai-Vogel-Aus-Gesellschaft, eine Kugel die Bank von Saloniki und eine Kugel das Postbureau. Eine Kugel traf ferner eine Privatbank im Innern der Stadt. Mehrere private Geschäftsläden wurden mehr oder weniger beschädigt. Einige Kugeln fielen in den städtischen Gärten, andere trafen auch das Postamt und beschädigten die dort lagernden Waren. Während der getrigen Erregung wurden bei einem Waffenhändler einige Waffen geraubt. Die Schuldigen werden gesucht. Die genaue Zahl der Getöteten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt. 60 Mann des Kanonenbootes „Avn-Isak“ werden vermißt. Ein Geschütz fiel in das Libanondorf Djedide, welches 6 Kilometer vom Hafen entfernt liegt und explodierte, ohne Schaden anzurichten. Es heißt, daß die Italiener auch zwei Torpedos gegen die „Avn-Isak“ abgeschossen haben.

Konstantinopel, 25. Februar. Eine Konsulardepesche aus Beirut bestätigt, daß bis gestern Abend kein Fremder getötet oder verwundet worden ist. Die Ausländer seien außer Gefahr. Das Telegraphenamt in Beirut wurde außerhalb des Bereiches der italienischen Geschütze eingerichtet.

Die Leute rühmen sich noch!

Rom, 25. Februar. Der Marineminister Cattolico teilte im Senat die bereits bekannten Depeschen über das Vorgehen der Flotte gegen Beirut mit und erklärte, dieses Unternehmen sei nicht ohne Schwierigkeiten gewesen, besonders infolge der Raumbeschränkung im Hafen und der Möglichkeit, daß neutrale Schiffe und nahe am Meere liegende Häuser beschädigt würden; trotzdem sei das Unternehmen mit Energie und Entschlossenheit, aber auch mit Mäßigung durchgeführt worden. (Beifall.) Er glaube das Haus auf das glänzende (!) Vorgehen der beiden Schiffe hinweisen und den Admiral, die Kommandanten, Offiziere und Mannschaften des „Garibaldi“ und des „Ferruccio“ rühmen (!) zu müssen. (Langanhaltender Beifall.)

Türkische Repräsalien.

Konstantinopel, 25. Februar. Der Minister hat die Ausweisung der in den Vilajets Aleppo, Beirut, Syrien ansässigen Italiener mit Ausnahme der Ordensgeistlichen beschlossen. Den Ausgewiesenen wird eine Frist von vierzehn Tagen gewährt, innerhalb deren sie das Land verlassen müssen. In Beirut ist der Belagerungszustand erklärt worden.

Konstantinopel, 25. Februar. Wie verlautet, geht der Beschluß des Ministerrats dahin, daß die Italiener aus allen Gegenden ausgewiesen werden, welche in der Folge von der italienischen Flotte angegriffen werden sollten. Einem Bericht zufolge soll die Regierung beabsichtigen, auch einige der wohlhabenden Klasse angehörige Italiener aus Konstantinopel auszuweisen.

Finanzielle Forderungen der italienischen Regierung.

Rom, 25. Februar. Finanzminister Tedesco hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den für das Kriegsministerium ein außerordentlicher Kredit von 140 Millionen und für das Marineministerium ein solcher von 30 Millionen Lire verlangt wird. Von den 140 Millionen sind 98 Millionen für die Kosten für das Expeditionskorps und die Reservemannschaften bis einschließlich Februar und 42 Millionen für die Erlegung der nach Ägypten transportierten Kriegsvorräte bestimmt. Die Vorlage sieht ferner einen Kredit von 35 Millionen vor, von denen 20 Millionen für den weiteren Erwerb von Kriegsmaterial und 15 Millionen für den Truppenunterhalt bestimmt sind. Die Gesamtausgabe von 205 Millionen wird gedeckt aus den Ueberschüssen der Budgets bis 1910/11 und der Rest durch den Ueberschuß des Budgets 1911/12 und durch sechs gleichmäßige Kredite, welche auf die Finanzjahre 1912/13 bis 1917/18 verteilt werden. Endlich sieht die Vorlage einen Kredit von 10.800.000 Lire vor für dringende Hofarbeiten in Tripolis, Benghasi, Derna und Homs, ferner für den Verwaltungs-, Sanitäts-, Telegraphen- und Telephondienst in Libyen, darunter für die Rebel Syracus-Tripolis und Syracus-Benghasi sowie das Telephonnetz in Tripolis.

Italiensfeindliche Vorgänge in Tunis.

Tunis, 26. Februar. Im Laufe eines Streites mit Eingeborenen ist ein Italiener getötet worden. Darauf fand eine Kundgebung vor dem italienischen Konsulat statt. Patrouillen durchziehen die Straßen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1912.

Sozialpolitik und Dreiklassenparlament.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Die Generaldebatte über diesen Etat zeigt, wie wenig in sozialpolitischer Hinsicht vom Dreiklassenparlament zu erwarten ist. Anstatt auf die Regierung einen Druck auszuüben und sie endlich zur Erfüllung ihrer sozialpolitischen Aufgaben anzureizen, entblödeten sich die Vertreter der Mehrheitsparteien nicht, die Verrücktheit des geringen Arbeiterschutzes, den wir in Preußen haben, zu fordern und die Regierung gegen die organisierten Arbeiter scharf zu machen. Als erster marschierte der konservative Renommierhandwerker Herr Hammer auf, der seiner Gewohnheit entsprechend über alle Dinge sprach, von denen er nichts versteht, die Tenierung ablegnete, gegen Baukontrollen aus der Arbeiterschaft zu Felde zog, die Schöneberger Stadtverwaltung rüffelte, weil sie einen Sozialdemokraten mit der Leitung des Arbeitsnachweises betraut hat, dem Berliner Polizeipräsidenten einen scharfen Tadel ansprach, weil er auf seine — Herrn Hammers — Vorstellungen hin seine Verfügung über die Herabsetzung der Zahl der Ausnahmestellen beim Achtstundenschluß nicht zurückgenommen hat, um dann zum Schluß einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen zu fordern. In ähnlichem Sinne sprach der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Grunenberg, der sich außerdem noch über die Konkurrenz der Warenhäuser gegen die Kleinbetriebe äußerte. Nachdem so die Vorkämpfer einer Dreiviertelmehrheit des Landtags — allerdings nur einer Minderheit des brennlichsten Volkes — ihre reaktionären Sprüche hergesagt hatten, äußerte sich der Abg. Rosenow (Fp.) in einem etwas sozialeren Sinne, indem er sich für die Heranziehung von Arbeitern zur Baukontrolle und für weibliche Fabrikinspektoren aussprach.

Aber schon der nächste Redner, Abg. Schäfer (nall.), machte jede Hoffnung, als ob von diesem Parlament etwas Vernünftiges zu erwarten sei, wieder zuschanden. Wie Herr Hammer, so erblickt auch er in der Anstellung von Arbeitern als Baukontrollen eine große Gefahr, eine Gefahr, die höchstens noch übertrifft werden könnte durch eine staatliche Arbeitslosenversicherung, an die die preussische Regierung zwar nicht denkt, die aber der nationalliberale „Sozialpolitiker“ im Keime ersticken möchte. Nachdem noch Herr Raskardt (H.) die besaunten Wünsche der Innungsmeister vorgetragen und sich über den Bauwindel in Berlin verbreitet hatte, wurde die Debatte nach einer belanglosen Erwiderung des Ministers auf Dienstag vertagt. Als erster Sprecher kommt Genosse Ströbel zu Wort.

Der kommende Unfall.

Am Sonntag hielt Herr Wassermann in Saarbrücken in einer Vertrauensmännerversammlung des nationalliberalen Wahlvereins eine Rede über die Stellung der nationalliberalen Partei. Wer etwa irgend eine Auffassung über das künftige Verhalten der Partei erwartet hätte, würde gründlich enttäuscht worden sein. Dazu ist ja Herr Wassermann auch gar nicht mehr in der Lage, da mühte man Herrn Schiffer hören. Herr Wassermann sprach nur einige Entschuldigungen aus über den Misfall von Rüt, den einzelne Nationalliberale, zu denen Herr Wassermann natürlich nicht gehörte, bei der Wahl Debels zum Reichstagspräsidenten gehabt haben. Für Debels zu stimmen sei ein Fehler gewesen. Ein Beschluß der Fraktion habe nicht vorgelegen und höchstens 15 nationalliberale Abgeordnete hätten sich der furchtbaren Tat schuldig gemacht. Aber auch die Wahl Scheidemanns scheint Herr Wassermann jetzt zu bedauern. Die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, meinte er reuenvoll, hätten nicht gewußt, daß Scheidemann so Böses über die Hohenzollern geredet hätte. In der Diskussion erklärte der Oberscharmacher Landtagsabgeordnete Dr. Schilling sich von den Erklärungen Wassermanns nicht befriedigt. Die Nationalliberalen hätten lieber mit Konservativen und Zentrum das Präsidium bilden sollen. Dagegen war dem Landtagsabgeordneten Dr. Maurer die Angst vor einem Präsidium mit Sozialdemokratie und Fortschrittler weniger verständlich. Zum Schluß erteilte natürlich die Versammlung Herrn Wassermann ein Vertrauensvotum.

Politische Bedeutung kommt dieser Versammlung kaum zu. Herr Wassermann hat ja vor Herrn Schiffer kapituliert. Er wird das Diktat der Konservativen und Liberalen erfüllen und bei der Präsidentenwahl seine Partei gegen die Sozialdemokratie stimmen lassen. Herr Schiffer bereitet den Anschlag nach rechts vor, Herr Wassermann darf ihn vollziehen, denn er ist ja der „Führer“ dieser Partei, gegen die ein schwankendes Rohr immerhin noch ein Roher de bronze ist.

Die Jungliberalen und die Präsidentenwahl.

Karlsruhe, 26. Februar. Der Vorstand des Landesverbandes der Jungliberalen Vereine Badens war heute in Karlsruhe versammelt und hat nach eingehenden Beratungen folgende Entschlüsse gefaßt:

„Mit Beforgnis verfolgen wir die Haltung unserer nationalliberalen Reichstagsfraktion in der Frage der Präsidentschaftswahl. Ihre Entscheidung bei der endgültigen Wahl der Präsidenten wird von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Partei und der politischen Verhältnisse im Reich und in den einzelnen Bundesstaaten sein.“

Wir erwarten, daß unsere Reichstagsfraktion entsprechend der Frontstellung der Partei im Wahlkampf weder an der Bildung des Präsidiums der Rechten mitwirkt noch als einzige Vertreterin des Linken in das Präsidium eintritt.“

Vorussische Blamage.

Ein in Heidelberg erscheinendes Zentrumblatt, der „Pfälzer Vote“, berichtet, daß Wirklicher Geheimrat Professor Dr. Czerny, Generalarzt mit dem Range als Generalmajor, auf sein Ersuchen aus dem Verhältnis à la suite des Sanitätsforums ausgeschieden sei. Das liberale Blättchen bemerkt dazu:

„Der Czerny hat also aufgehört, Generalarzt à la suite zu sein. Das kommt davon, wenn man des Kaisers Rod trägt und es mit dieser Ehre vereinbar hält, für die Unterstützung der Sozialdemokratischen Propaganda zu machen. Offenlich lassen sich die übrigen babilischen Sogenschwärmer den Fall Czerny zur Warnung dienen.“

Czerny ist einer der bedeutendsten lebenden Chirurgen. Vor der Wahl hat er, der sonst politisch wenig hervorgetreten ist, einen Artikel veröffentlicht, in dem er zum Kampf gegen den schwarzblauen Völk aufgefördert und ein Zusammengehen der Liberalen mit der Sozialdemokratie bei der Stichwahl gefordert hat. Das macht ihn in den Augen des preussischen Militarismus zur Ausübung ärztlicher Tätigkeit in der Armee natürlich unfähig. Wenn jene Aerzte, die dem Militärverband angehören, etwas auf ärztliche Gefahrung und Menschenwürde hielten, so müßte ein Massenaustritt die Antwort auf diese Mißregelung sein, der Wolsch rasch zur Reife bringen würde. Aber Wolsch weiß genau, was er sich erlauben darf.

Schwarze Beleidiger.

Herr Gronowski stellte am Freitag im Abgeordnetenhaus das selbst vom Justizminister zurückgewiesene Ansuchen an die Regierung, die Staatsanwälte generell anzuklagen, bei jeder Beleidigung eines „Christen“ schamlos in „öffentlicher Interesse“ Anklage gegen die roten Ehrenkränker zu erheben. Daß die Schwarzen im Verleumdungen und Beleidigungen selbst ihren Mann stellen, das befreit dieser wahrheitsliebende Högling der Wänschen-Bladbacher Dressuranstalt. Hier einige kleine Bröckchen christlicher Reden:

1. Die schwarze „Allgäuer Zeitung“ hatte dem Zimmermann Hindelang vorgeworfen, daß er als Vorsitzender der Remptener Zahlstelle des Zimmererverbandes wegen dunkler Manipulationen „gegangen worden“ sei. Vor Gericht (am 18. Oktober 1911) gestellt, wogte der Redakteur nicht einmal einen Versuch, seine Behauptungen zu stützen. Er nahm die Beleidigung mit Bedauern zurück, zahlte sämtliche Kosten und noch 50 M. an den Jugendfürsorgeverband in Rempten.

2. Glimpflich kam vor dem Wänschen Gericht am 25. Oktober auch weg der christliche Bezirksleiter Sparenberg wegen Beleidigung des freigeworfenen Textilarbeiters Mathies aus Gronau i. W. Sparenberg hatte dem W. in einer Versammlung vorgeworfen, daß er Wein und Dein nicht unterlassen könne und deshalb in Hannover entlassen worden sei. Mit „großer Ruhe“ sah der Christ der Verhandlung entgegen, bis die Klage kam. Dann erklärte er, daß er mit Wein und Dein die „christliche Weltanschauung“ und das „Erfurter Programm“ gemeint habe!

Dieser wunderbaren Ausrede folgte das Gericht nicht und verurteilte Sparenberg zunächst zu 50 M. Geldstrafe. Im Berufungstermin kam es zu einem Vergleich, indem Sp. seine Beleidigung zurücknahm.

3. Zwei Mitglieder des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter wurden vom Schöffengericht in Pöddum im Monat Dezember 1911 je zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie einen zum Bergarbeiterverbande übergetretenen christlichen Bergarbeiter nicht nur beleidigten, sondern auch noch zu Vorden schlugen.

4. Der Redakteur der frommen „Arzberger Zeitung“ wurde im Dezember wegen Beleidigung des Redakteurs und Verlegers der sozialdemokratischen Parteiblätter in Bayreuth zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

5. Im gleichen Monat erhielt der Herausgeber des Blattes „Für Wahrheit und Recht“ wegen Beleidigung der Sozialdemokraten Quind und Quard von der Frankfurter Strafkammer 150 M. Geldstrafe aufgebrennt. Er hatte behauptet, daß ein bekannter sozialdemokratischer Parteiführer einem jüdischen Mädchen ein Kind aufgehängt habe. Vor Gericht stellte es sich heraus, daß der Mädchenführer ein Vertrauensmann der Zentrumspartei in Höchst am Main war!!!

6. 500 M. Geldstrafe erhielt im Dezember der Zentrumsabgeordnete Dr. Weiffer, weil er seinem Gegenkandidaten Neufungen in den Mund gelegt, die dieser gar nicht getan hatte.

7. Der dem „Christlichen Zentralblatt“ sehr nahestehende Redakteur der „Vorzer Zeitung“, Herr Bredemann, wurde vor mehreren Wochen wegen Beleidigung eines Bürgermeisters zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

8. Der Zentrumssagittator Hans Wilden aus Köln erhielt wegen Beleidigung des liberalen Reichstagskandidaten Rechtsanwalts Wassermann 300 M. Geldstrafe.

9. Am 16. Januar d. J. holten sich der „Volksfreund“-Redakteur Klost in Essen und der Bezirksleiter Schulz vom christlichen Malerhandwerk wegen Beleidigung des Bezirksleiters Otto Buchelt-Köln 30 resp. 50 M. Geldstrafe. Also gleich zwei Zentrumsschriften auf einmal.

10. Wegen Beleidigung eines katholischen Priesters, des Schriftstellers Dr. Jos. Müller, wurde im Januar vom Schöffengericht in Nürnberg der Chefredakteur des „Bayerischen Couriers“, Jos. Osterhuber, zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

11. Der Redakteur der „Christlichen Metallarbeiterzeitung“, Herr Krause, hatte in seiner Zeitung die schon wiederholt gerichtszeitig als unwahr bezeichnete Behauptung aufgestellt, daß mit Wissen und Willen des Genossen Sachse, des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, jenes vielfach behrochene 30 000-M.-Fingblatt gegen Herrn Brust herausgegeben worden sei. Vor Gericht zitiert, konnte Herr Krause natürlich nichts, auch rein gar nichts als Beweis anführen. Der Verleumder wurde vom Amtsgericht Duisburg zu 100 M. Geldstrafe und den Kosten verurteilt.

12. Der christliche Agittator Neudorf wurde vom Schöffengericht in Vöhring wegen Beleidigung eines Mitgliedes des Bergarbeiterverbandes zum 9. Februar geladen. Als er seine Beleidigungen beweisen sollte, stand er mit leeren Händen da. Nachdem er die Beleidigung zurückgenommen, und die Kosten auf sich nahm, ließ ihn der Verbändler laufen.

13. Ebenso glimpflich kam der Redakteur Kirup vom „Bergknappen“ davon, der einem Ausschußmitglied, einem Verbändler, allerhand Dinge vorgeworfen hatte. Vor Gericht wurde ihm bedeutet, seine Angriffe gegen den Ausschuß der Zeche „Westende“, dem der Verbändler angehört, zu unterlassen. Kirup muß die Kosten des Verfahrens tragen und der Urteilstermin im „Bergknappen“ veröffentlicht.

Diese Aufstellung von Verurteilungen von Zentrumsschriften mag für heute genügen.

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Der 29. Brandenburgische Provinziallandtag, das Parlament der Provinz Brandenburg einschließlich Groß-Berlins, wurde am Sonntagmittag vom Staatskommissar, dem Oberpräsidenten v. Conrad, im Landeshaus in Berlin eröffnet. Die Anzahl der Abgeordneten beträgt diesmal 146. Zum ersten Male sind auch drei Sozialdemokraten in diesem Landtage eingezogen und zwar die Genossen Dr. Borhardt, Charlottenburg, Groger, Reußlin und Wollenbuhr-Schöneberg. Aus der Eröffnungssprache des Oberpräsidenten ist folgendes hervorzuheben: Das Brandenburgische Landbriefamt für Hausgrundstücke hat die ministerielle Genehmigung gefunden. Dem Landtage werde eine Vorlage über die Verschmelzung der Gemeinden Lichtenberg und Wogahagen-Nummelsburg, sowie eine Vorlage über den Ausbau der Entschädigungspflicht bei Viehstehlen zugehen. Der Haushaltsetat bedinge die Erhöhung der Steuer von 12 1/2 auf 14 Prozent. Im Etat werde auch eine öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Provinz verlangt und dafür ein Stammkapital von einer Million ausgesetzt. Ein erfreulicher Schritt auf dem Gebiete der Versicherung des Versicherungswesens! — Zum Vorsitzenden des Landtages wurde Graf v. Arnim-Boitzenburg gewählt.

Zentrumrepublikaner.

Als bei Begründung der sozialdemokratischen Interpellation über einen neuerlichen, gegen die außerdienstliche politische Betätigung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter gerichteten Klage der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elberfeld-Lothringen unter Genosse Emmel als Abgeordneter der zweiten elsaß-lothringischen Kammer darlegte, daß es das gute Recht jedes Staatsbürgers sei, auch für die Umwandlung der Verfassung des Deutschen Reiches in eine republikanische zu agitieren, und daß wohl jedenfalls der Abgeordnete Wetterlé, der gerade einen Zwischenruf gemacht hatte, nichts dagegen haben werde, näherte sich dieser elsaßische Zentrumsabgeordnete dem Plaze des sozialdemokratischen Redners und rief: „Nein, im Gegenteil, ich mache sogar mit!“ Eine gewisse praktische Betätigung in diesem Sinne erfolgt von Zentrumseite jetzt, wie schon berichtet, in der Budgetkommission der zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtages. Den Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters half die Zentrumsfraktion in der Freilichsitzung der Kommission, wo diese 100 000 M. zur Beratung standen, entgegen der Drohung in dem Colmarer Zentrumsschriftblatt zwar bewilligen — die Annahme erfolgte gegen vier sozialdemokratische Stimmen mit 9 Stimmen, worunter etwa die Hälfte der anwesenden Zentrumsabgeordneten, während die anderen sich enthielten —, aber dafür strich das Zentrum an demselben Tage mit den sozialdemokratischen Abgeordneten tapfer einen kaiserlichen Gnadenfonds in diesem Budget in Höhe von 100 000 M., der den Titel führt: „Gnadenpensionen und Gnadenbewilligungen aller Art“. Die Regierungsvorleiter er-

klärten vor der Abstimmung auf Anfrage, daß der Titel einzig unter der Kontrolle des kaiserlichen Zivilkabinetts verwaltet werde; einer parlamentarischen Kontrolle könnten diese Ausgaben nicht unterworfen werden, deren Verwendung sei Vertrauenssache, es sei question de délicatesse, Frage des Taktes, wie man dem Staatsoberhaupt gegenübersteht, um was es sich hier handelt, und nur ein republikanisches Parlament könnte ein eigenes Kontrollrecht gegenüber einem solchen Fonds verlangen; kurz, die Regierung müsse es vom monarchischen Standpunkte aus prinzipiell ablehnen, das Parlament hier dreinsprechen zu lassen. Die Zentrumredner, mit Herrn Wetterlé an der Spitze, erklärten nach dem bewussten Schema, der Wunsch nach der parlamentarischen Kontrolle solle „kein Mißtrauensvotum gegenüber dem Kaiser“ sein, aber sie lehnten die 100 000 M., als die Regierung bei der Weigerung beharrte, manhaft ab. In der Kommission von 20 Mitgliedern fanden sich nur drei liberale Stimmen für den Kredit.

Diesem Streben treu bleibend, wurde später bei den Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters, 200 000 M., die Hälfte des Titels, 100 000 M., nach einem Zentrumsantrage als „künftig wegfällig“ bezeichnet. Die Dreiviertelmehrheit für diesen zarten Wind stellten Zentrum, Sozialdemokratie und Völk der Lothringer, und schließlich nahm die Kommission mit allen gegen nur zwei liberale Stimmen — ein Liberal-Demokrat stimmte mit der Mehrheit — einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung eines Ausgabenbittels in 44 000 Mark an, der da lautet: „Geheim Ausgaben im Interesse der Polizei“. Abgeordnete der Sozialdemokratie wie Zentrumler lieferten hierzu Beispiele des im Lande seit der Annexion eingerichteten und aus diesem Titel gespeisten politischen „Uebervachungs- und Spizeldienstes“. Die Regierung erklärte gegenüber dem hier erneuerten Verlangen nach parlamentarischer Kontrolle der Ausgaben trocken: „Kontrolle können wir hier am wenigsten brauchen“. Das kann man ihr nachsagen!

Im übrigen, wie ist's? Kann bei der Wiederholung der Präsidentenwahl im Reichstage nicht einer der elsaßischen Zentrumrepublikaner den von Herrn Spahn verlassenen Posten einnehmen? ... Vielleicht würde die Frage der Verständigung in Sachen des Kaisers auch auf eine bessere Grundlage gestellt. Wir schlagen zum Nachfolger der Herren Spahn und Kaempf für den Posten des ersten Präsidenten den Abgeordneten Wetterlé vor. Die Dstelbier und die Nationalliberalen, denen die Stimmen der elsaßischen Zentrumsdéputés zur Eröffnung der neuen parlamentarischen Blodäta so willkommen sind, werden in dieser patriotischen Lösung in entscheidenden Augenblick gewiß den nötigen nationalen Trost finden.

Wie unsere Segner für uns arbeiten.

Aus dem Kriegerverein Hohenlohehöhe wurden wegen Beteiligung an der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Völk 95 Mitglieder ausgeschlossen. 24 dieser ausgeschlossenen Kriegervereiner sind jetzt einmütig dem sozialdemokratischen Wahlverein beigetreten. Nur weiter so!

Wesser aber ist's, die Arbeiter meiden die Kriegervereine von vornherein, die ja nur gegen die Interessen der Arbeiter wirken.

Ein preussischer Schulpalast.

Die Schule in Hohenfriedeberg ist in einem so erbärmlichen Zustand, daß selbst der Regierungspräsident von Bregny sie als die schlechteste im ganzen Regierungsbezirk bezeichnete und den zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten aufgab, den Neubau der Schule unverzüglich in die Wege zu leiten. Trotzdem verweigerten die Verpflichteten, nämlich der evangelische Schulverband, das evangelische Kirchspiel und die evangelische Kirchengemeinde zu Hohenfriedeberg, die Kosten für den Schulhausneubau aufzubringen. Die einen erkennen keine Verpflichtung an, die anderen haben kein Geld und der Gesamtschulverband bestreitet sogar die Notwendigkeit des Neubaus. Die Schule muß aber dennoch in einem sehr erbärmlichen Zustande sein, denn der Bezirksausschuß wies die Klage der Beteiligten auf Aufhebung der Verfügung des Regierungspräsidenten ab, weil außer technischen auch gesundheitliche Gründe den Neubau der Schule durchaus rechtfertigen. Kulturaufgaben leiden in Preußen beunruhigend nicht.

Konservative Wünsche.

Der konservative Landtagsabgeordnete Dr. Böhm rühte am Montag in der Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtags mit seinen Vorschlägen zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter heraus. Er formulierte folgende Anträge:

1. a) Zum Schutze der Arbeitswilligen verlangt er gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostenfischen; b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung; c) gegen die Sabotage.
2. Stellung des Boykotts unter Strafe.
3. Gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Gewerkschaftslassen für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten, haften.
4. Aufrechterhaltung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig ist (Verkehr usw.).

Die Regierung soll zunächst darüber gehört werden und dann wird wahrscheinlich die Weiterberatung erfolgen.

Man muß es dem Dr. Böhm lassen: er geht aufs Ganze! Sein Vorschlag verlangt nichts mehr und nichts weniger als die Befreiung des Koalitionsrechts überhaupt. Selbstverständlich können diese seine Herzenswünsche nicht im sächsischen Landtage durchgesetzt werden; der Landtag kann vielmehr nur das Ersuchen an die Staatsregierung richten, in diesem Sinne im Bundesrat tätig sein zu wollen. Es scheint aber doch fraglich, ob sich im sächsischen Landtage eine Mehrheit finden wird, die einen derartigen Wahnwitz unterstützt. Immerhin aber ist es schließlich ganz angenehm, zu wissen, worauf die Scharfmacher letzten Endes zusteuern. Die sächsische Arbeiterschaft wird ganz bestimmt nicht verfehlen, dem Dr. Böhm die Antwort zu geben, die ihm gebührt.

Oesterreich-Ungarn.

Bilinski's Programm.

Bei der Vorstellung der Beamten des gemeinsamen Finanzministeriums sagte der neue Minister Dr. v. Bilinski unter anderem: Die Beamten seien nicht dazu da, dem Minister zu gehorchen, sondern, ihn zu beraten. Er betonte dann die volle Parität beider Staaten und sagte über das Verhältnis zu Bosnien und der Herzegovina, die ja diesem Ministerium unterstellt sind: Eine bürokratische Verwaltung sei namentlich den Südslawen gegenüber ganz und gar nicht angebracht. In dem Beamten müsse der kleine Mann einen Freund erblicken, solle er mit der Verwaltung gut auskommen. Der Minister erklärte dann noch, daß er noch ordentlich serboprokratisch lernen wolle, um sich mit der Bevölkerung verständigen zu können.

Was werden da die preussischen Beamten dazu sagen, die über die Polen gefeßt sind, um sie ... von der Staatsfeindlichkeit abzubringen! ...

Gewerkschaftliches.

Der Aufmarsch der Bergarbeiter.

Am Sonntag, den 25. Februar, nahmen in 19 großen Versammlungen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets Stellung zu den an die Bergbesitzer eingereichten Forderungen. Die Versammlungen waren gut besucht, zum Teil überfüllt. Die größte Versammlung tagte in dem für die Bergarbeiter historischen Saal in Bochum, im „Schützenhof“. Mehr als 4000 Bergarbeiter drängten sich hier und lauschten den Ausführungen Köfflers vom Bergarbeiterverband und des Herrn Schmidt vom Gewerksverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunder). Wiederholt wurden die Ausführungen der Redner durch den Ruf: Kampf und Streik! unterbrochen. Stürmischen Beifall fanden die Ausführungen, die sich gegen die Haltung der christlichen Gewerkschaftsleitung richteten und die Zersplitterungstaktik geißelten. Auch Mitglieder des christlichen Gewerksvereins, die hier vertreten waren, stimmten den Ausführungen zu.

In Dortmund sprach Gulemann vom Bergarbeiterverband vor mehr denn 2500 Personen. Hier war der Saal vollzählig besetzt. In der Diskussion sprach Schmidt vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein und ein Anhänger der Anarchos.

In Hörde waren 800 Personen versammelt. In Gelsenkirchen drängten sich mehr denn 3000 Personen und hörten den Ausführungen Pokornys zu. Auch hier waren christliche Gewerksvereinsmitglieder vertreten. In Oberhausen, wo Sachs vom Bergarbeiterverband sprach, waren 600 Personen anwesend. Die Versammlung verlief sehr anregend. In Redlinghausen sprach Witt vom Bergarbeiterverband. Hier verlief die Versammlung sehr stürmisch. Zwei Vertreter des christlichen Gewerksvereins versuchten die Haltung der Gewerkschaftsleitung zu verteidigen, fielen jedoch bei der Versammlung schwer ab. Für die „christliche“ Strategie war im „Schwarzen“ Redlinghausen kein günstiger Boden. In Essen waren im „Nordpark“-Saal 2500 Personen anwesend. Gegner meldeten sich nicht, obgleich hier Gelbe und christliche Gewerksvereinsmitglieder anwesend waren. In Castrop, eine bisherige Hochburg des christlichen Gewerksvereins, war die einberufene Versammlung so überfüllt, daß eine Parallelversammlung unter freiem Himmel gemacht werden mußte. Ueber 2000 Bergarbeiter drängten sich im Saal und im Garten. In Lünen waren 500, in Scharnhorst 600 Personen versammelt. In beiden Versammlungen sprach Bartels-Dortmund und in der Diskussion meldete sich ein Anarcho. In Herne, wo Redakteur Wagner von der „Bergarbeiter-Zeitung“ sprach, waren 1200 Personen versammelt. Die Stimmung war ausgezeichnet. Von den Versammlungen in den Orten Mörs, Bruchhausen, Aamen, Linden, Waune, Buer, Freisenbruch und Arey war bis Sonntagabend 8 Uhr noch nicht berichtet.

Im ganzen kann gesagt werden, daß die Bergarbeiter, auch die im christlichen Gewerksverein organisierten, mit dem Vorgehen der drei Verbände einverstanden sind. Nachfolgende Resolution wurde, soweit Meldungen vorliegen, einstimmig, in Redlinghausen gegen eine Stimme, angenommen:

„Die Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Verbände des Bergarbeiterverbandes, der Politischen Berufsvereinigungen und des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins zwecks Herbeiführung einer durch die Verteuerung der Lebenshaltung längst notwendig gewordenen und durch die günstige Lage der Industrie nun auch zweifellos ermöglichten Lohnerhöhung vollkommen einverstanden. Die im Laufe des letzten Jahres eingetretene kleine Lohnerbesserung reicht durchaus nicht aus, um die mittlerweile erfolgte starke Lebensmittelerhöhung auszugleichen. Im letzten Quartal stand der Durchschnittsverdienst der Gesamtbelegschaft immer noch auf 21 Pf., der der Hauer und Schleppler sogar noch 51 Pf. niedriger wie 4 Jahre früher. Dieser die Lebenshaltung der Bergarbeiterbedrückende niedrige Lohnverdienst ist jetzt noch nicht einmal ausgeglichen, während doch mit Rücksicht auf die seit 1907 eingetretene starke Lebensmittelerhöhung die Löhne längst über den Stand von 1907 hinausgegangen sein müßten. Die Verbände der drei genannten Bergarbeiterverbände haben also ihre gewerkschaftliche Pflicht durch ihr Vorgehen erfüllt. Der gewählte Zeitpunkt ist für die Verwirklichung der wohlberechtigten Lohnforderung durchaus günstig. Kohlen-, Stofs- und Bricketablast steigen, die Preiserhöhungen des Kohlenindexfaktors sichern den Werksbesitzern außerordentlich erhöhte Einnahmen. Deshalb müssen wir von den Werksbesitzern nunmehr die Erfüllung der gestellten Forderungen verlangen. Sollte unsere Erwartung getäuscht werden, dann beauftragen die Versammelten die Verbände der verbündeten Bergarbeiterverbände, geeignete Schritte für die entschlossene Forderung der Bergarbeiterinteressen zu tun, und wir versprechen, die Organisationsleitungen mit allem Nachdruck zu unterstützen.“

Die Stellungnahme der „Christlichen“.

Essen (Ruhr), 26. Februar. Der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter veranlaßte gestern etwa vierzig geschlossene Versammlungen, in denen unter anderem betont wurde, es müsse erst die Lohnerhöhung durch die Grubenbesitzer abgewartet werden. Falls diese den Ansprüchen der Bergarbeiter nicht genügen würde, werde die Mitgliedschaft im Verein mit allen Bergarbeiterverbänden bereit sein, deren Forderungen durchzudrücken. Sie vorher in einen Streik einzulassen, lehne der Gewerksverein ab. Die gute Konjunktur lasse erhebliche Lohnerhöhungen zu.

Nachen, 26. Februar. Mehrere Versammlungen des christlichen Gewerksvereins im Ruhrgebiet haben zur augenblicklichen Lage des deutschen Bergbaues eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Einen Sympathiestreik zugunsten der Engländer lehnt die christliche Arbeiterchaft des Nacher Kohlenreviers ganz entschieden ab, weil sie nur dann in einen Streik eintreten kann und will, wenn der Streik im Interesse der deutschen Bergarbeiter notwendig ist und Erfolg verspricht. Die Resolution weist darauf hin, daß der englische Bergbau bei früheren Streiks der deutschen Bergarbeiter Deutschland mit Kohlen überschwemmt und dadurch dem deutschen Bergbau ganz erhebliche Absatzgebiete weggenommen hat. Zum Schluß spricht die Resolution die Erwartung aus, daß die Unternehmer, entsprechend der Hebung der Konjunktur, eine Erhöhung der Löhne gewähren werden, wie es bereits der Eisenerz-Gewerksverein dem Arbeiterausschuß von der Grube Anna bestimmt in Aussicht gestellt habe.“

Berlin und Umgegend.

Kein Lohn.

Recht eigenartige Zustände scheinen sich bei der großen Wauferma Feld u. Franke, Akt-Gesellschaft, bei den Lohnzahlungen herauszubilden. Anlässlich von Differenzen, welche auf den Bauten der A.-G. in Ober-Schönweide und Vollastraße mit den Pügern entstanden sind, kam es am Sonnabend in den Abendstunden zu einer förmlichen Belagerung des Bureaus in der Driantstr. 101/102. Hunderte von Arbeitern standen auf dem Hofe unterm Torweg bis

auf die Straße und verlangten zwar nicht, doch entschieden den ihnen vorenthaltenen Lohn. Auch die Posten, welche in der Stärke von vier Mann und einem Leutnant erschienen war, konnte die Menge nicht bewegen, nach Hause zu gehen. Wie wir nachträglich erfahren, blieben jedoch alle Bemühungen erfolglos. Man vertrießte die Leute auf Montag. Auf der einen Seite 20 Proz. Dividende, auf der anderen kein Lohn oder nur teilweise Auszahlung. Die Arbeiter, auch die Püger, sollten aus solchen Vorkommnissen die richtige Lehre ziehen und beizeiten lernen, daß sie vereinzelt ganz ohnmächtig solchen Zuständen gegenüber sind.

Der Streik der Flügelzusammenfeger bei der Firma Beckstein dauert unverändert fort. Die letztere befindet sich ihren Abnehmern gegenüber in einer verzweifeltsten Situation, da alle ihre Anstrengungen, Flügelzusammenfeger als Ersatz für die Streikenden zu erhalten, fehlschlagen sind. Sie muß sich weiter mit der sehr zweifelhaften Hilfe Begnügen, Arbeitswillige, die sich dazu finden, als Flügelzusammenfeger anzulernen. Von den Leuten, die sich bisher zu solch unläuterer Handlungsweise hergegeben haben, werden die meisten nach längerer Lehrzeit gar nicht instande sein, die für den Instrumentenbau so verantwortungsvolle Arbeit des Zusammenfegens überhaupt ausführen zu können. Als solche Lehrlinge sind bedauerlicherweise mehrere Becksteinsche Arbeiter anderer Branchen eingetreten.

Die Streikenden stehen noch so fest zusammen wie zu Beginn des Streiks. Sie wissen, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Firma unentbehrlich sind. Es wird erhofft, auch ferner den Zugang fernzubahalten.

Achtung, Schuhmacher! Die Kollegen der Firma Großmann, Ableschhof, Poststraße 2, haben infolge Vagrregelung des Vertrauensmannes und sonstiger Differenzen die Arbeit niedergelegt. Eine von seiten eines Organisationsvertreters angebahnte Verhandlung hatte ein negatives Ergebnis. Die Firma ist deshalb gesperrt.

Zentralverband der Schuhmacher, Dröberwallung Berlin.

Kellnerstreik im „Deutschen Wirtschaftshaus“ Reufköln, Bergstraße 136/137. Der Betrieb ist für organisierte Gastwirtschaftsgehilfen gesperrt.

Verband deutscher Gastwirtschaftsgehilfen, Zahlstelle Rixdorf.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen im Schneidergewerbe gescheitert!

Frankfurt a. M., 26. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die zentralen Verhandlungen im Schneidergewerbe sind nach fünftägiger Dauer an der Lohnfrage gescheitert.

Die Leipziger Speditionsarbeiter hatten vorige Woche den Forderungen um Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gestellt, welche Verbesserungen in einem abgelaufenen Tarifvertrage festgelegt werden sollten. Wie bescheiden die Forderungen und wie verbesserungsbefähigt die Berufsverhältnisse sind, erhellt daraus, daß die Speditionsarbeiter erst den zehn stündigen Arbeitstag fordern, der sich innerhalb 13 Stunden abwickeln soll. Als Wochenlöhne fordern sie 20 M. für Kollschicker, die Zweipänner fahren, und 28 M. für Kollschicker, die Einspänner fahren, sowie für Bodenarbeiter und Hilfsarbeiter. Die Fabrikunternehmer konnten nun auch nicht umhin, die Forderungen zum Teil anzuerkennen, doch wollten sie mit der Organisation keinen Tarifvertrag eingehen. Darauf konnte der Transportarbeiterverband aber nicht eingehen, denn bei der Bewegung im Jahre 1906 hatten die Fabrikunternehmer den Arbeitern auch Zugeständnisse (ohne Tarifvertrag) gemacht; als aber die Bewegung vorüber war, entließen sie die Arbeiter, denen sie die Zugeständnisse gemacht hatten, und stellten dafür billigere Arbeitskräfte ein. Dieses Spiel wollen die Speditionsarbeiter diesmal nicht wieder mit sich treiben lassen, weshalb sie die Anerkennung eines Vertrages fordern.

Am Sonntag (25. Februar) nachmittag nahmen nun die Speditionsarbeiter Leipzigs in einer sehr stark besetzten Versammlung zu der Haltung der Unternehmer Stellung. Sie beschloßen — da die Fabrikunternehmer zur Anerkennung des Tarifvertrages nicht bereit sind — am Montag früh in den Ausstand zu treten. Der Beschluß wurde gegen zwei Stimmen gefaßt. Die Arbeitseinstellung hat sich Montag glatt vollzogen. Von 642 in 40 Betrieben Beschäftigten hatten sich bis 10 Uhr vormittags als ausständig gemeldet.

Leipzig, 26. Februar. (B. T. V.) Der Speditionsstreik ist heute nach ungefähr zehntägiger Verhandlung zwischen den Parteien durch erhebliche Zugeständnisse der Arbeitgeber beigelegt worden. Die Arbeit wird jedenfalls morgen früh wieder aufgenommen.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien.

London, 22. Februar 1912. (Fig. Ver.)

Was die friedliche Beilegung dieses Streiks so schwer macht, ist die Tatsache, daß es sich um die Anerkennung eines Prinzips handelt, dessen Anwendung die meisten Arbeitgeber sehr fürchten. Zwar soll auch in Zukunft nicht mit dem Grundgesetz gebrochen werden, daß die Löhne mit den Preisen steigen und fallen, aber die untere Grenze soll für jeden Untertagsarbeiter festgesetzt werden. Der Lohn soll mindestens so hoch sein, daß er dem Arbeiter die einmal erreichte Lebenshaltung sichert. Die Bergarbeiter haben dies auch ganz deutlich in ihren Forderungen zum Ausdruck gebracht. Sie fordern keine Lohnerhöhungen, sondern in jedem einzelnen Revier nur die üblichen Löhne oder die schon bestehenden (allgemeinen) Minimallohne. Die für Hauer verlangten Minimallohne schwanken zwischen 5/6 und 8 Schilling. Die große Differenz erklärt sich in der Hauptache aus der Einbeziehung einiger kleinerer Reviere mit sehr alten und schlechten Gruben. Für die im Tage-lohn stehenden Untertagsarbeiter wird ein Minimallohn von fünf Schilling und für Knaben ein Mindestanfangslohn von 2 Schilling gefordert. Die Löhne der Overtagsarbeiter, die meist nicht der Bergarbeiterföderation angehören, sollen später geregelt werden.

Die Arbeiter versprechen sich von der Einführung des individuellen Minimallohns nicht allein die Regelung der Frage bezüglich abnormer Stellen, sondern auch eine bessere und sicherere Arbeitsmethode. Deshalb gehen sie auch nicht auf den Vorschlag der Unternehmer ein, anstatt der Minimallohnfrage die Frage der abnormen Stellen zu diskutieren. Ein weiterer Grund, weshalb sie dieses Anerbieten der Arbeitgeber ausschlagen, ist der, daß man bei der Lösung der Frage auf die noch viel schwierigere Frage stößt: Was ist eine abnorme Arbeitsstelle? Die Arbeitgeber werden jedenfalls stets bereit sein, zu erklären, daß es die Trägheit oder Ungeschicklichkeit eines Arbeiters ist, die daran schuld ist, daß er den Minimallohn nicht verdient. Unter dem individuellen Minimallohn müßte der Unternehmer jedem Hauer den Minimallohn zahlen, ob nun der Hauer die entsprechende Kohlenmenge fördert oder nicht. In anderen Worten, der Unternehmer müßte für Arbeiten zahlen, die jetzt der Hauer in vielen Fällen umsonst verrichtet. Das würde auch der sich immer mehr ausbreitenden Unternehmerprogriz, ungelernete Arbeiter in die Bergwerke zu schicken, ein Ende bereiten, und damit wäre eine Quelle der Gefahren verstopft. Der individuelle Minimallohn würde ferner einen besseren Grubenbetrieb herbeiführen; denn die Unternehmer würden dafür sorgen, daß die Förderung möglichst wenig durch leicht vermeidliche Betriebsstörungen, Ueberfüllung der Gruben mit Arbeitern und ähnlichen Dingen beeinträchtigt würde.

Die Minimallohnfrage ist eine Prinzipienfrage und bietet daher für das in England sonst so beliebte Kompromiß keinen Spielraum. Entweder ziehen die Bergarbeiter ihre Forderung zurück, oder die Arbeitgeber geben nach. Einen dritten Ausweg gibt es nicht. Das ist auch allmählich der bürgerlichen Presse Großbritanniens klar geworden, die jetzt ihre Hoffnung auf die 115 000 Mitglieder der Bergarbeiterföderation setzt, die gegen den General-

streik stimmten. Man glaubt, diese Arbeiter zur Arbeit bewegen zu können, wenn man ihnen Schutz gegen die Streikenden zusichert. Diese Auffassung kann jedoch durch nichts gerechtfertigt werden. Was diese Arbeiter dazu bestimmte, gegen den Generalstreik zu stimmen, war sicher nicht die Gegnerschaft zum Minimallohn. Vielen von ihnen gingen die Forderungen der Föderation ganz zweifellos nicht weit genug, und manchen wird der Zeitpunkt nicht günstig erschienen sein. Kommt es zum Generalstreik, was jetzt allgemein angenommen wird, so wird die Arbeit in allen Gruben ruhen. Das Solidaritätsgefühl ist unter den britischen Knappen so stark und unerschütterlich, daß die Unternehmer noch nie daran gedacht haben, während eines Streiks in einem einzelnen Revier Arbeiter aus anderen Revieren anzuwerben. Es gibt Gruben in Großbritannien, die seit Jahren bestreikt werden und still liegen müssen, weil die Besitzer keine Streikbrecher bekommen können. Wenn alle Arbeiter so fest zusammenstünden wie die Bergarbeiter Großbritanniens, so bräuchten sich die Leiter der Gewerkschaften keine grauen Haare wachsen zu lassen. Auch die Hoffnung der bürgerlichen Presse, die Bergarbeiter würden am 1. März ihren Beschluß nicht ausführen, entbehrt jeder Begründung. Den Bergknappen kostet es nicht viel Herzeleid, sich von einer mühseligen Arbeit zu trennen; wer einmal auf allen Bieren oder auf dem Bauche durch eine Grube getrocknet ist, wird dies leicht verstehen. Nicht die Arbeitseinstellung, sondern die Wiederaufnahme der Arbeit bildet die Schwierigkeit namentlich bei dem britischen Bergarbeiter. Er kämpft für die Sache, die ihm als gerecht erscheint, mit der Ausdauer einer Vulkanbooge. Im Jahre 1894 hielten die schottischen Bergarbeiter zum Beispiel 17 Wochen lang im Streik aus und bezogen während der ganzen Zeit nur 22 Schilling (2 M.) an Streikgeld!

Daß der kommende Streik auch nur annähernd so lange dauern könnte, ist natürlich ausgeschlossen. An gut unterrichteter Stelle rechnet man mit einer Dauer von 2 bis 3 Wochen. Die Bergarbeiter könnten jedoch mit ihren gefüllten Kassen viel länger aushalten, mindestens 6 bis 7 Wochen. Zwar haben die Südnachsee nach den schweren Kämpfen der letzten Jahre nicht viel Geld in der Kasse; 2 bis 3 Wochen dürften sie jedoch immerhin aushalten, ehe ihnen die anderen Reviere zur Unterstützung kommen müßten. Die Bergarbeiterföderation hat augenblicklich 610 000 Mitglieder, die fast alle Hauer oder andere Untertagsarbeiter sind. Ein Generalstreik würde aber mindestens noch 400 000 andere Grubenarbeiter arbeitslos machen, von denen ein Teil wenigstens die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen und ebenfalls Forderungen gestellt hat. Auch die Steiger und Aufseher beteiligen sich in einigen Distrikten an der Bewegung. Der Streik kann unmöglich lange dauern. Diese Anschauung trägt sich nicht darauf, daß die Regierung gezwungen sein wird, etwas zu unternehmen, um die Industrien des Landes vor schwerem Schaden zu schützen. Was könnte die Regierung tun? Die Arbeiter zum Arbeiten zwingen? Das ist unmöglich. Soldaten aufmarschieren lassen? Das ist nutzlos. Das einzige, was sie unternehmen könnte, ist, den Kohlenbesitzern mit der Verstaatlichung der Bergwerke zu drohen. Und das tut sie nicht. Der Generalstreik der Bergarbeiter wird den Kohlenbesitzern in kurzer Zeit so kolossale Verluste bereiten, daß sie sich bereit erklären werden, die Forderung der Arbeiter anzuerkennen. Die Bergarbeiter haben den Trumpf in der Hand und gedenken ihn auch auszuspielen.

Letzte Nachrichten.

Türkischer Protest.

Paris, 26. Februar. Nach einer offiziellen Mitteilung hat der diesige türkische Botschafter Nisaa Pasha im Namen seiner Regierung dem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Poincaré heute die an alle Mächte gerichtete Protestnote gegen das Bombardement von Beirut überreicht, in der unter Berufung auf den Artikel 2 der Haager Konvention erklärt wird, daß die von den Italienern den türkischen Schiffen gewährte Frist von 20 Minuten nicht als eine billige Frist im Sinne dieses Artikels angesehen werden könne.

Aufruf der englischen Partei an die Bergarbeiter.

London, 26. Februar. (B. T. V.) Die sozialistische Partei hat einen leidenschaftlichen Aufruf an die Bergarbeiter erlassen, in welchem die Bergwerksbesitzer als Sklavenhalter hingestellt werden, welche die Bergleute ausbeuten und sie hinnorden. Das Manifest fordert die Arbeiter dringend auf, jede Intervention, jede Vermittlung und jede schiedsgerichtliche Entscheidung zu verworfen und keine bindenden Verträge einzugehen, sondern sich um jeden Preis die Freiheit des Handelns zu wahren. Den Arbeitführem wird dringend geraten, ohne Abstimmung der Arbeiter kein Abkommen zu treffen.

Die amerikanischen Kohlengräber folgen den Engländern.

New York, 26. Februar. (B. T. V.) Der nahe bevorstehende Kohlenarbeiterstreik in England hat den Ernst der Lage in Amerika zusehends verschärft. In nächster Zeit sollen hier Besprechungen stattfinden zwischen den Kohlenagrarbesitzern und den Vertretern der 175 000 Mitglieder des Verbandes der Vereinigten Grubenarbeiter. Die Grubenarbeiter verlangen den Achtstundentagslohn, eine 20prozentige Lohnerhöhung und andere kleinere Vergünstigungen nach dem Ablauf des bis zum 1. April geltenden jetzigen Abkommens. Die Grubenbesitzer sind nicht zum Nachgeben geneigt und erklären, sie hätten keine Besorgnisse vor dem Streik, da der Grubenarbeiterverband sowohl in finanzieller Hinsicht wie auch numerisch schwach sei und bereits eine bedeutende Menge von Kohlen vorrätig sei. Sie geben indessen zu, daß ein längerer Streik große Verwirrung in der Industrie anrichten und die Konsumenten schwer schädigen würde.

Straßenbahnkatastrophe in Paris.

Paris, 26. Februar. (B. T. V.) Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich heute mittag in der Rue Cad Luffoc ereignet. Dort explodierte in einem Straßenbahnwagen plötzlich unter großer Detonation der Kessel der Dampfanlage, wodurch in dem Wagen erhebliche Verunstaltungen angerichtet wurden. In demselben befanden sich zur Zeit der Katastrophe 15 Passagiere, von denen vier besonders schwere Verletzungen erlitten haben, während die anderen Personen weniger schwere Verwundungen davongetragen haben.

Auf der Mehrzahl der Pariser Straßenbahnlinien verkehren noch immer die vorhin stiftlichen Ungetüme der Serpillet-Dampfwagen.

Ein Geisteskranker im englischen Parlament.

London, 26. Februar. (B. T. V.) Während der heutigen Sitzung des Unterhauses ereignete sich gegen Abend ein auffsehen-erregendes Zwischenfall. In einem äußeren Vorhof des Parlamentsgebäudes feuerte plötzlich ein als Geisteskranker geltender Mann, der schon längere Zeit auf einer der Bänke im Vorhof gelassen hatte, aus einem Revolver gegen die Decke. Er wurde sofort von Schuppleuten festgenommen und hinweggeführt. Aus verständlichen Ausreden, die er ausstieß, geht hervor, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. Der Revolver war nur mit Klapppatronen geladen, so daß Schaden nicht angerichtet wurde.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 166.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung. Montag, den 26. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Nach debattierter Annahme der Vorlage über die Doppel-Schichtanlagen in Westfalen und die rheinischen Schiffahrtsgesellschaften in dritter Lesung berät das Haus den

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Hammer (L.): Die Anklündigung billiger Lebensmittel durch die Warenhäuser ist nur Käuferanlockung. Es gibt nur eine Preissteigerung, aber keine Teuerung. Der Redner wendet sich dann gegen die Schädigung der Bauhandwerker durch den Verkaufswind und die Strommänner und verlangt Inkraftsetzung weiterer Bestimmungen reichsgerichtlicher Art zum Schutz der Bauhandwerkerforderungen. Die Berliner Stadtsynode hat durch eigenen Gartenbau usw. nicht nur die Gärtner um ihren Friedhofsdienst gebracht, sondern macht ihnen noch darüber hinaus Konkurrenz. Ja, am Sonntag und Wochtag werden Blumen und Pflanzen auf die Friedhöfe gefahren; gilt denn die gelegentliche Kirchzeit nicht auch für den geschäftsführenden Ausschuss der Synode? (Hört! hört!) Die Stadtsynode ist da nicht gut beraten! (Sehr wahr!) Wenn die Elektrizitätsgesellschaften das Wegebenutzungsrecht bekommen, wird jede Konkurrenz tot gemacht. Ueber die Verschärfung der Arbeiterschutzbestimmungen sind die Handwerker nicht erbaut. Wir bitten doch, sie mit Schutzbestimmungen für motorische Betriebe zu versehen. — Den Detailsitten und Großsitten kann Preisverwertung nicht borgeworfen werden, denn sie mühten bezahlen, was man von ihnen verlangte. (Hört! hört! links.) Wir werden äußerst vorsichtig sein müssen, daß nicht durch die paritätischen Arbeitsnachweise die Arbeitgeber in die Hände der Arbeitnehmer hineinlanciert werden. In Schöneberg hat ein sozialdemokratischer Stadtverordneter sein Amt niedergelegt, um die Leitung des Arbeitsnachweises zu übernehmen. Die Staatsregierung hat unsere Zustimmung zu ihrer Erklärung in der Kommission, daß sie daraufhin einen Staatszuschuß nicht weiter gewährt haben durfte. Alle Arbeitgeber, auch die auf der Linken, fordern ein Verbot des Streikpostenstehens nach dem Beispiel der Republiken Schweiz und Nordamerika. Sorgen Sie auch dafür, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür finde. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gruenberg (B.): Die Handelsstatistik zeigt die günstige Entwicklung der Volkswirtschaft, für die eine leistungsfähige Landwirtschaft eine wichtige Vorbedingung ist. Bei Vergütung von Lieferungen sollten die Behörden Handwerkskreise zur Beurteilung heranziehen. Ueberhaupt geschieht zu wenig für das Handwerk, das selbst sehr eifrig an seiner Weiterbildung arbeitet. Das Handwerk fordert geschlossenen die Ausführung des zweiten Teiles des Gesetzes zum Schutz der Forderungen der Bauhandwerker. Die Innungen werden viel zu gering bemuttert und vom Staate beaufsichtigt. Das Handwerk soll sich frei entwickeln. Wir haben die Handwerkerforderungen längst und besser vertreten als der Hansband. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Rosenow (Sp.): Im letzten Jahre mußte der Reingewinn von den Unternehmern viel schwerer erarbeitet werden, als früher. Das so viel geschmähte Handel und Gewerbe muß in diesem Industriejahr seine verdiente Geltung haben. Infolge der deutschen Rückständigkeit will man jetzt in England die Bezeichnung „made in Germany“ (in Deutschland erzeugt), die zur Vermarktung deutscher Waren vergebens eingeführt worden war, ersetzen durch „not british“ (nicht englisch). Der deutsche Handel wird auch diese Maßregel überwinden. Wir warnen die Regierung, solche Handelsverträge zu machen, die den Handel schädigen könnten. Die beste Hilfe für das Handwerk ist eine gute Ausbildung. Das Handwerk ist nicht einzig in der Forderung nach Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes zum Schutz der Bauforderungen. Die Bewandlung der Bauhandwerker muß natürlich auf das energischste bekämpft werden, aber eine Erschlitterung des Hypothekensystems müßte die Handwerker schwerer schädigen. — Der Redner tritt dann der scharfen Ablehnung

der Beteiligung der Arbeiter an der Baukontrolle durch Abg. Hammer entgegen; wenn die Arbeiter rechtzeitig Schutzmaßnahmen fordern können, werden die Angriffe auf die Unternehmern aufhören, daß sie an Unfällen schuld seien. (Zustimmung links.) Die paritätischen Arbeitsnachweise wirken im ganzen günstig. Wenn die Arbeitgeber richtig auf dem Posten sind, können sie politischen Mißbrauch verhindern. Wir ist die vom Abg. Hammer behauptete Erklärung der Staatsregierung über den Schöneberger Arbeitsnachweis nicht erinnerlich. Die Handwerker müssen mit dem vorgeschlagenen Schutz machen. Schließlich wünscht Abg. Rosenow Entschädigung der durch das Hausarbeitsgesetz geschädigten Heimarbeiter und Errichtung öffentlicher, völlig unpolitischer Rechtsauskunftstellen. (Beifall b. d. Sp.)

Minister Dr. Sydow: In der Frage der Sonntagsruhe ist es schwierig die entgegengesetzten Interessen der Detailsitten und Handlungsgehilfen abzuwägen. Daß die Gehilfen auf jeden Fall nicht länger als bis zum Schluß der festgesetzten Arbeitszeit beschäftigt werden dürfen, steht ausdrücklich im Gesetz. In der Frage der Baukontrolle stehe ich auf dem Standpunkt des Abg. Hammer. Die Zulassung von Arbeitern zur Baukontrolle in Bayern hat nicht zur Verminderung der Unfälle geführt. Auch liegt bei der engen Verbindung, in der bei uns Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften stehen, die Gefahr nahe, daß nicht soziale, sondern politische Momente bei der Wahl der Arbeiterkontrollen ausschlaggebend sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — In der Porzellanmanufaktur sollen in Zukunft alle Käufer so behandelt werden, als wenn sie selbst aus Porzellan wären. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.): Bedauerlich ist, daß durch die Reichsversicherungsordnung das Rückrecht beseitigt ist. Zur Heranziehung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen verhalten wir uns völlig ablehnend, der schon sehr gefährdete Friede zwischen Unternehmern und Arbeitern würde dadurch überhaupt unmöglich werden. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wenn es nötig ist, sollen die Versicherungsbehörden mehr Kontrolleure anstellen. Ueber die Frage der Beiträge der Industrie an die Handwerkskammern sollte man sich schließlich friedlich einigen. Auch ich wünsche die Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung und größere Freiheit für die Handwerkskammern. Das Gesetz zum Schutz der Bauforderungen hat bisher keine Erfolge gehabt. Von dem Problem der Arbeitslosenversicherung sollte man endlich die Hände lassen. Im Handwerkerstand kommen wir nicht vom Fleck.

Abg. Kaharst (st.) bedauert, daß das Pflichtfortbildungsgesetz nicht wieder eingebracht wurde. Aus den Erträgen der Warenhaussteuer sollten die Gemeinden die Beiträge der Handwerker zu den Handwerkskammern bestreiten, statt sie einzuziehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Handwerkskammer im Reichsamt des Innern hätte eher Erfolg gehabt, wenn die Arbeitgeberverbände sich nicht durch einen arroganten Angestellten hätten vertreten lassen. Der kleine Befähigungsnachweis hat dem Handwerk so gut wie gar keine Vorteile gebracht. Der Meisterittel nützt uns nichts, wenn damit keinerlei besondere Rechte verbunden sind. Und unser „Recht“, Lehrlinge auszubilden, kommt lediglich der Großindustrie zugute, die dadurch gute Arbeitskräfte erhält. Durch die Gewerbe Polizei werden die kleinen Handwerker ständig schikaniert in Bezug auf die Beschaffenheit ihrer Räumlichkeiten, aber dieselbe Polizei läßt ruhig zu, daß ein Riesencafé, wie Piccadilly, nur eine Tür und noch dazu eine Drehtür hat. (Hört! hört!) Die vollständige Inkraftsetzung des Gesetzes betreffend die Sicherung der Bauforderungen ist dringend notwendig.

Minister Dr. Sydow: Herrn Schröder-Rassel erwidere ich, daß es an dem guten Willen, dem Handwerk zu helfen, wahrlich nicht fehlt, aber es handelt sich um sehr schwierige Materien, die der gesetzlichen Regelung harrten, und zwar um Materien, in denen der Standpunkt des Handwerkers selbst oft gewechselt hat. — Eine Bevorzugung der Handwerker, die den Meistertitel führen, findet bei den Submissionen statt. In der Frage der Café- resp. Warenhausausgänge verweise ich den Vorredner an die Baupolizei, die nicht zu meinem Etat gehört. — Wegen unzuverlässige Bauunternehmer wird nach wie vor energisch vorgegangen. Unrichtig ist, daß der erste Teil des Gesetzes zum Schutz der Bauforderungen keinerlei Erfolg gehabt habe. Das Gesetz kann aber immer erst angewendet werden, wenn der Bauunternehmer seine Zahlungen eingestellt hat. Ueber die Notwendigkeit der Einführung

des zweiten Teiles wird eine Enquete aufgenommen. Auch die Haus- und Grundbesitzer fordern die Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes — aber um das Bauen zu beschränken. Solche Unterfertigung werden die Handwerker wohl nicht mitmachen! Vor allem möchte ich an das Handwerk den Appell richten, für die nötige Selbsthilfe zu sorgen. (Bravo!)

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Verbandsstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Nach Eröffnung der am Sonntag abgehaltenen Sitzung wurde ein Antrag angenommen, die Vorstandswahl von der Tagesordnung abzusehen, nachdem am Sonnabend eine Resolution angenommen sei, die dem Vorstand ein Vertrauensvotum erteilt.

Hierauf trat der Verbandstag in eine Besprechung der Lohnbewegung in den Steindruckereien ein.

Frau Thiede gab eine ausführliche Darstellung des verflorenen Kampfes der Lithographen und Steindrucker, durch den die Hilfsarbeiter in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Rednerin kam zu dem Schluß: Die Organisation der Hilfsarbeiter sei bei dieser Bewegung in eine sehr schwierige Situation geraten, weil der Senefelderbund ferne Bewegung anging, ohne sich mit den Hilfsarbeitern zu verständigen. Diese seien in verschiedenen Streikorten durch Tarife gebunden gewesen. Daraus hätten sich während des Kampfes die größten Schwierigkeiten ergeben. Wenn es auch diesmal nicht möglich gewesen sei, daß sich der Senefelderbund von Anfang an mit dem Hilfsarbeiterverband verständigte, so dürste derartige in Zukunft nicht wieder vorkommen. Eine getrennte Bewegung in einem Verufe, wo gelehrte Arbeiter und Hilfsarbeiter zusammenarbeiten, dürfe es nicht geben. Ueber Beginn, Verlauf und Beendigung des Kampfes müsse gemeinsam beraten und entschieden werden.

Sillier (Vorsitzender des Senefelderbundes) rechtfertigte die Taktik seiner Organisation. Er wüschte, daß sich beide Organisationen über alle gemeinsamen Fragen verständigen.

Kloth (Vorsitzender des Buchbinderverbandes) betonte, daß ein Zusammengehen der gelernten und ungelerten Arbeiter desselben Berufes eine notwendige Voraussetzung des Erfolges sei. Wie im Baugewerbe, so mühten auch im graphischen Gewerbe alle Branchen sowie gelehrte und Hilfsarbeiter einem gemeinsamen Verbände angehörend. Diese Lehre mühten die Beteiligten aus dem Kampfe im Steindruckergewerbe ziehen.

An der mehrstündigen Diskussion beteiligten sich Redner aus den Orten, die an der Bewegung beteiligt waren. Die Vorgänge in den betreffenden Orten wurden eingehend erörtert. Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der außerordentliche Verbandstag ist nach eingehender Beratung über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluß der Bewegung im Steindruckergewerbe zu der Ueberzeugung gekommen, daß es für die Zukunft nicht möglich ist, im Steindruckergewerbe einseitig solche Bewegungen vorzubereiten und durchzuführen. Der spätere Anschlag des Hilfspersonals an das Vorgehen der Gehilfen kann niemals für beide Teile die Erfolge auslösen, die im Interesse der im Gewerbe beschäftigten Gesamtarbeiterschaft erlangen werden müssen.“

Aus diesem Grunde erwartet der Verbandstag, daß auch der Deutsche Senefelderbund sich dieser Auffassung anschließen und in Zukunft bei geplanten Bewegungen rechtzeitig unserer Verbandsvorstand informiert und ihm das Recht der Mitentscheidung und Räteitung einräumt.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch die verflorenen Bewegung in einigen Städten noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen ohne Arbeit und Unterstützung sind, beschließt der Verbandstag, aus dem durch die ausgeschriebenen Extrabeiträge angekauften Fonds diesen Mitgliedern auf eine weitere Dauer von fünf Wochen Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Der Verbandstag erwartet von der Kollegenschaft im Steindruckergewerbe, daß sie mit derselben Ausdauer und Geschlossenheit

Kleines feuilleton.

Die Suche nach dem Modell. Im Hans Sachs-Verlag in München erschien vor dreiviertel Jahren der Erstlingsroman eines jungen, in Danzig heimatheten Autors: „Das aufsteigende Leben“ von Hans v. Hülsen. Kaum jemand, außer einigen Regensenten und Freunden des Dichters, würde das Buch gelesen haben. Aber einer unserer bekanntesten Staatssekretäre, ein in den parlamentarischen Kämpfen der letzten Jahre viel genannter Herr, der in den Gestalten der Geschichte sich und seine Familie wieder zu erkennen glaubt, verschafft ihm auf die billigste Art und Weise der Welt ein paar Auflagen. Er erhebt beim Verlag Einspruch gegen den Vertrieb, und die Verhandlungen führen zu dem Ziel, daß die erste Ausgabe für Rechnung des Staatsmannes zurückgezogen und eine Neuausgabe veranstaltet wird, in der eine Anzahl beanstandeter Stellen umgeschrieben ist. Die Buchreferenten erhalten einen Bittel, der unter Andeutung des Grundes die Bitte enthält, eine Besprechung bis zum Erscheinen der revidierten Ausgabe (sie kam vor kurzem heraus) zu verschieben. Es muß nun gesagt werden, daß Hülsen absolut nicht einseitig einen Porträroman geschrieben hat, sondern lebhaft von einer die Tatsachen durchdringenden und sinnbildlich formenden Idee geleitet wurde, als er an die künstlerische Aufarbeitung des ihn anziehenden Materials ging, und daß er in seinem Alfred Kemmerich, der vom Landrat über den Oberbürgermeisterposten in einer Hansstadt zum Handelsminister emporsteigt, nicht weniger als eine unheimliche oder farrisierte Gestalt gezeichnet hat. Dieser harte konzentrierte Kopf, der nur den affektiven sachlichen Willen zur Leistung kennt, ist sogar gut gesehen. Im übrigen steht der Roman, der die Idee der „Rudendrocks“ vom Aufstieg und Abstieg innerhalb einer Klutgruppe die Kinder entarten im Sinn aristokratischer Gesellschaftsauffassung; ein Sohn wird Maler, der andere Nabereisfänger und Schriftsteller — Mündener Coloux) aufsteigt recht unglücklich im Schatten Thomas Manns. Die Auflagen, die er jetzt dank der Bekanntheit des Herrn Staatsministers erreichen mag, verdient er als künstlerische Arbeit absolut nicht.

Es ist ein richtiges Elend mit der leidigen Modellfrage, die seit Wisse nicht mehr zum Schweigen kommt. Das heißt: im Grunde ist sie nur eine Frage für den Betroffenen, nicht aber für den Künstler, der sich durch Erwägungen kleinlich-persönlicher Natur im Schöpferwerk nicht aufhalten läßt. Soweit die Porträtdarstellung der Idee dient, soweit das Einzelwesen über seinen geschlossenen Umkreis ins Typische, ob im guten oder bösen Sinne hinausgehoben und der der Wirklichkeit entnommene Umriß mit des Dichters eigenem Blute gefüllt wird, ist die Verwertung der Tatsachen gerechtfertigt durch den Zwang des intuitiven Erkenntnisses, das sich an die und die bestimmte Gestalt knüpft und von ihr nicht loskommt. Doch wem sagt man das? Dem Bürger? Für ihn ist die Modellfrage schlechthin unlösbar. Allenfalls der Strafrichter oder ein zu Körperverletzungen geeignetes Instrument könnte eine in seinem Sinne gemüthliche Lösung herbeiführen. Als amüslicher Mensch lediglich an das Stoffliche gebunden und mit künstlerischen Gestaltungsmaßnahmen nicht im mindesten ausgerüstet, ist ihm die Modellfrage einfach eine Frage des öffentlichen Anstands und Ehrgefühls. Er nimmt, ammaßend mißtrauisch und borniert

wie er ist, jemanden für sich, der er nie war und nie sein wird, und niemand wird ihm die Ungerechtigkeit seines Tuns klar machen können. Er sieht nicht, daß die Formverdung des Ungeformten, als das er vielleicht Grundlage und Anregung für den Dichter war, das Gebilde aus den Beziehungen des Alltags löst. Das Kunstwerk erhöht das Urbild, das ihm den Umriß leiht, zu dem Urbild, von dem die Philosophie Platos weiß. Zimmerlin könnte es dem Betroffenen ein wenig auch noch so schwacher Trost sein, daß der Künstler als Künstler in den meisten Fällen gegen das eigene Leben nicht rücksichtslos ist als gegen das der anderen. Es liegt eine gewisse Schamlosigkeit darin, wie der Künstler das Erlebnis für sein Werk mißbraucht, ausfaßt. Aber es ist eine oft genug schmerzlich empfundene Schamlosigkeit, ein dämonischer Jwang, der das Leben töten muß um des Werkes willen. Das Leben revoltiert dagegen; und doch, was wüßte das Leben von sich, wenn des Künstlers Mund ihm nicht sein Rätsel löste? P. O.

Die Weis-Strasse. Auf jeder Straße, die keinen festen Belag besitzt, also auf allen Landstraßen, außer Chausseen, bilden sich Gleise aus, die so lange von fast allen Gefährten benutzt werden, bis sie zu tief geworden sind. Diese Tatsache hat schon mehr als einmal zu dem Plan angeregt, die Landstraßen mit festen Gleisen zu versehen, an die sich die Wagen dauernd halten könnten. Damit würde die Reibung vermindert und die Fahrgeschwindigkeit vergrößert werden. Die Schwierigkeit lag offenbar nur darin, wie man solche Gleise fest verlagern und wie man sie außerdem von Verunreinigung und Verstopfung freihalten sollte. Für gewöhnliche Straßen scheint die Schwierigkeit so groß zu sein, daß sie die Idee unausführbar macht. Dagegen sind jetzt in England erfolgreiche Versuche mit der Anlegung solcher Gleise auf Chausseen gemacht worden, während in Belgien ähnliche Versuche teils an dem Ministerien der Verwaltungsbüro, teils wohl auch an der Verwendung ungeeigneter Schienen gescheitert sind. In der englischen Grafschaft Fulham besteht jetzt eine Landstraße mit Schienenweg seit zwei Jahren, und ihre Unterhaltung soll in dieser Zeit um 20000 M. weniger gekostet haben als früher. Leider ist nichts Genaueres darüber zu erfahren, ob die Schienen eine vertiefte Fläche bilden oder in völlig gleicher Höhe mit dem Straßeboden liegen.

Musik.

Das Winterfest der Freien Volksbühne wurde diesmal durch ein Beethovens-Konzert von höchst bemerkenswerter Art eingeleitet. Zur Ausführung des vorzugsweise instrumentalen Programms war das Orchester des Berliner Sinfonie-Vereins herangezogen worden; das in der Hauptsache aus nicht beruflichen Musikern — Herren wie Damen — besteht und in der Pflege der symphonischen Werke unserer klassischen wie modernen Komponisten seine einzige Aufgabe erfüllt. Tritt dies Orchester schon äußerlich mit imponanter Kopfgahl — 70 Mitglieder — auf, so übertrifft es noch mehr durch begeisterte Hingabe und ausgesprochenes musikalische Intelligenz, die unter dem Taktstock seines Dirigenten Joseph Schramm zu wahrhaft künstlerischen Leistungen hinangeführt wird. Die Symphonie-Duette, das Konzert Es-dur — worin Herr Willt Gardas den ungemünzten schwierigen Klavierpart mit perlender, bravouroscher Technik und Präzision bestritt — endlich die C-moll-Sinfonie, die einen Grundpfeiler von

Beethovens Schaffen und der modernen Tonkunst überhaupt bezeichnet, hörten wir wieder einmal in einer vollendeten Ausführung. Auch dabei war nur eine einzige Probe vorher möglich gewesen. Den gesanglichen Teil hatte in letzter Stunde Frau Paula Weinbaum übernommen. Sie sang sechs Lieder Beethovens sangschön und mit leidenschaftlich dramatischer Verbe. Das netische „Auf“-Vied mußte sie unter stürmischem Applaus wiederholen. Das ganze Konzert konnte aber auch noch durch seine Kürze vorbildlich wirken; in knapp dreihalb Stunden war es beendet. s. k.

Die Neue freie Volksbühne bot am Sonntag noch nachträglich eine fröhliche Karnevalsfeier — im Metropoli-Theater. Offenbachs einaktige Operette „Dorothea“ und Barneys Vaudeville „Die kleinen Kammern“ erwiesen sich als immer noch geeignet, eine harmlose Lustigkeit zu erwecken. Die etwas altmodische Offenbachsade, die eines von seinen schwäbisch-elffischen Genrebildern ist, hat musikalisch viel mehr Reiz als das modernere, pilantere, ausgelassene Pensionatsstück, das vor Jahren auf dem Berliner Repertoire stand. Die vortreffliche Besetzung ließ alle Bedenken vergessen. Die gesanglichen und darsellerischen Leistungen von Ly Winter (Dorothea) und Joseph Josephi (der Soldat), und Viktor Norbert (Schullehrer) in der „Dorothea“ gefielen nicht minder als die zwerghellbedrohende Romil Giambietros und die Ausgelassenheit Roberts und Josephis und der wirklich nette Damenchor im zweiten Stück. Gute Choren boten auch Kettner und Fräulein Agost. — z.

Humor und Satire.

Ein furchtliches Ende nahm die am Sonnabend abgehaltene Versammlung sämtlicher preussischer Polizeipräsidenten. Als die Rede auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie kam, machte ein Versammlungsteilnehmer darauf aufmerksam, daß man nun politisch geworden, die Versammlung aber nicht in der vorgedruckten Weise angezeigt sei. Ueberdies wollte man in der Ausdrucksweise eines der prominentesten Redner eine Verletzung des Reichsverfassungsgesetzes erblicken, das in politischen Versammlungen nur den Gebrauch der deutschen Sprache gestattet. Es blieb den Herren also nicht anderes übrig, als sich zu erheben und aufzulösen. Erst das anschließende Frühstück gab Preußens Volk seine Polizeipräsidenten wieder.

Beamtenwünsche im Dreiklassenhaus. Ein Antrag sämtlicher staatsbehaltender Parteien fordert für alle festangestellten Beamten den allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

Notizen.

Bühnenchronik. Ludwig Thoma hat ein dreifaches Volksstück vollendet, das den Titel Magdalena führt. Die Uraufführung des neuen Werkes, das die Tragödie eines Bauernmädchens zum Inhalt hat, wird im Oktober gleichzeitig am Münchener Residenz-Theater und am Kleinen Theater in Berlin stattfinden. — Ein staatliches Radiummonopol ist in Desterreich geschaffen worden. Die Joachimsthaler Gruben, die das Uranerz, den Ausgangspunkt der Hauptstrahlungsgewinnung liefern, sind vom Staate erworben worden.

wie bisher auch weiterhin für die Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes eintritt, damit wir dem Unternehmertum im Gewerbe feier und aktionsfähiger als je zuvor gegenüberstehen können.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Paula Thiede hielt zum Schluß eine Ansprache, worin sie unter anderem sagte: Es war keine erfreuliche Ursache, die diesen Verbandstag veranlaßte. Wir haben uns bemüht, Klarheit zu schaffen in der Situation, welche den Konflikt verursacht hat. Der Verbandstag hat diese Angelegenheit zum Abschluß gebracht. Er hat gestern durch Annahme der Resolution den Weg gezeigt, den der Verband in Zukunft gehen soll. Wenn hier gesagt wurde, hinter der Resolution stehe nicht die übergroße Mehrheit der Mitglieder, so darf das nicht bestimmend sein. Es war bisher unser Grundsat, daß alle Beschlüsse des Verbandstages, gleichgültig mit welcher Mehrheit sie gefaßt wurden, von allen Mitgliedern anerkannt und befolgt werden. Mancher mag vielleicht mit bitterem Gefühl nach Hause gehen, weil seine Ansicht nicht durchgedrungen ist. Doch vermage niemand, daß das Interesse der Allgemeinheit über den Wünschen der einzelnen steht. Wenn uns das Vertrauensvotum diesmal nicht einstimmig erteilt wurde, so sind wir, die drei Vorstandsmitglieder, die es betrifft, darin einverstanden, daß es unsere Pflicht ist, in dieser schwierigen Situation weiterzuarbeiten. Wir werden, soweit es in menschlicher Kraft steht, alle Bitterkeit vergessen und mit den Kollegen gemeinsam und freundschaftlich zusammenarbeiten. Aber dieser ernste Wille muß auch auf der anderen Seite gerichtet, dann werden wir nicht nur für Tage und Stunden, sondern für immer kollegialisch zusammenarbeiten am weiteren Aufstieg unserer Organisation.

W. Reich (Vorstand des Verbandes) sagte: Wenn wir Berliner auch nicht recht bekommen haben, so haben wir doch das Bewußtsein, im Interesse unserer Mitglieder gehandelt und ihre Aufträge und Beschlüsse ausgeführt zu haben. Wir werden ihnen in den Versammlungen mitteilen, was hier gegen uns geltend gemacht worden ist. Zum Beweise dafür, daß die Opposition keine totalitären Bestrebungen hat, fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die allgemeine moderne Arbeiterbewegung lebe hoch.

In dem in der Sonntagsnummer enthaltenen Bericht hat ein technisches Versehen die erste Zeile des letzten Absatzes vor der Resolution durch eine nicht dahingehörende Zeile verdrängt. Es muß an der betreffenden Stelle heißen:

„Dem Verbandstage lagen zwei Resolutionen vor. Die eine billigt den Standpunkt der Berliner usw.“

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Zentralwahlverein für den 10. hannoverschen Wahlkreis und Bremerhaven hielt im Sonntag in Stade eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus dem vom Zentralvorstand herausgegebenen Bericht über die Wahl ist ersichtlich, daß die mündliche Agitationsarbeit vor Haupt- und Stichwahl im 10. Kreise eine äußerst intensive war. Im ganzen wurden zur Hauptwahl 39 und zur Stichwahl 11 Versammlungen abgehalten. Ferner traten unsere Referenten den Nationalliberalen (Freiherr v. Nudtzen) in 15, den Wählern (Dr. Diederich Hahn) in 37 Versammlungen entgegen. Die schriftliche Agitation, die während der ganzen Legislaturperiode durch den eigenen Landboten betrieben wurde, erfuhr selbstverständlich während des Wahlkampfes eine bedeutende Steigerung. Insgesamt wurden sieben Flugblätter, teils als Antwort auf gegnerische Flugblätter, mit einer Gesamtauflage von 287.600 verbreitet. Wenn trotz der intensiven Arbeit das Mandat bei dieser Wahl nicht gehört ist, so ist doch ein nennenswerter Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der den Sieg bei der kommenden Wahl in sicherer Aussicht stellt. Steigerten sich doch unsere Stimmen in der Hauptwahl von 10.918 im Jahre 1907 auf 13.771 im Jahre 1912 und in der Stichwahl — in der jetzt mit Hilfe des Fortschritts, eines Teils der Welfen und der konservativen Wähler der nationalliberalen v. Nudtzen mit 18.251 Stimmen gewählt wurde — von 12.630 Stimmen im Jahre 1907 auf 15.580 Stimmen bei der jetzigen Wahl. Die Agrardemagogie eines Diederich Hahn ist im 10. Wahlkreise gestürzt, ein allzulanges Leben wird der Industriedemagogie derer von Nudtzen nicht beschieden sein. Die Kosten des Wahlkampfes beliefen sich auf rund 18.400 M. — An diesen Bericht, der vom Zentralvorstand und vom Kassierer noch in einigen Punkten ergänzt wurde, schloß sich eine recht lebhaft Debatt, in der die Erfolge anerkannt und gewürdigt, aber gewünscht wurde, daß mehr wie bisher zur Stärkung und zum Ausbau namentlich der landlichen Organisationen getan werde. Ein Antrag, daß die Ortsvereine, die den 40-Pf. Beitrag erheben, statt bisher 90 Proz. in Zukunft 70 Proz. an die Zentralkasse abzuführen haben, fand einstimmige Annahme. Die mehr zu erhebenden 10 Proz. dürfen nur für die Schaffung eines Wahlfonds verwendet werden. Schließlich wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Kandidat des Kreises in jenen Orten, wo uns Lokale nicht zur Verfügung stehen, nach Möglichkeit den Gegnern in ihren Versammlungen entgegentritt. Nachdem die Versammlung der Gesamtwahlleitung einstimmig Beschlüsse erteilt hatte, wurde Genosse Haverkamp, Bremerhaven einstimmig wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. Am Mittel frei zu bekommen für die mündliche Agitation wurde beschlossen, den gegenwärtig sechsmal zur Verbreitung gelangenden eigenen Landboten für den 10. hannoverschen Wahlkreis fallen zu lassen und an seine Stelle den nur dreimal erscheinenden Landboten des Bezirkes „Nordwest“ einzuführen. Weiter fand ein Antrag auf Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Zeitung für den Bezirk zur Debatte. Unter Anerkennung der Zweckmäßigkeit eines derartigen Agitationsmittels beschloß die Versammlung, den Bezirksvorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Zeitung für den Bezirk „Nordwest“ — ähnlich der früheren „Nordwest“ — in Erwägung zu ziehen und dem nächsten Bezirksparteitage diesbezüglichen Bericht zu erstatten.

Sozialistische Lehrer in Belgien.

Eine sozialistische Lehrereorganisation ist nun auch in Arrondissement Mons (Vornage) gegründet worden. Da in Brüssel und Charleroi bereits gleiche Vereinigungen bestehen, wird in Kürze die Gründung einer Landesorganisation erfolgen.

Die britische Sektion der Internationale.

Man schreibt uns aus London: Die letzte Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Birmingham hat bekanntlich den Abgeordneten Arthur Henderson an Stelle Macdonald zum Sekretär gewählt, wodurch Henderson von Amts wegen zugleich der Sekretär der britischen Sektion des Internationalen Sozialkongresses wurde. Auf der Konferenz wurden Stimmen laut, die es für absurd erklärten, daß Henderson, der kein Sozialist sei, nun zum Sekretär der britischen Sektion werde. Henderson schwieß damals dazu. Am bemerkt der „Labour Leader“, daß Henderson bereits wiederholt seinen Glauben an den Sozialismus geäußert habe und teilt mit, daß er sich nun auch formell einer sozialistischen Organisation, der Fabianischen Gesellschaft angeschlossen hat.

Bersorgung der sozialdemokratischen Presse in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Verhörer wegen „Majestätsbeleidigung“, wegen Verleumdung der Armee, wegen Verleumdung von „Militärkommissionen“, wegen Nichterfüllung der unredlich geforderten Zensurkomplexe usw. gibt es in Finnland in solcher Menge, daß man sie nicht mehr gut registrieren kann. Der Verantwortliche unseres Parteiblattes „Ransan Lehti“ in Tammerfors, Genosse Santei Kuorteva, der erst vor kurzem eine längere Freiheitsstrafe wegen „Majestätsbeleidigung“ verbüßt hat, mußte sich jetzt vor neuen Anklagen, die sich gegen ihn besonders

zahlreich anhäuferten, nach Amerika flüchten. Als Landtagsabgeordneter hatte Kuorteva gegen die russische Gewalt eine besonders scharfe Sprache geführt und dadurch die besondere Aufmerksamkeit des Generalgouverneurs auf sich gelenkt, so daß es Anklagen gegen ihn nur so regnete. Anstatt sich einzulassen zu lassen, ist er nun nach Amerika gereist, wo er gleichfalls als Redakteur einer finnischen Arbeiterzeitung Anstellung fand.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte beleidigende Bürgermeister.

Auf Antrag des Chemnitzer Rates war der Genosse Hermann Müller wegen öffentlicher Beleidigung wieder einmal unter Anklage gestellt. Gegenwärtig verbüßt er schon einen Monat Gefängnis. Der Anklage dienen zwei Artikel der „Vollstimme“ vom 8. und 9. Dezember als Unterlage. Sie behandelten den Vorkommis und speziell das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Häbichmann in der gemeinschaftlichen Sitzung des Rates der Stadt und der Stadtverordneten vom 7. Dezember. Es wurde darin der Bürgermeister Dr. Häbichmann deshalb scharf angegriffen, weil er in der Generaldebatte über den städtischen Etat nach der Rede des Stadtv. Genossen Koste die Behauptung aufgestellt hatte, daß die Gewerkschaften die Arbeiter unerhört freivol in Streiks hineinsetzten, und weiter, wenn die Sozialdemokratie in Chemnitz eine Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium bekäme, so würde hier genau dieselbe Wirtschaft einreichen wie in Offenbach oder Mühlhausen. Die Worte des Bürgermeisters: Unerhört freivol, waren als Spitzmarke den beiden Artikeln vorausgesetzt. Diese Hauptansprüche hatte der Bürgermeister in der Hauptsache dem Wuche des Reichsverbändlers Dr. Ludwig über: „Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung“ wörtlich entnommen.

Genosse Müller bezog sich auf die scharfe Abwehr der Artikel den unbedingten Angriffen des Bürgermeisters gegenüber als dringend notwendig. Dieser habe kein Beispiel dafür angeführt — und das sei auch bis heute noch nicht möglich, weil nicht vorhanden — daß in Chemnitz sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Führer Arbeiter freivol in Streiks hineingeheißt hätten. Die Ueberschrift: „Unerhört freivol“ sei nur aus der Rede des Bürgermeisters zitiert. Die Ausführungen Häbichmanns über die Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit der Sozialdemokratie und über die Wirtschaftlichkeit der Sozialdemokratie in Offenbach seien längst als total falsch widerlegt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin, bestonte die Notwendigkeit, über die Vorgänge in Offenbach den Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten Ulrich zu laden, da ohne Beweis-erhebung die Wahrheit nicht festgestellt werden könne. Das Gericht lehnte aber ab, weitere Zeugen zu vernahmen, nachdem es den Bürgermeister Dr. Häbichmann als Zeugen vernommen hatte. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe, da der Artikel die Ehre des Bürgermeisters mit Schmähdungen und Verhöhnungen zum Teil größtenteils verletzt worden sei, weil dieser vom Reate der freien Rede Gebrauch gemacht und gütgläubig aus einem Wuche vorgelesen habe. Der Verteidiger beauftragte die Art und Weise der Verurteilung, die Dr. Häbichmann als Leiter der sozialpolitischen Abteilung einer Arbeiterstadt für gut befunden hat. Er selbst habe schwere Vorwürfe dem Abgeordneten Koste nach seiner Rede im Stadtverordnetenkollegium gemacht, in denen unerhört Beleidigungen enthalten waren. Da hätte eigentlich Koste auch Hagen müssen. Dr. Häbichmann laufe aber Sühne beiseite zum Gericht, als ihm scharf aber berechtigt in der Zeitung entgegen wird. Heine beantragte Freisprechung des Angeklagten, eventuell sei eine geringe Geldstrafe eine genügende Sühne. Das Gericht warf die ungenügende Strafe von vier Monaten Gefängnis aus und sprach dem Rate das Recht der Publikation im Amtsblatt und in der „Vollstimme“ zu. Der Schuß des § 193 wurde nicht gewährt.

Flugblattverbreitung als Hausfriedensbruch.

Ein Parteigenosse in Essen hatte sich „erdreißelt“, den im Depot der ganz scharfmächtig geleiteten Essener Straßenbahn-Gesellschaft wohnenden Unterbeamtenfamilien ein Wahlflugblatt zu bringen. Ein untergeordneter Beamter der Straßenbahn fühlte sich dadurch in seinen hausherrschenden Hausrechtverhältnissen verletzt und sorgte für eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen ergab aber glatte Freisprechung. Selbstverständlich mußte, so erklärte das Gericht, den Familien im Depot ermächtigt werden, sich besuchen zu lassen, von wem sie wollten. Das Verbot des Beamten sei widerrechtlich erfolgt.

Ein spätes Raifeiernspiel. Die vorjährige Raifeier hatte in Essen gegen eine Reihe von Teilnehmern Anklagen gerichtet wegen Verletzung an einem nicht genehmigten „Aufzuge“, der doch nur ein Spaziergang war, und wegen Verunstaltung politischer Versammlungen (die Abendeiern), an welchen Jugendliche teilnahmen. Der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Essen, der zur Teilnahme an der Raifeier aufgefordert hatte, und deswegen zu den „Veranstaltern“ gehören sollte, wurde von der Strafammer deshalb zu 30 M. Strafe verurteilt, da er hätte wissen müssen, daß zu der Veranstaltung die polizeiliche Genehmigung gehörte! Selbst der Expedient der „Arbeiterzeitung“ war angeklagt, weil er ein Inserat zur Raifeier im Blatt aufgenommen hatte; doch wurde er jetzt freigesprochen.

Soziales.

Eine unsoziale Stadtverwaltung.

In Erfurt beschlossen die Stadtverordneten zu Beginn des Winters, Koststandsarbeiten in der städtischen Küche vorzunehmen zu lassen. Da die Arbeiter aber infolge des niedrigen Stundenlohnes von 25 Pf. nur 12 M. pro Woche verdienen, richteten sie eine Petition an die städtischen Behörden um Erhöhung des Lohnes. Die Petitionskommission empfahl zu dem Gesuch Ueber-gang zur Tagesordnung, weil ja nun die Hauptzeit für Koststandsarbeiten vorbei sei und die Arbeiter bald andere Beschäftigung finden würden. Die Stadtverordnetenversammlung trat diesem auch vom Magistrat verteidigten Beschluß bei, trotzdem der sozialdemokratische Stadtverordnete Genosse Romag darauf hinwies, daß sich unter den Koststandsarbeitern eine Anzahl Familienväter befänden, denen es unmöglich sei, mit einem solchen Lohn ihre Familie ernähren zu können. Die Stadt mache sich einer Un-anstehung der Anklage dieser Arbeiter schuldig.

In der gleichen Sitzung lehnten die Stadtverordneten ein Gesuch des Vorstandes des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ab, mit ihm in Unterhandlung wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter zu treten. Die Petitionskommission hielt es für richtiger, wenn die Stadtverwaltung mit den Arbeitern selbst verhandelt. Den Beschluß der Petitionskommission begründete ein Eisenbahnsekretär. Der Verband hatte sich der Sache aber erst angenommen, nachdem das eigene Gesuch der städtischen Arbeiter um Lohnhöhung nicht berücksichtigt worden war.

Aus Industrie und Handel.

Konkurs des Eisenwerks „Rote Erde“ in Dortmund.

Nachdem schon längere Zeit von Schwierigkeiten bei dem Eisenwerk „Rote Erde“ in Dortmund die Rede gewesen war, ist nun der Konkurs angemeldet worden. Von dem Aktienkapital von 1.000.000 M. sollen ungefähr 500.000 M. verloren sein. — Das Werk hatte vor einigen Jahren ein neues Stahlwerk gebaut und mit dem gleichfalls in Dortmund gelegenen Walzwerk Weber einen Vertrag auf Ab-nahme von Stahlblöden geschlossen. Das Walzwerk Weber stellte aber noch vor Fertigstellung des Stahlwerks auf der Rote Erde den Betrieb ein und zahlte eine kleine Abfindungssumme. Der Vorgang legte den Grund zu den Schwierigkeiten. Dinstag kam, daß die Werkleitung nur schwer mit den Arbeitern in einigem Einvernehmen halten konnte. Als ein Streik aus-brach und die Streikbrecher nichts Rechtes vor sich brachten, war dies wenig geeignet, die Lage des Werkes zu bessern. Inwar

lam die Werkverwaltung den streikenden Arbeitern schließlich ent-gegen, aber die Schäden konnten nicht ungeschädigt gemacht werden. — Nun wird wohl einer der „gemischten“ Riesen die Rote Erde verschlingen.

Gewinnsteigerung im Bergbau.

Enorm gestiegene Löhne machen die Verteuerung der Kohle not-wendig! So begründeten die Grubenkapitalisten die kürzlich be-schlossenen Preisaufschläge. Wer's glaubt, mag selbst werden, aber düpiert ist er doch! Wie nämlich die Abkässe einer Reihe Gruben sind, die die Gewinn im vierten Vierteljahr 1911, also nach der reiflicher mitgeteilten bereits eingetretenen und noch andauernden Lohnhöhung, ganz erheblich gestiegen. Folgende Aufstellung beweist das. Der im vierten Vierteljahr erzielte Ueberschuß betrug bei den aufgeführten Gesellschaften:

	1910	1911
Ewald	870 783	1 127 568
König Ludwig	607 396	716 907
Königin Elisabeth	491 771	597 154
Graf Schwerin	227 248	315 389
Dorsfeld	337 060	388 381
Helen Amalie	334 874	466 288
Konstantin	1 224 814	1 074 907
Lothringen	408 763	621 205
Graf Bischoff	911 889	929 337
Friedrich der Große	536 423	562 123
Harpener	3 752 000	4 351 000
Hibernia	2 665 616	2 894 335
Apierbeck	114 541	154 854

Die nun wirksam werdenden Preissteigerungen machen circa 10 Prozent aus. Da die Löhne noch nicht die Hälfte der wirklichen Erhö-hung ergeben, entspricht die eingetretene Verteuerung über 20 Prozent der Löhne. Wenn die Grubenbesitzer also nur zum Ausgleich der Lohnaufbesserung Preisaufschläge haben eintreten lassen, dann mühten die Löhne um circa 20 Prozent heraufgesetzt werden. Wäher ver-halten sich die Grubenkapitalisten aber noch vollständig ablehnend, woraus zu schließen ist, daß sie neben den schon erzielten größeren Gewinnen auch noch die ganze Preissteigerung allein einzutreiben die bescheidene Absicht haben. Gegen solche Willkür entschieden Front zu machen, liegt im allgemeinen Interesse!

Vom englischen Arbeitsmarkt.

Die Berichte vom englischen Arbeitsmarkt im Januar lassen keine große Beunruhigung der Geschäftswelt durch den wahrscheinlich bevorstehenden Generalstreik erkennen. Im Monat Januar ist auch nach der neuesten Nummer der „Labour Gazette“ die Ziffer der er-mittelten Arbeitslosen oberhalb gefallen; sie betrug am Ende des Monats nur noch 2,6 Proz. und hat damit für diese Jahreszeit einen seit einem Jahrzehnt noch nicht unterschrittenen Tiefgang er-reicht. Im Januar 1911 wurden 5,5 Proz. Arbeitslose von den berichts-tenden Organisationen und offiziellen Korrespondenten an-gegeben.

Das englische Wirtschaftsleben befindet sich seit Jahresfrist, abgesehen von den üblichen, durch klimatische Verhältnisse beein-flußten Schwankungen, in aufsteigender Konjunktur. Daher auch die offiziellen und privaten Bemühungen für die Verhinderung des Generalausstandes der Kohlengräber. Diese haben sich übrigens durchaus nicht beill. sich durch die Forcierung der Förderung mittels Ueberhöhen die Erfolgsaussichten zu verschlechtern. Die „Labour Gazette“ teilt mit, von den 683.039 Kohlenbergwerks-arbeitern im Vereinigten Königreich sei in der letzten Januarwoche durchschnittlich an 5,82 Tagen gearbeitet worden gegen 5,88 Tagen im Januar 1911. Diese minimale Vermehrung der Arbeitsstunden fällt angesichts der erheblich gestiegenen Nachfrage nach Kohlen gar nicht ins Gewicht.

Dagegen scheint der zu erwartende Brennstoffmangel die Eisen- und Stahlwerke bereits zu Vorbrungsmassregeln heran-lacht zu haben, denn es fanden trotz der allgemein besseren Kon-junktur auf dem Eisen- und Stahlmarkt im Januar d. J. nur 293 Hochöfen in Betrieb, gegen 307 im Januar 1911. In den Eisen- und Stahlwerken betrug die pro Arbeiter erzielte Schichtzahl nur 5,82, das sind 0,14 weniger wie im selben Monat des Vorjahres. Die Stahl- und Hämblechfabriken haben gleichfalls im Bericht-monat eine kleine Betriebseinschränkung eintreten lassen, was sich nicht durch einen verminderten Absatz, sondern aus der Furcht vor einem Ausfall der Kohlenanfuhr erklären läßt. Naturgemäß wür-den die Eisen, Stahl und sonstige Metalle verarbeitenden Indu-strien unmittelbar von einem Generalstreik der Kohlengräber be-trouffet werden. Gelingt es nicht, ihn zu verhindern, wozu das Anerkenntnis der Arbeiterforderung nötig ist, dann dürften im Monat März 2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Feiern kommen.

Gerichts-Zeitung.

Harte Strafe wegen Kohlenklauens.

Wer kennt nicht die hohen kalten Vergehalden, die den Kohlenrevieren ihr charakteristisches Gepräge verleihen. Hier werden die in der Kohlenwäde ausgefachten und aus-gewaschenen Steine sowie aller Unrat, den die Zechen zutage fördern, abgelagert. Zwischen diesen Steinen finden sich hin und wieder kleine Kohlenstücke. Für die Zechenverwaltungen sind sie absolut wertlos, sie können im Gegenteil viel Schaden anrichten, da sie die Selbstentzündung der Vergehalden un-gemein stark beeinflussen. Nun hat sich seit altersher bei der Bergbevolkerung ein gewisses Gewohnheitsrecht herausgebildet, nach dem die ärmere Bevölkerung, die im Winter keine Kohlen zur Feuerung hat, diese Kohlenstücke ausklaubten und auflesen — eine recht mühevoll Arbeit, die in der Regel von Kindern verübt wird. Es gibt nun manche Zechen-verwaltungen, die schon eine Auge zudrücken. Andere sehen darin eine Konkurrenzschädigung und verfolgen derartige Ueber-tretungen mit aller Strenge. So auch die Zeche Prosper.

Auf der Steinhald dieser Zeche hatten die Schul-mädchen Maria und Franziska Azimane aus Drottrop Kohlen gelesen. Sie waren dabei so fleißig gewesen, daß die Eltern sogar noch für 8 M. Kohlen verkauft hatten. Die Zechenverwaltung erstattete Anzeige. Die Strafammer in Essen verurteilte die beiden Mädchen zu je 6 Wochen Gefängnis. Die Mutter erhielt wegen Schlererei 5 Monate Gefängnis, der Vater 1 Jahr Zuchthaus.

In der letzten Reichstagsession hatte die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der derartige, dem gesunden Rechts-gefühl ins Gesicht schlagende Urteile unmöglich gemacht hätte. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Entwurf, unter Fort-laffung der ihm beigelegten gewesenen reaktionären Vorarbeiten als Initiativantrag jetzt eingebracht. Dringend erforderlich wäre seine alsbaldige Verabschiedung.

Der Kontordienner als Ausschüßratsmitglied.

Der Kontordienner Herrman Ritter hatte sich gestern unter der Anklage der Unterschlagung von circa 23.000 M. vor der 7. Straf-ammer des Landgerichts I zu verantworten. Mitangeklagt wegen Schlererei war außerdem der Schwager des R., der Kaufmann Karl Janber. Der Angeklagte Ritter war etwa 13 Jahre lang bei der Firma H. Wolff als Kontordienner angestellt. Da er sich als völlig zuverlässig erwiesen hatte, spielte er bei der Firma die Rolle des Faktotums, in der er das volle Vertrauen seines Chefs genoss. Es wurden ihm deshalb hohe Beträge anvertraut, die er bei den Banken einzuzahlen hatte. Diese Vertrauensstellung brachte es mit sich, daß R. bald ohne sein Zutun mit dem Rumbus des ver-mögenden Mannes umgeben war. Diese eigentümliche Situation

fürte schließlich sogar dazu, daß Ritter den Posten eines Aufsichtsratsmitglieds der Genossenschaftsbank Groß-Beclin erhielt. Als dies bekannt wurde, wurde er von vielen Seiten aus seinem Bekanntheitskreis entfernt, ihren Wechsel zu distanzieren. Er tat dies auch zu Anfang bei der Genossenschaftsbank selbst, dann aber bog er sich das erforderliche Kapital bei mehreren Restaurateuren zusammen, denen er bis zu 20 Proz. Zinsen zahlen mußte, während er selbst nur 4 Proz. berechnete. Er ging jedoch weiter auf diese ungehörigen Geschäfte ein, da er sich schließlich selbst in die Rolle des verarmenden Mannes hineingelegt hatte. Als er endlich von allen Seiten bedrängt wurde, geriet er zum ersten Male auf die schiefe Ebene, als ihm von einem Hauseigentümer Wepe 300 M. zur Eingahlung bei einer Bank übergeben wurden, die er dann für sich behielt. — Am 3. Januar d. J. erhielt Ritter von seiner Firma 18 280 M. Bargeld und einen Scheck über 4500 M. mit dem Auftrage ausgehändigt, das Bargeld bei der Reichsbank einzuzahlen und den Scheck bei der Nationalbank zur Verrechnung abzugeben. Der Angeklagte löste den Scheck jedoch ein und behielt die ganze Summe von 22 780 M. für sich, in der Absicht, damit nach Brasilien zu flüchten, da er erkannte, daß sein finanzieller Zusammenbruch nahe bevorstand. Von diesem Gelde handigte er seinem Schwager, dem Witwengastgeber Hamber, 1500 M. aus, der hiervon 100 M. zum Unterhalt seiner Familie verwandte, den Rest von 1400 M. aber einem Gastwirt zur Aufbewahrung gab, bei dem das Geld dann beschlagnahmt wurde. Ritter konnte seine Absicht, nach Brasilien zu flüchten, nicht mehr ausführen, da er inzwischen verhaftet wurde. In seinem Besitze wurde fast noch die volle Summe gefunden, so daß die Firma Woff nur einen Schaden von einigen hundert Mark erlitten hat. Das Gericht erkannte auf 9 bezw. 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von je einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft. In einem Falle der Unterschlagung wurde der Angeklagte Ritter freigesprochen. Außerdem wurden beide Angeklagte aus der Haft entlassen.

Eine Erpressungsaffäre

befähigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen wiederholter versuchter Erpressung war die Bildhauerin Frieda Kraus aus Schöneberg angeklagt. Im Jahre 1901 lernte sie jetzt in Süddeutschland ansässiger Kommerzienrat in Berlin die damals unverheiratete Angeklagte kennen. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen geblieben war. Die Angeklagte ging um diese Zeit mit dem Bildhauer Kraus die Ehe ein, welcher dann von dem Kommerzienrat in dessen Fabrik angestellt wurde. Als Kraus dann wegen fortgeschrittener Streitigkeiten mit dem Betriebsleiter entlassen wurde, richtete seine Frau an ihren ehemaligen Geliebten einen Brief, in welchem sie ihn aufforderte 100 000 M. für das Kind zu zahlen, andernfalls sie Skandal machen würde. Der Kommerzienrat zahlte auch 15 000 M. nach, nachdem ihm angeblich die förmlichen kompromittierenden Briefe von der Angeklagten ausgehändigt worden waren. Als diese 15 000 M. verbraucht waren, forderte die Angeklagte die Erpressungen fort und verlangte nochmals 100 000 M. mit dem Hinweis, daß diese Summe bei seinem Einkommen von 800 000 M. ja keine Rolle spiele. Wie sich jetzt herausstellte, hatte die Angeklagte jene Briefe photographieren lassen, um dann damit nach Art der gewerdmäßigen Erpresser von neuem drohen zu können. Sie erhielt auch tatsächlich nochmals 100 000 M., nachdem sie vor einem Notar erklärt hatte, keine weiteren Ansprüche an den Kommerzienrat stellen zu wollen. Trotzdem verfolgte sie diesen im vergangenen Jahre von neuem mit Briefen, in denen sie 200 000 M. als „Entschädigung für eine Verführung“ verlangte. Als sie schließlich mit Zeitungsartikeln drohte und die Kopien der photographierten Briefe an die Gattin des Kommerzienrats sandte, übergab dieser die Sache der Staatsanwaltschaft, welche die jetzige Anklage erhob. Die Angeklagte behauptete von Anfang an, daß sie durch ihren ehemaligen Geliebten schwer geschädigt worden sei und ließ den Beweis dafür antreten, daß sie angeblich der Ueberzeugung war, Rechtsansprüche an den Kommerzienrat zu haben. — Das Gericht kam nach mehrwöchiger unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung zu der Verurteilung der Angeklagten. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre Gefängnis beantragt. Der Name des Kommerzienrats ging aus der Urteilspublikation nicht hervor.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauarbeit im Handelsgewerbe.

Die ständige Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen verurteilt Volkswirtschaftler sowie günstigen Verfassern angeblicher Männerinteressen seit Jahren rege Gedankenarbeit und hat zu einer Flut von Schriften über die verschiedensten Probleme der Frauenerwerbsarbeit Veranlassung gegeben. Mit der Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit auf das Handelsgewerbe, die in größerem Umfange in den neunziger Jahren des vorigen, stärker noch in diesem Jahrhundert einsetzte, ist die Diskussion auch in diese Kreise getragen worden und hat hier zu der von der Konkurrenzsucht diktierten Forderung der Ausschließung der Frauen aus dem Handelsgewerbe geführt. Diese Forderung, anfänglich mehr oder weniger entschieden vertreten von fast allen Handlungsgehilfenorganisationen — selbstverständlich mit Ausnahme des gewerkschaftlichen Zentralverbandes — führte zu lebhaften Auseinandersetzungen in diesen Kreisen, endend mit klarer und entschiedener Stellungnahme. In diesen Debatten wurden besonders zwei von der Frauenerwerbsarbeit drohende Gefahren mit kräftigen Farben ausgemalt, nämlich: die durch den Lohnbruch verursachte schlechte Bezahlung der Männer, sowie ihre Stellenlosigkeit. Wie es nun mit der Berechtigung dieser Vorwürfe gegen die erwerbende Arbeit der Frau steht, die auch heute noch in unverminderter Weise von den in ihren rücksichtlosen Anschauungen beharrenden deutsch-nationalen Handlungsgehilfen erhoben werden, zeigt eine unlängst erschienene wissenschaftliche Untersuchung von Dr. Sittel über die Frauarbeit im Handelsgewerbe.

Sittel, der im ersten Teil seiner Schrift die Entlohnung der Frauarbeit im Handelsgewerbe, die soziale Herkunft der arbeitenden Frauen und die Notwendigkeit ihres Erwerbs untersucht, versucht in ihrem zweiten zu einer wirtschaftlichen Würdigung der handlungswirtschaftlichen Frauennarbeit zu gelangen. Hierbei bespricht er die „sozialen Leistungsverhältnisse der handlungswirtschaftlichen Frauennarbeit“ und untersucht die Frage: Werden die Männer durch die zunehmende Beteiligung der Frauen berufslos und wird durch die billigere Arbeit des weiblichen Geschlechts der Männerlohn herabgedrückt, eventuell im Steigen besessen verhindert?

Das Ergebnis seiner Untersuchung faßt Sittel zusammen und sagt, man könne die handlungswirtschaftliche Frauennarbeit weder als eigentliche Ursache dafür ansehen, daß die Männer stellenlos werden, noch darf man die niedrigen Männerlöhne lediglich als Wirkung der umfangreichen Beschäftigung weiblicher Personen betrachten. Der Schwerpunkt dieser Untersuchung — hollenlose und niedrig entlohnte Männer — liegt vielmehr in der Veränderung und sich noch ändernden Struktur des Handelsgewerbes. Nicht zu leugnen ist jedoch, daß das Vorhandensein eines großen weiblichen Angebots dem kapitalistischen Unternehmer diese Änderung wesentlich erleichtert, den männlichen Angestellten aber ein erfolgreiches Zueinanderfinden sehr erschwert. Nicht also die Frauennarbeit, vielmehr der Großbetrieb mit seiner weitgehenden Arbeitsteilung und Maschinenverwendung ist als hauptursächliche Ursache für die Stellenlosigkeit und die schlechten Lohnverhältnisse anzusehen. Kampf gegen die Frauennarbeit ist deshalb Kampf gegen Windmühlen. Notwendig ist wie in allen Berufen Kampf beider Geschlechter gegen den Kapitalismus.

Lesende.

Ritter-Schneweide, Dienstag, den 27. Februar, bei Stahlberg, Berliner Str. 121. Referentin: Genoffin Fabrenzrug.
Königs-Wulferhausen und Widow, Mittwoch, den 28. Februar, bei Heidrich, Berliner Straße.

Verfassungen.

Die Organisation der Maler und ihre Erfolge unter dem Zeichen der Tarifverträge, über dieses Thema hielt der Verbandsvorsitzende A. Zöbeler-Hamburg einen Vortrag in einer Versammlung, die am Donnerstagabend in Wörners Festhallen, Kopenhagener Straße, stattfand. Der Redner betonte zuerst die einmütige Auffassung vom Wert der Tarifverträge unter den Angehörigen des Malergewerbes; zur Erringung besserer Verhältnisse im Gewerbe brauche man feste Verträge. Darum sei man auch mit dem Vorschlag der Unternehmer, ein allgemeines, bestimmtes Abkommen zu treffen, wie es im Buchdruckgewerbe besteht, einverstanden gewesen und habe reichlich geholfen, einen Reichstagsvertrag zustande zu bringen. Nicht so reichlich seien die Unternehmer dabei vorgegangen, die vielmehr hofften, den Verband zu schädigen und in Abhängigkeit zu bringen; sie zogen die Girsch-Dunderschen, die Christlichen und die Gelben mit heran, um die Arbeiter in Un-einigkeit zu bringen; sie stellten Forderungen, von denen sie sich allein großen Vorteil versprachen, wie zum Beispiel die Festsetzung einer Mindestleistung, die Verringerung der Schmutzkonkurrenz usw. Der Reichstagsvertrag wurde abgeschlossen und er hatte gute Wirkungen im Gefolge, besonders in bezug auf Lohnverhöhungen für große Massen der im Malergewerbe Beschäftigten, deren Verhältnisse eine heilsame Regelung erfordern. Der Redner führte ein reiches Zahlenmaterial zum Beweise an; unter anderem hob er hervor: Im Jahre 1905 waren 100 Tarifverträge abgeschlossen, die 12 100 Betriebe mit 39 085 Beschäftigten umfassen. Von den Beschäftigten waren 27 086 organisiert. Im Jahre 1911 waren 235 Verträge abgeschlossen, die 16 801 Betriebe mit 57 803 Beschäftigten umfassen. Organisiert waren davon 38 651. Im Jahre 1906 hatte der Verband 29 470 Mitglieder, im Jahre 1911 war diese Zahl auf rund 48 000 gestiegen. Heute sind 61 Proz. der Arbeiterschaft im Malergewerbe organisiert. Die Organisation hatte bemerkenswerte Fortschritte gemacht, entgegen den Erwartungen der Unternehmer. Mit ihren Forderungen aber, wodurch sie sich sichern wollten, machten die Unternehmer recht schlechte Erfahrungen. Die ehemals heilig umstrittene Leistungsklausel, die als Gegengewicht gegen den vom Verbands energig aufrechterhaltenen Mindestlohn dienen sollte, wird jetzt vielfach von den Meistern sehr mißtraulich betrachtet und sogar schmäht. In Berlin fürchtet man zum Beispiel, daß die Gehilfen schließlich für den Mindestlohn nicht mehr arbeiten würden, als man als Mindestleistung ansieht. Die versuchte Verringerung der Schmutzkonkurrenz hat sowohl Schwierigkeiten gemacht und soviel Streit unter den Meistern hervorgerufen, daß man sich auch von dieser Forderung nicht mehr viel verspricht. Eine Bestimmung im Tarifvertrag, die die Agitation für den Verband unterbinden wollte, ist ganz wirkungslos geworden; eine solche Agitation aufgefälligen Arbeitern zu verbieten, ist töricht. Noch sind schwere Kämpfe innerhalb der Vertragsgebiete zu führen, besonders um die Arbeitsnachweise. Die tariflichen Instanzen funktionieren zuweilen recht schwerfällig und viele Zusammenstöße sind unvermeidlich geworden, aber innerhalb der Gehilfenorganisation ist jeder Jwisst über den Reichstagsvertrag geschlichtet, nur um praktische Fragen über die Ausgestaltung des Tarifs handelt es sich bei den jetzigen Diskussionen noch. Die Unternehmer aber, die einst durchaus nach einem Reichstagsvertrag verlangten, sind jetzt unzufrieden mit der Entwicklung der Dinge. Viele haben sich schon abgewendet und wollen einen Verband gründen, der Anschluß bei dem mächtigen Unternehmerverband im Vaugewerbe sucht.

Zur Gründung eines Bundes Deutscher Dekorationsmaler findet Ende Februar d. J. in Nürnberg eine Konferenz statt. Unter den Punkten der vorgelassenen Tagesordnung sind bemerkenswert: Der neugegründete Bund und seine Stellung zum Hansabund, ferner seine Stellung zum Deutschen Arbeitgeberverband für das Vaugewerbe, dann zum § 10 des Reichstagsvertrages und § 100q der Gewerbeordnung. — Man fürchtet, daß in dem zu gewärtigenden neuen Reichstagsvertragsbestimmungen getroffen werden, die noch schärfer eine freiberufliche und fortschrittliche Gewerbetätigkeit im Malergewerbe vorsehen, als das bisher schon der Fall war. Es wird daher zum Sammeln abgesehen für „den soliden Meisterbund“. Aus 19 Städten sollen schon Anmeldungen und Zustimmungsbefehle zum neuen Bunde eingelaufen sein.

Die Organisation der Gehilfen ist auf alle Fälle gerüstet; sie ist entschlossen, bei den nächsten Verhandlungen über einen Tarifvertrag Verbesserungen zu verlangen, entsprechend den bestehenden Verhältnissen. — Der Redner schloß den sehr reichhaltig aufgenommenen Vortrag mit einem Appell zur unermüdbaren Agitation für den Verband.

Die Diskussion bewegte sich ganz im Sinne des Referats. Allseitig wurde verlangt, daß man mit neuen Forderungen, unter anderem in bezug auf den Arbeitsnachweis und die Verkürzung der Arbeitszeit, nicht zögern dürfe.

Aus aller Welt.

Die Heiligen der Reaktion.

In der russischen „höchsten Gesellschaft“ finden sich die Vertreter der faulen Ueberkultur zusammen mit dem wohlhaltenen Urteil eines durch Unwissenheit und Despotismus vertierten Volkes. Hand in Hand mit der Gegenrevolution hat sich ein Mystizismus eingestellt, der zugleich an den Aberglauben einer nur mit Bildungsfürnis überstiegenen Gesellschaft und an die erotischen Neigungen äppiger Salonpflanzen anknüpft. Ueberall, schreibt man dem „Peuple“, finden sich in den vornehmen Salons „fromme Greise“, „Altesten“, „demütige Brüder“ und andere Schwinder, die diese Geistesneigung anwenden. Eine besondere Rolle unter ihnen spielt der „fromme Greis“ (von 85 Jahren) Kasputin, eine Herde des Salons der Gräfin Ignatiev, der das Hauptquartier der Reaktion darstellt und von großem Einfluß in der höchsten Gesellschaft bis zum Jaren ist. Nun hat sich aber seit geraumer Zeit herausgestellt, daß Kasputin nicht allein Gauner, sondern ein gefährlicher Erotoman ist, der viele Ehefrauen und junge Mädchen jener Kreise seinen Gelüsten dienstbar gemacht hat. Die Sache wurde ruhmbar und wurde schon in der Presse besprochen. Da griff die Behörde zugunsten der bloßgestellten Kamarilla mit einem seit langem unerhörten Verfahren ein: man verbot den Zeitungen, von der peinlichen Sache oder dem frommen Mann überhaupt etwas zu erwähnen.

Das ging selbst der Reaktion des regierungsfremden (liberalistischen) „Golos Moskwy“, des Vlaties des früheren Dumapräsidenten Gutschkow, zu weit. Dem Befehle offen entgegen brachte das Blatt einen Artikel, der sich mit gleicher Schärfe gegen Kasputin und die geistlichen Behörden, die seinem Treiben ruhig zusehen, wendet. Da heißt es: „Wie lange noch wirst Du unsere Weduld mißbrauchen? Die Getreuen der rechtgläubigen russischen Kirche müssen diese Worte (die vorher gegen Kasputin gebraucht wurden) auch dem Heiligen Synod (dem Oberkirchenrat) zurufen, da sie sehen, wie sehr fürchterliche Gleichgültigkeit die höchste kirchliche Behörde diesem Kasputin gegenüber beobachtet. Wie lange will der Synod untätig bleiben gegenüber der verbrecherischen Tragikomödie, die dieser Abenteuerer seit Jahren spielt? Warum bleibt er still, da doch der göttliche Auftrag den Schatz der Herde gegen reißende Wölfe fordert? Warum das Schweigen der Bischöfe, die doch die Tätigkeit des schamlosen Betrügers und Verführers kennen? Warum schweigen diese „Virten Israels“, da doch mehrere von ihnen in Briefen an mich ihn richtig kanzeln? Wo bleibt die Heiligkeit, wenn man aus Nachlässigkeit oder Feigheit die Reinheit des Glaubens nicht schützt und einem auschweifenden Gauner Werke der Finsternis unter der Maske des Lichts treiben läßt?“

Nütigenfalls erbietet sich die Zeitung, die Beweise zu liefern. Der Artikel hat natürlich gewirkt. Wie? braucht man nicht zu fragen. Die Zeitung wurde konfiszieren, gegen den Chefredakteur gerichtliche Verfolgung eingeleitet.

Die Strafe für die Beglückwünschung.

In Dessau hatte am Wahlabend ein Schutzmann den dort als Reichstagsabgeordneten gewählten Genossen Heine zu seinem Siege beglückwünscht und ihm die Hand gedrückt. Durch diesen Händedruck zog sich der Schutzmann ein Disziplinarverfahren durch den Magistrat zu. Diese Maßnahme wurde nicht zu wenig kritisiert. Jetzt wird aus Dessau berichtet, daß der Schutzmann künftighin als städtischer Votz beschlagnahmt wird und das Verfahren gegen ihn eingeleitet ist. — Also Strafe muß sein und wenn es auch nur eine Verweisung in einen anderen Dienstzweig ist!

Sechs Menschen verbrannt.

Ein fürchterliches Brandunglück hat sich, wie ein Telegramm aus Stuttgart meldet, in der Nacht zum Sonntag in dem Hohenzollernschen Dorfe Fisingen zugetragen. In der Mühle des Besitzers Linseman brach aus unbekannter Ursache Feuer aus, das die Familie des Müllers im Schlafe überraschte. Linseman, seine Frau und vier Kinder kamen in den Flammen um, während zwei Söhne gerettet wurden. Ein Knacht, der zu seiner Rettung aus dem Fenster sprang, brach beide Beine. Die Mühle brannte vollständig nieder.

Die Leiden der Schiffbrüchigen.

An der portugiesischen Küste ist am Sonnabend in der Nähe von Sagres ein Boot gelandet, in dem sich 14 Mann des vor mehreren Tagen untergegangenen griechischen Dampfers „Photes“ befanden. Die Schiffbrüchigen erzählen erschütternde Einzelheiten über ihre Irrfahrt auf dem Meere. Ihr ganzer Vorrat bestand aus zehn Pfund Schiffszwieback und einem ganz geringen Quantum Trinkwasser, so daß die Unglücklichen dem Wahnsinn nahe waren, als sie endlich das rettende Land erblickten. Ein zweites Boot des gesunkenen Dampfers wurde eine Strecke weiter entfernt flößen an Land getrieben. Die Insassen, der Kapitän und sieben Mann der Besatzung, haben den Tod in den Wellen gefunden.

Aus dem russischen Sumpfe.

Die Entlarvung beamteter Verbrecher gehört in Väterchens Reich zu den Alltäglichkeiten des öffentlichen Lebens. Nur von Zeit zu Zeit machte die Entdeckung solcher Schwindeleien etwas mehr Aufhebens, wenn es sich um die Brandmarkung hochgestellter Beamten oder Militärs handelt, die sich nicht mit den üblichen „Zinngeldern“ begnügen, sondern große angelegte Raubzüge auf die staatlichen Kassen unternehmen. Einen von dieser Sorte, den Direktor der sibirischen Eisenbahnen, hat jetzt sein Schicksal ereilt. Der mit der Revision der sibirischen Eisenbahnen betraute Senator Medem hat den Direktor der Bahn und eine Reihe anderer hoher Beamten vom Dienste suspendiert, nachdem er bei der Revision Betrügereien auf die Spur gekommen ist, durch die der Staat um mehrere Millionen Rubel geschädigt worden ist. Die Gaunerbande wurde verhaftet und steht der Bestrafung entgegen.

Kleine Notizen.

Arbeiterrisiko. In einem Steinbruch bei Oberstein wurden zwei Arbeiter von niedergehenden Gesteinsmassen verschüttet. Die beiden wurden als Leichen geborgen. — Auf der Jese Viktoria bei Rügen gerieten drei Arbeiter unter hereinbrechende Gesteinsmassen. Einer wurde getötet, die beiden anderen schwer verletzt.

Im Tollenseesee ertranken. In der Nähe des am Tollenseesee gelegenen Ortes Augustabad brach am Sonntagabend ein Primaner beim Ueberstreiten des Eises ein und ertrank. Bei den Rettungsarbeiten hätte beinahe ein unbekannter Herr das Schicksal des Primaners geteilt.

Grubenunglück in Frankreich. Im Bergwerk von Vaugites fand am Sonntagabend eine heftige Explosion statt. Von den beschäftigten Arbeitern wurden drei schwer verwundet, ein vierter liegt unter den Trümmern begraben.

Ein Kirchenfänger in Russland. In sämtlichen Kirchen der Stanija Romanowskaja sind die Kirchenfänger in den Ausland getreten, da sie mit dem erbärmlichen Lohn, den ihnen die Gläubigen zahlen, nicht auskommen können.

Eingegangene Druckschriften.

Kablenins Reichstagswahlkarte des Deutschen Reiches mit genauer Abgrenzung der Wahlkreise. Bearbeitet von O. v. Stumpp, Brentano, 1 M. 2. Kamenstein, Frankfurt a. M.
Geschichte der Kunst in Frankreich von L. Houriez. Deutsch von G. Leffebvre. Gebunden 6 M. Julius Hoffmann in Stuttgart.

Zeitschrift und Diktierklub „Wilhelm Liebknecht“. Sitzung: Heute Dienstag 9 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 9/11; Vortrag: Gäste willkommen.

Freiherren von Reutlingen. Mittwoch, den 28. Februar, abends 9 Uhr: Allgemeine Versammlung bei Lappert, Stelmmeistr. 114 (an der Bergstraße). Tagesordnung: „It es angebracht, in eine Tarifbewegung zu treten?“ Referent: Kollege E. Bergmann. Beratung und Beschlußfassung über den Tarif.

Zur
Einsegnung!



Anzüge
aus schwarzen
Kammgarnstoffen
14, 17, 19, 21
25, 28, 40 M.

Anzüge
aus dunkelblauen
Cheviotstoffen
16, 18, 20, 24
28, 32, 36⁰⁰ M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.
M. Schulmeister
BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4
Sonntags Verkauf nur von 12-2 Uhr.

Unserem alten, langjährigen Parteigenossen **Robert Braun** zu seinem 70. Geburtstag die besten Glückwünsche.
Mögest Du uns noch lange erhalten bleiben.
Die Parteigenossen des Bezirks Oranienburg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 24. Februar verstarb unsere Genossin **Frau Marie Marschall** Stargarder Straße 12a.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
226/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **Otto Meier** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof in Neudamm, Hermannstraße, statt.
78/10 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands. Filiale Berlin I.

Nachruf.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin **Luise Braun** am 23. Februar im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung hat am Montag, nachmittags auf dem neuen Regen-Friedhof, Reinholdsdorf-Bezirk, stattgefunden.
Die Ortsverwaltung.

Am 23. d. M. nach plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater **Moritz Samolewitz.**
Beerdigung Dienstag 2 Uhr, jüd. Friedhof, Weihensee.
Die Hinterbliebenen.
3615 **Heinrichstr. 30.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.

Bezirk Friedrichshagen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler **Oskar Trümper** im 30. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Friedhofes aus statt.
240/12 **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Vorwaltungsstelle Friedrichshagen
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Oskar Trümper** im 30. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Friedhofes aus statt.
79/12 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treuherzige Mutter

Emma Rasmussen geb. Bedmann nach langem schweren Leiden am 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, gestorben ist.
Der trauernde Gatte nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simon-Friedhofes in Brix, Tempelhofer Weg, aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Freitag, den 23. Februar, verstarb unser Mitglied **Andreas Drews.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des katholischen Friedhofes, Weihensee, Wörthstraße, aus statt.
57/7 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Bekannten, Kollegen, Freunden und Genossen unseren tiefgefühltesten Dank.
Frau Auguste Hertz und Kinder.
2476

Dankfagung.

Für die bei der Beerdigung meiner ungeliebten Frau, meiner lieben Mutter bewiesene Teilnahme sagen allen Genossinnen und Genossen sowie Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.

Karl Raczek und Sohn.

Engelhardt

Special Hell



Flasche 10 Pf.

Erstklassiges Spezial-Bräu nach Pilsner Art
Überall käuflich

Pollmanns Bandagen.

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstätte.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien: 246/20
Die Wertzuwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Sadekum.
(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)
Preis 1 M.
Bereinsausgabe 40 Pf.

Leineweber

4-5-6 Köllnischer Fischmarkt 4-5-6



Preiswerte Einsegnungs-Anzüge

	64	68	72	76	80	84	88 cm
Cheviot	14	14 ⁵⁰	15	15 ⁵⁰	16	16 ⁵⁰	17 M.
Kammgarn	16	17	18	19	20	21	22 M.
Kammgarn-Cheviot II	22	23	24	25	26	27	28 M.
Melton-Cheviot	26	27	28	29	30	31	32 M.
Kammgarn-Cheviot I	30	31	32	33	34	35	36 M.
Tudchkammgarn	34	35	36	37	38	39	40 M.

In eigenen Betriebswerkstätten hergestellte **Jünglings- und Knaben-Kleidung** ist besonders preiswert u. unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung



Reparaturen. Spez.: Un-erklärlich saubere Renur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratengzahlung für Vorwärts-Abonnenten. Ungeduldigst ehrende Anerkennungen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeldebau in Berlin O., Joachimstr. 11c.

Auch zum Getreidekaffee

ist bekanntlich

Franck-Gries

der beste Zusatz, weil er den Geschmack voller und kräftiger macht und dem Getränk eine schöne dunkle Farbe verleiht.

Achtung!

Wenn Sie eine Garantie dafür haben wollen, daß Sie stets die bekannten und bewährten Fabrikate **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) erhalten, dann achten Sie in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf genau auf die Marken **Palmin** und **Palmona** und lassen Sie sich unter keinen Umständen zweifelhaft Nachahmungen aufdrängen. Dann gehen Sie ganz sicher!

H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fast. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gänsefett.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 24. Februar 1912.

Die internationale Industrie. — Lieferantin und Geldbeschafferin. — Verschachtelungssystem. — Monopole. — Abhängigkeit der Gemeinden von den Elektrizitätskonzernen. — Hausfestimmung.

Die monopolistischen und internationalen Tendenzen des Kapitalismus kommen am greifbarsten in der Elektrizitätsindustrie in der Erscheinung. Der Produktionszweig steht von vornherein die Investition großer Kapitalien voraus. Die normale Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb war hier wenig oder gar nicht der Ausdruck technischer Umwälzungen oder kapitalistischer Konzentration. Das Elektrizitätsgewerbe trat vielmehr von Anfang an als Großbetrieb auf. Basierend auf einer breiten Kapitalgrundlage machte sein Ausdehnungsdrang nicht an den nationalen Grenzpfählen halt; sie ist zwar die jüngste der Großindustrien, aber auch die internationalste aller kapitalistischen Unternehmungen. Und vorwiegend sind es deutsche Gründungen, die ihre Fingerringe fast über die ganze bewohnte Erde erstrecken. Selbstverständlich verbünden sie sich dabei mit dem nationalen Kapital in den verschiedenen Ländern. Noch verhältnismäßig kurzen Kämpfen unter den tonangebenden Unternehmungen, liegen in dieser Industrie Fusionen und Interessengemeinschaften die Konkurrenz gar bald ausschalten. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß geheimer Vereinbarungen unter den noch existierenden selbständigen Unternehmungen resp. Konzernen, Mindestpreise usw. vorzuschreiben, die nur außer Geltung gesetzt werden, wenn es sich um die Niederwerfung eines der kleinen kapitalistischen Unternehmen handelt, die noch für Spezialartikel bestehen und immer wieder versuchen — meist vergeblich — empor zu kommen.

Schon die Anlage lokaler Elektrizitätswerke zur Erzeugung von Strom und für Kraft- und Lichtzwecke bedeutet ein großes Geschäft, mehr noch ist das aber der Fall bei den in den letzten Jahren immer häufiger erbauten Ueberlandzentralen. Die Beschaffung der erforderlichen Kapitalien macht Kommunen und Behörden usw. oft große Schwierigkeiten. Die Elektrizitätsunternehmen suchten Rat, sie förderten die Unternehmungslust, indem sie mit der Lieferungsübernahme die Kapitalbeschaffung besorgten. Diesem Zweck dienen die von den großen Unternehmen gegründeten Elektrobanken. Das jüngste Kind auf diesem Gebiete ist die kürzlich von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und dem Siemens-Schubert-Konzern gegründete Elektro-Trauband-L.G. Sie der Gesellschaft ist Hamburg. Das Aktienkapital beträgt 30 Millionen Mark, von denen 20 Proz. bar eingezahlt sind. Obligations sollen bis zur dreifachen Höhe des Aktienkapitals ausgeben werden. Der Plan, in Verbindung mit der Siemens-Gruppe eine Trauband-Gesellschaft ins Leben zu rufen, bestand schon seit einigen Jahren. Mit der Verwirklichung eines solchen Projektes waren jedoch im Jahre 1909 die Felten und Guilleaume-Walzenwerke zuvorgekommen; sie gründeten die Bank für die elektrische Industrie. Die Gründung der neuen Trauband-Gesellschaft erfolgt jetzt, weil der Zeitpunkt für große Geschäfte als sehr günstig gilt. Für die neue Gesellschaft soll bereits ein größeres Objekt ins Auge gefaßt worden sein. Der Zweck der Gründung ist vor allen Dingen die Finanzierung größerer Unternehmen und die Erleichterung des Baues von elektrischen Anlagen.

Die Elektrizitätsindustrie beschafft sich Leihgeld, das dazu dienen soll, die Anlage von Elektrizitätswerken zu erleichtern. Sie arbeitet als Geldvermittlerin, um gut lohnende Arbeiten zu erhalten. Bei der Kapitalbeschaffung kann man sehr kulant sein: die Aufträge müssen alles doppelt wieder hereinbringen! Die vorausichtlich niedrige Verzinsung des eigenen Kapitals in der Traubandbank wird durch die höheren Gewinne der Elektrizitätsunternehmen reichlich ausgeglichen. Und was die Hauptfrage ist: diese Entwicklung ist die am schmerzlichsten zu übersteigende Schwanz gegen das Aufkommen neuer Konkurrenzunternehmen.

Die Teilnehmer der großen Konzerne sind mit allerhand andern, Waren herstellenden Gesellschaften und Lieferungsunternehmen liiert, haben ein System der Verschachtelung geschäftlicher Interessen ausgearbeitet, das eine genaue Kontrolle für die Außenstehenden ausschließt und manchen Wettbewerb einfach zu einer Farce stempelt. Dazu gründen die Konzerne nicht nur Banken, sondern auch Unternehmen, die sich der Aufgabe der Stromverföhrung widmen. Durch Beteiligung an entsprechenden Unternehmen, z. B. Straßenbahnen sucht man diese als Abnehmer zu gewinnen. Auf diesem Gebiete ist besonders das Elektrizitätswerk Essen-Kuhr tätig. Kürzlich beschloß eine Generalversammlung der Elektrizitätswerke und Straßenbahn Gotha, Aktiengesellschaft, die Forderung der Firma in „Thüringer Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft, Aktiengesellschaft“ und die Erhöhung des Aktienkapitals von bisher 1 1/2 Millionen Mark um 1 1/2 Millionen Mark gleichberechtigter Stammaktien und um 3 Millionen Mark 6proz. Zinsen vorzuschlagen. Die neuen Aktien wurden von der A. E. G., der Bank für elektrische Unternehmungen (Zürich), der Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft, der elektrischen Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft, Berlin, übernommen bis auf einen Betrag von 50 000 M. Stammaktien, den die bisherige alleinige Aktionärin, die Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. Zahmeier u. Co., zeichnete. Die Gesellschaft soll die Versorgung Gothas und angrenzender Gebiete durch ein gemeinsames Leitungsnetz aus 2 großen elektrischen Kraftstationen in Gotha und Altenbreitungen (Reinigen) und die Errichtung elektrischer Ueberlandbahnen im Herzogtum Gotha betreiben.

Diese Gründung bringt die monopolistische Tendenz in der Elektrizitätsindustrie besonders markant zum Ausdruck. Jetzt wehren sich viele Kommunen gegen die den Straßenbahnen eingeräumten Verkehrsmonopole. Von rein kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet, tragen sie nicht den Verkehrsbedürfnissen, sondern nur Gewinnerwägungen Rechnung. Mößen die von solchen Unternehmen erzielten Gewinne in die Kommunalkassen, dann wäre manche Gemeinde drückender Steuerorgane entbunden, könnte den vernachlässigten kulturellen und sozialen Aufgaben eine dem Gesamtwohl dienende Förderung zukommen lassen. Die bisher herausgewachsenen Verkehrsmonopole und die Nützlinge, die sich für die Gemeinden aus den Geheimabkommen der Tiefbauunternehmer ergeben, stehen in ihrer Bedeutung weit hinter dem Monopol zurück, das die Elektrizitätskonzerne in zielbewusster Arbeit erstreben und in erheblichem Umfang bereits erreicht haben. Wie die Straßenbahngesellschaften für das enge bei ihren Anlagen in Betracht kommende Gebiet, fordern die Elektrizitätsgesellschaften bei der Errichtung von Ueberlandzentralen das alleinige Benutzungsrecht für alle Straßen, Wege usw. Solches Recht schließt selbstverständlich jede Konkurrenz von vornherein aus, bringt die Gemeinden in vollständige Abhängigkeit von den Gesellschaften. Wegen im Laufe der Zeit grundlegende Umwälzungen in der Kraftgewinnung und Kraftübertragung die Elektrizitätsversorgung auf eine andere wirtschaftliche Basis stellen, die abhängige Gemeinde bleibt der Gesellschaft auf 30, ja 50 Jahre zu den einmal festgesetzten Bedingungen verpflichtet.

Ein solcher Vertrag besteht z. B. außer ähnlichen in Süddeutschland, zwischen der A. E. G. und dem Kreise Saarbrücken. Die Gesellschaft hat sich außerdem noch durch einen Sondervertrag mit der Verwaltung der fiskalischen Vergewerte das alleinige Abnahmerecht von Strom gesichert. Da andere Erzeuger kaum in Betracht kommen, sind die einzelnen Gemeinden der A. E. G. schon ausgeliefert. Sie besitzt weiter auf 30 Jahre das ausschließliche Recht, alle vom Kreise unterhaltenen Wege zu Stromleitungen benutzen zu dürfen. Sogar Ueberquerungen von Straßen sind anderen Interessenten verboten. Ein weniger festes Monopol als wie hier hat die A. E. G. im Herzogtum Gotha erlangt. Zwischen ihr und der Staatsregierung ist ein Vertrag auf folgender Grundlage geschlossen worden: Die Gesellschaft ist verpflichtet, im Herzogtum

Gotha eine Ueberlandzentrale zu errichten, die alle Orte desselben mit elektrischer Kraft zu versorgen hat. Sie gründet ein von den übrigen Schöpfungen der Gesellschaft unabhängiges Unternehmen mit dem Sitz in Gotha. Das Ministerium gestattet der Gesellschaft die Benutzung und Ueberkreuzung aller Straßen zur Fortleitung des Stromes in ober- oder unterirdischen Leitungen. Die Gesellschaft hat dem Staate eine Abgabe zu entrichten, welche 1/2—1 Proz. der Bruttoeinnahme ausmacht. In den ersten vier Jahren nach Abschluß des Vertrages sind außer den 7 Städten des Herzogtums 34 Gemeinden mit den erforderlichen Anlagen zu versehen; in den folgenden 4 Jahren hat sie die für die übrigen Gemeinden zu verschaffen. Sodann hat sie die Bahn von Gotha nach Friedrichroda und von dieser Nebenlinien nach Waltershausen und Großtaubitz als Kleinbahnen zu bauen. Auf Verlangen des Ministeriums muß die Gesellschaft weitere Linien errichten, welche Orte betreffen sollen, denen Vollbahnanschlüsse bisher verweigert blieben, weil nach den Berechnungen der preussischen Behörden die Rentabilität fraglich war. Der Vertrag hat vorläufig auf 50 Jahre Gültigkeit. Rummeier gründete die A. E. G. die durch den Vertrag vorgeschriebene Gesellschaft. Ein bestehendes Straßenbahnunternehmen geht darin auf.

Die Monopolgelüste der Elektrizitätskonzerne erstrecken sich auch auf die Anfertigung von Hausanschlüssen und Lieferung von Materialien. Soweit Installateure zu den Hausanschlußarbeitern zugelassen werden sollen, verlangen die großen Gesellschaften die Vorrechte der alleinigen Lieferung aller einschlägigen Erzeugnisse. Mit dem immer engeren Zusammenschluß der produzierenden Unternehmen verliert die letztere Bestimmung an Wert. Etwas anders verhält es sich dagegen mit der Ausschließung jeder Konkurrenz bei der Herstellung der Hausanschlüsse. Für den ansässigen Handwerker spielen sie immerhin eine nicht unbedeutende Rolle. Früher schon haben die Regierungen durch entsprechende Anordnungen versucht, dieser Art Monopol entgegenzuwirken. Verträge, die den Ausschluß der Handwerker usw. für die erwähnten Arbeiten vorsehen, soll die behördliche Genehmigung verweigert werden. In Preußen sind kürzlich diese Bestimmungen verschärft worden. Es hat sich herausgestellt, daß die früheren Erlasse den erwünschten Erfolg vermissen lassen. Ob die neuen Verfügungen andere Resultate zeitigen werden, kann dahingestellt bleiben. Im besten Falle reservieren sie den Installateuren eine Summe von Beschäftigung, die gegenüber den Gefamplanologen und den Stromlieferungen wenig ins Gewicht fallen. Das um so weniger, als die fortschreitende Monopolisierung in der Erzeugung elektrotechnischer Materialien und Apparate den Konzernen eine Preisbilligkeit einräumt. Das alleinige Benutzungsrecht der Wege, Plätze usw. soll ihnen nicht verweigert werden. Dieses Recht bedeutet aber eine noch stärkere Fessel zum Nachteil der Gemeinden und auch anderer privater Interessen, als wie die früher den Straßenbahnen eingeräumten Monopole.

Die Börse schlägt die antimonopolistischen Bestrebungen kaum hoch an. Sie reagiert auf die Ankündigung scharfer Maßnahmen mit einer unbedeutenden Kursabschwächung. Große Erwartungen setzt man auf die Geschäfte im Ausland. Die Kurse der Deutschen Uebersee-Elektrizitätsgesellschaft in Berlin sind seit Ende September um circa 10 Proz. gestiegen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft schlägt der auf den 2. März einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 000 000 M. auf 110 000 000 M. vor. Die neuen Mittel dienen hauptsächlich geplanten Neuanlagen für die öffentliche Beleuchtung und für Untergrundbahnen in Buenos Ayres.

Auch die Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen in Berlin will zum Zwecke der Förderung des Ausbaues der ihr nahestehenden Unternehmungen ihr Aktienkapital von 3 auf 10 Millionen Mark erhöhen und dazu noch eine Obligationenleihe von 6 Millionen Mark aufnehmen. Die zu demselben Konzern gehörende Gesellschaft für elektrische Beleuchtung in St. Petersburg erhöht ihr Aktienkapital von 30 auf 40 Millionen Rubel.

Die erheblichen Kapitalinvestitionen zeugen von sehr guter Stimmung und hochgepannten Gewinnhoffnungen.

Französischer Parteitag.

3. Tag.

Esnon, 20. Februar. (Eig. Ber.)

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion wird fortgesetzt. Es ergreift das Wort Jaurès: Es handelt sich, wie Lebus gesagt hat, nicht um die Opportunität der beiden Interventionen, sondern um die These von Compère-Morel und Chesquière. Aber es ist nicht möglich, diese anzunehmen. Erstens, weil wir nicht das Recht dazu haben, weil das Problem, das eine Revision der nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse eingekreist, nicht auf die Tagesordnung gestellt ist. Zweitens, weil sie nicht im Interesse der Arbeiterbewegung liegen. Das Urteil der beiden Genossen über die Aktion der französischen Gewerkschaften ist nicht in allen Punkten unrichtig, aber es ist pessimistisch und übertrieben. Sicher haben wir das Recht, die Aktion der C. G. T. zu kritisieren. Aber wenn wir jemals zur Einigung kommen wollen, müssen wir die Autonomie auf das strengste bewahren und unsere Kritik mit Maß und brüderlichem Sinn betreiben. Wenn es in der C. G. T. egalisierte und ungerechte Kritiker der Partei gibt, ist es unsere Pflicht, weiser zu sein. Die Erklärungen Beers besagen, daß die Resolution in keinem Fall die vorhandenen Schwierigkeiten, die zwischen Partei und Gewerkschaften eines Landes befänden, vergrößern solle. Die Kritiken der beiden Genossen sind übertrieben. Wohl ist es nötig, die Verarbeit der Gewerkschaften zu erweitern, weil dauerhafte Siege nur durch die organisierten Massen errungen werden können. Wohl müssen wir die Kräfte und Mittel des Proletariats abwägen, aber wir müssen gegen die kämpfenden gerecht sein. Verlorene Streiks bedeuten noch keine dauernde Schwächung der Kraft der Arbeiterbewegung. Das haben die großen Bergarbeiterstreiks im Pas-de-Calais von 1893 gezeigt. Sie haben die Wurzeln der proletarischen Energie tief in den Boden getrieben. Lernen wir daraus auch die neueren Kämpfe zu beurteilen. Ich verurteile die Gewalttätigkeit. Sie kann durch den Anschein der Barbarei die Schönheit der künftigen Zivilisation, die das Proletariat in sich trägt, kompromittieren. Ich halte die Gesetze der Fortschritt gegen Dinge und Personen für das Zeichen einer schwachen Organisation. Aber lassen wir uns nicht durch die klassischen Mittel des bürgerlichen Polemik täuschen! Chemols ersetzte man das Land mit dem Wort Sozialismus. Jetzt hat es sich daran gewöhnt und man nennt uns nun die „Unifizierten“. Und dasselbe Spiel wird mit dem Wort Sabotage getrieben. Jede Gewalttätigkeit, die im Kampf der Arbeiterklasse verübt wird, wird mit diesem Wort tragisch aufgeführt. Wir müssen die Organisationsarbeit verstärken, um die Gewalttätigkeit zu vermeiden, aber es muß festgestellt werden, daß diese nicht mit der C. G. T. gehören werden ist. Zu allen Zeiten haben die Arbeiter auf die Gewalt mit Gewaltanfällen geantwortet. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen unsere Disziplin stärken. Aber wir werden nie so weit kommen, jeden Gewaltakt im Kampf zu vermeiden. Vor 14 Tagen erst haben die englischen Weber ihre Unternehmung daran hindern wollen, Unorganisierte zu beschäftigen. Sie hatten recht. Denn jene sind die Parasiten der kämpfenden Ar-

beiter. Die englischen Arbeiter haben die Parasiten gezwungen, die Segen zu verlassen. Ja, wohl ist es schrecklich, daß Arbeiter bisweilen gezwungen sind, gegen Arbeiter loszugehen, die noch elender sind als sie selbst, weil sie nicht einmal die Stütze der sozialistischen Hoffnung haben. Aber wenn sich ein solcher Born kundgibt, lehnen wir unsere Unterstützung nicht gegen die Gewerkschaftler, sondern gegen die Herren, die ihn hervorgerufen haben. (Beifall.) Compère-Morel und Chesquière sind in ihrem achtungswerten Bestreben, die Arbeiterklasse vor gewissen Gefahren zu warnen, zu weit gegangen und haben das Gleichgewicht nicht bewahrt. Es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaftsbewegung keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der industriellen Entwicklung des Landes nimmt. Redner verweist auf die verschiedenen Artikel Griffuelhes, deren einer im letzten Heft des „Rouvement Socialiste“ auf den Tischen der Delegierten liegt. Die Selbstbestimmung ist im Gang, aber es ist nötig, daß die Gewerkschaften Vertrauen zur Partei und zu sich selbst haben, um die Gewalttätigkeit zu bekämpfen, ist es nötig, die Gewerkschaften auf einen breiteren Weg zu bringen. Die These Compère-Morels und Chesquières schwächt die revolutionäre Kraft und die reformatorische Wirksamkeit der Gewerkschaften. — Ich verkenne nicht die Notwendigkeit, vom Ausland zu lernen. Ich weiß, daß die Berliner Reise schon auf die Pariser Gewerkschaftler ihre Wirkung ausgeübt hat. Aber jedes Land soll, indem es die Essenz der ausländischen Leistungen zu eigen macht, die Kraft seines nationalen Genies bewahren. Wir haben, gerade weil das rückständige Kleinbürgertum und Bauerntum bei uns so stark ist, mehr als anderswo die Kraft nötig, die der revolutionäre Idealismus gibt. Uns fehlt die große Akkumulation des Proletariats der Länder, wo die Masse selbst wirkt. Und diese Kraft wollen Compère-Morel und Chesquière, diese alten Genossen, die selbst so viele Arbeiter dem Korporatismus entrißen und dem Sozialismus zugeführt haben, vermindern. Es ist die Bewegung, die Aktion, die das Proletariat größer macht, und in den Kämpfen für ein Teilergebnis bekräftigt sich der Kampf für die volle Befreiung! Reichen wir nicht der Gewerkschaftsbewegung die Krone vom Haupt! Die Sozialisation ist nur möglich, wenn wir ein von sozialistischem Denken erfülltes Proletariat haben. Der Sozialismus wäre sonst Saint-Simonismus, ein Sozialismus von Bureaukraten, Gelehrten, Bourgeois. Unser Kongreß in Limoges hat ausgesprochen, daß der Syndikalismus in sich selbst die Kraft der sozialistischen Forderung trage und die Toulouse Erklärung hat diese Auffassung bestätigt. Der Stuttgarter Kongreß erklärte die sozialistische Inspiration der Gewerkschaften für notwendig. Die Gewerkschaften sind nicht eine bloße Elementarschule des Proletariats, wie Compère-Morel und Chesquière meinen. Wenn Sie den ganzen Sozialismus der Politik überlassen, zerreißen Sie die Arbeiterbewegung. Es ist aber auch ein Widerspruch, die Gewerkschaften einerseits auf ihre Aktion im kapitalistischen Milieu, auf Selbsthilfeeinrichtungen beschränken zu wollen, andererseits aber sich mit den Demagogen der C. G. T. vereinigt zu haben, die die auf die Selbsthilfe gegründete Altersversicherung bekämpften, und überhaupt zu erklären, alle partiellen Verbesserungen seien in der heutigen Gesellschaft unmöglich. Auf diese Art würde man das Proletariat von der revolutionären Aktion wie von der reformatorischen entmühen. Die Partei kann keine Verantwortung für Theorien übernehmen, die vielleicht als nützliche Mahnung gedacht waren, aber gegen den Sozialismus und gegen das Proletariat ausgebeutet werden würden. (Ranganhaltender Beifall bei der rechten Hälfte des Parteitag und auf der Galerie.)

Chesquière: Ich übernehme die volle Verantwortung für alles was ich gesagt habe. Ich würde heute genau dasselbe sagen. Wir müssen gegen die sogenannten revolutionären Syndikalisten Stellung nehmen, die im Grunde nur Anarchisten sind. Wir müssen das Antraut ausjäten, das sie gesät haben. Wir im Norden haben die gewerkschaftliche Aktion und das revolutionäre Ideal stets zu vereinigen gewußt. Keine Äußerungen im Parlament sind der Ausdruck meiner Anschauung, daß dem Zwist zwischen Partei und Gewerkschaft ein Ende gemacht werden muß. Ich verneine nicht die Notwendigkeit der Streiks, aber ich will, daß diese Waffe möglichst vermieden und daß sie nicht von schwachen, unvorbereiteten Organisationen angewendet werde. Ich habe nicht die C. G. T. beurteilen wollen, aber es für meine Pflicht gehalten, meine Meinung über die verschiedenen Gewerkschaftsmethoden zu äußern. Ich wollte nicht die zufälligen Gewaltakte beurteilen, sondern gegen die systematischen Gewalttätigkeiten protestieren, gegen die Theorie einer Aktion, die mit Sabotage, Knüeten und Revolvern arbeiten will. Wir vertreten nicht eine Gewerkschaftspolitik des „sozialen Friedens“, aber eine Taktik, die alle Arbeiter zum Kampf für bessere Existenzbedingungen bereinigt. Beim Streik in Armenlières haben die Selben an unserer Seite gekämpft. In der Gewerkschaftsbewegung soll Platz für alle Arbeiter sein. Zwischen revolutionärer und reformierter Auffassung sehe ich keinen Gegensatz. Man kann nicht ein wahrer Revolutionär sein, ohne zugleich Reformist zu sein und umgekehrt. Wir brauchen die Einigkeit der kämpfenden Arbeiterklasse und darum die Ueberwindung des Korporatismus, worin die französische Arbeiterklasse trotz ihres vermeintlichen Revolutionarismus verharret. Daß sich der Horizont der Gewerkschaften erweitern muß, darüber bin ich mit Jaurès einig. Auch ich erwarte die Einigkeit von der vollständigen Autonomie von Partei und Gewerkschaft. Wird diese aufrechterhalten werden, dann wird unsere Intervention nicht vergebens gewesen sein. (Leb. Beifall.)

Compère-Morel legt in einer zweistündigen Rede den Standpunkt dar, den er in seiner Erklärung in der Kammer und hernach in seiner Zuschrift an den „Temps“ vertreten hat: Er ist im Einklang mit den Kongreßbeschlüssen. Ich war niemals gegen den Klassenkampf, aber ich will, daß Streiks nicht ohne Vorverhandlung und Aussicht auf Erfolg geführt werden. Ich bin Anhänger des Klassenkampfes, nicht der Aktion der „Handelnden, benutzten Minoritäten“, ohne deren Opferment zu verlernen. Sie (zur rechten Seite des Parteitag) sprechen in der Propaganda genau wie ich. In den Couloirs sagen die Deputierten von Ihrer Seite das gleiche. Der Streik ist das alleräußerste Mittel des Kampfes. Das hat die Resolution des Brüsseler Kongreßes von 1891 anerkannt. — Ich bin überzeugt davon, daß der in seiner Gewerkschaft tätige Arbeiter über die bloße Gewerkschafterei hinauskommt und in seiner Gewerkschaft Sozialist wird. Je mehr Sozialisten in den Gewerkschaften sind, desto stärker wird der sozialistische Geist in den Gewerkschaften werden. Sie mögen mich tabeln oder mit ein Bedauern aussprechen. Das wichtigste ist, daß Sie genau so denken wie ich. (Stürmischer Beifall.) Sie besetzen sich auf die Parteitagbeschlüsse. Aber über den nationalen Beschlüssen stehen die der Internationale. Der von Stuttgart gibt uns recht. Wir werden ihn hier wieder zur Abstimmung bringen und sehen, ob Sie ihn annehmen.

Call: Du hast den Antimilitarismus bekämpft. Tabeilst Du auch den „Sou du soldat“ (Reservistenfonds der Gewerkschaften)?

Compère-Morel: Alle Sozialisten sind Antimilitaristen, aber nicht alle Antimilitaristen. — Was nützen uns die revolutionären Nebendarten, wenn die Unternehmer härter organisiert sind als die Arbeiter? Redner verliest die betreffenden Statistiken. Die G. U. L. hat 10000 Frank in der Kasse, ihr Generalstreikfonds beläuft sich auf — 591 Frank! (Heiterkeit.) Ich habe meine Rede in der Kammer gehalten, um die Taktik zu zeigen, womit wir aus diesem Zustand herauskommen können. Ich wollte nichts anderes, als gegen die Sabotage und die Streikbrecherjagd protestieren (Zunahme), die zur Doktrin gemachte Gewalttätigkeit, die das Proletariat deprimiert und ermüdet, weil sie die Verbearbeit der Gewerkschaften erschwert. Wir verstehen und einschuldigen die Gewalttätigkeit des Proletariats, wenn sie provoziert werden, aber wir wollen nicht Gewalttat, wie die Vernichtung von Weinreben, die vielleicht den ärmsten Winzern gehören. Redner charakterisiert die Leichtsinnigkeit, womit Pöbel in seiner weitverbreiteten Profschüre den Streik gleichsam als Amusement behandelt und die Privatität seiner Sabotageerzelle. Diese Gewalttätigkeiten schaden die Arbeiter ab. In Lyon, wo diese Methoden herrschen, ist die Gewerkschaftsorganisation geradezu standstill. Redner belegt diese Behauptung mit Ziffern. Man spricht von der Autonomie. Aber während des Eisenbahnerstreiks haben Pöbel und ich in einer Streikversammlung auf der Pariser Arbeitsbesuche gesprochen. Ich über die Forderungen der Autonomie, er gegen die Partei und ihre Politiker, die er als Venträger hinstellte. Und da sollen wir schweigen? Den alten Alle-mane haben die Syndikalisten aus seinem Wahlkreis hinausgeworfen. Der Londoner Kongress von 1896 hat gegen diese desorganisierende Tätigkeit der Anarchisten sein Urteil gesprochen. Wir haben in der Kammer gesprochen, nicht um die Leute, die dort sind, zu überzeugen, sondern um vom ganzen Land gehört zu werden. Wieviele Artikel und Versammlungsreden wären nötig gewesen, um die gleiche Wirkung zu erzielen? Wir haben unseren Zweck erreicht, unsere Intervention war notwendig, sie hat sich im Rahmen der Stuttgarter Resolution gehalten. Was wir bekämpfen wollten, war die Anarchie auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet. Und das wird immer unser letztes Wort sein: „Organisation, immer mehr Organisation und gegen die Anarchisten!“ (Stürmische, minutenlange Ovation der linken Seite, harter Beifall auf den Galerien.)

Compère-Morel bringt im Namen der Föderation Gard eine Tagesordnung ein, die die Gesichtspunkte seiner Rede zusammenfasst und erklärt:

„Die Syndikale oder korporative Aktion vollzieht sich innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems und kann sich nicht selbst genügen. Sie hat wesentlich defensiven oder reformatorischen Charakter. Nur die politische Aktion, ob sie sich mittels des Stimmzettels oder auf insurrektionellem Weg vollzieht, ist in ihrem Wesen revolutionär und geeignet, zur Expropriation der Expropriateure zu führen.“

Saillant ruft: Wenn wir das annehmen, trennen wir uns von der G. U. L.

Jaurès: Diese Resolution bedeutet den Bürgerkrieg in der Arbeiterbewegung!

Nach stürmischer Geschäftsordnungsdebatte wird die Resolution der Kommission überwiesen.

Rachtfügung.

In einer Nachstiftung, die bis 1/2 Uhr dauert, beginnt die Diskussion über das

Verhältnis der Partei zur Freimaurerei.

Sie dreht sich um die Frage, ob die Freimaurer eine politische Organisation sind. Guillet (Le Mans) und Hryz (Paris) verneinen das. Die Freimaurerei sei lediglich eine philanthropische, für Gerechtigkeit und Brüderlichkeit einwirkende Gesellschaft. Die Freimaurer, die politisch tätig seien, seien dies in ihrem eigenen Namen. Hryz glaubt auch antimilitarische Tendenzen in der Partei wahrgenommen zu haben. Seit 12 Jahren sei den Logen das Eingreifen in die Wahlen unterzogen. Wenn die Sozialisten in den Logen Propaganda betreiben, so kann die Partei davon nur profitieren. Eine Resolution gegen die Freimaurer würde bewährte Genossen wie den Veteran des französischen Sozialismus Alle-mane, sie würde Sembat und Groussier treffen. Will man sagen, daß diese Männer der Bourgeoisie dienen?

W. rade glaubt nicht, daß die Partei ihren maurerischen Mitgliedern die Alternativen stellen soll, zwischen ihr und der Loge zu wählen. Aber die Schwierigkeit bestehe in den politischen Einflüssen, die die Freimaurerei auf die Partei ausüben könne. Die ihr angehörenden Genossen müßten ihrer Parteipflicht bewußt bleiben.

Constant erklärt, daß er früher Freimaurer war, aber ausgestiegen ist, weil er fand, daß die sozialistische Propaganda in den Logen unmöglich sei.

Generalversammlung des Kreiswahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Unter dem Zeichen des Wahlsieges der Sozialdemokratie, namentlich in diesem „Kafferkreis“, standen die Verhandlungen, zu denen sich am Sonntag die Delegierten des Kreises in dem uns zur Verfügung stehenden Lokal in Pauen eingefunden hatten. Anwesend waren insgesamt 42 Delegierte, darunter zwei Vertreter der „Brandenburger Zeitung“, ein Vertreter des „Vorwärts“, Genosse Wels vom Sekretariat des Provinz Brandenburg, Genosse Verbitt von der Agitationskommission und als Vertreter des 6. Wahlkreises Genosse Henchel.

Nach Einleitung der Verhandlungen durch einen stimmungsvollen gefanglichen Vortrag des Rautener Arbeitergesangsvereins referierte der Kreisvorsitzende Genosse Schubert über die verflochtenen Reichstagswahlen. In großen Zügen entwarf der Referent nochmals ein Bild der elenden Kampfmethode, deren sich die Gegner im verflochtenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie bedient haben. Die vor der Wahl von den Gegnern an die Staatsarbeiter gerichtete Drohung, daß, wenn Liebknecht gewählt werde, zwei Drittel der Arbeiter entlassen würden, habe sich nur als „Anschermühsal“ erwiesen. Als bei der Wahl des Jahres 1907 — „konservative Pöbel“ als Sieger hervorgegangen seien kurze Zeit darauf zweitausend Staatsarbeiter entlassen worden. Diesmal nach der Wahl Liebknechts, habe man sogar noch Arbeiter eingestellt. Dies sei jedenfalls ein Beweis dafür, daß das Einstellen und Entlassen von Staatsarbeitern nicht vom Ausfall der Wahl, sondern von der Konjunktur abhängig sei.

Redner besprach des weiteren das für die Sozialdemokratie günstige Stimmenergebnis bei der Wahl. Daß die Organisation zu diesem Stimmenergebnis noch in recht großem Mißverhältnis stehe, liege nicht zum mindesten an dem schmachtvollen Terrorismus, der an den Staatsarbeitern geübt wird.

Das für die Wahl charakteristische sei, daß der Kreis des Wahlkreises trotz der Wahlparole schamhaft versagt habe. Die Sozialdemokratie habe das Mehr von Stimmen bei der Stichwahl aus eigener Kraft aufgebracht. Daraus erhellte, daß der Liberalismus des Kreises dauernd Verrot überhand genommen hat. Die Sozialdemokratie des Kreises dauernd Verrot überhand genommen hat. Die Sozialdemokratie des Kreises dauernd Verrot überhand genommen hat.

Zieht man weiter in Betracht, daß die Wahl bereits eine

Wahlbeteiligung von 92 Prozent erreicht habe, so dränge sich jedem die Pflicht auf, für eine intensive sozialistische Aufklärung zu sorgen. Wenn jeder in diesem Sinne arbeite, so könne es keinem Zweifel unterliegen, daß der Kreis bei der nächsten Wahl im ersten Ansturm erobert werde.

Mit diesem Siege, so schloß Redner, müsse im ganzen Kreis ein neues Leben erwachen und die Organisationen sowohl wie die Presse eine Stärkung erfahren.

Hierauf erstattete der Kreisassessor Genosse Stahl den Klassenbericht vom letzten Quartal. Einer Gesamteinnahme von 14 306,41 M. steht eine Ausgabe von 18 003,19 M. gegenüber. In der Gesamtausgabe sind die Ausgaben für die Reichstagswahl von 16 480,04 M. enthalten. Es ist somit ein Defizit von 3506,78 M. vorhanden, das durch das Sekretariat gedeckt wird. Die Organisation hat sich in erfreulicher Weise entwickelt, was daraus hervorgeht, daß im Quartal allein 493 Neuaufnahmen gemacht worden sind. Außer 8128 männlichen Mitgliedern gehören der Organisation 288 weibliche Mitglieder an. Die Zahl der Monatsbeiträge ist gegenüber dem vorigen Quartal von 28 275 auf 36 284 gestiegen.

In der dem Bericht folgenden Diskussion wurde zugleich folgender von Spandau gestellter Antrag mit beraten: „Die Kreisgeneralversammlung wolle beschließen, die „Fackel“ nicht wie bisher in einzelnen Ortskreisen zu verteilen, sondern in sämtlichen Orten des Kreises.“

Genosse Liebknecht ist der Ansicht, daß die Liberalen bei der letzten Stichwahl infolge eines anderen Verhaltens geübt hätten, als eine große Anzahl, die früher stets dem Gegner die Stimme gegeben, sich diesmal der Stimme enthalten haben.

Stahl-Potsdam wandte sich gegen die Absicht, die „Fackel“ in allen Orten des Kreises verbreiten zu lassen, da die hierdurch entstehenden Kosten unmöglich auf die Dauer vom Kreise getragen werden könnten.

Von einigen Rednern wurde darüber Klage geführt, daß ihre Orte nicht mit den gewünschten Rednern besetzt worden seien.

Genosse Wels bemerkte demgegenüber, daß, wenn dem Sekretariat früh genug die Wünsche über die Referenten geäußert worden seien, letzteres das, was möglich gewesen sei, zu erfüllen gesucht habe. Nachmal zeige sich aber, daß ein für eine Industriestadt zukünftiger Redner durchaus nicht immer für das Land geeignet sei. Was den Antrag betrifft der allgemeinen Verbreitung der „Fackel“ anlangte, so wolle er darauf aufmerksam machen, daß bereits in der letzten Generalversammlung der Wunsch geäußert worden sei, die „Fackel“ vor der Wahl mindestens eine Woche gratis zu verbreiten. Bei Annahme des vorliegenden Antrages kämen 15 000 Exemplare in Betracht. Und wenn gar der Antrag Schule machen sollte, müßte derselbe erst auf seine finanziellen Folgen geprüft werden. Schon deshalb müßte er sich gegen den vorliegenden Antrag wenden. Wenn übrigens die „Fackel“ ständig allgemein verbreitet werde, habe sie nicht mehr den Wert, den sie hat, wenn bei einem bestimmten Genossen des einzelnen Ortes, den man gewissermaßen als einen Vertrauensmann der Partei anzusehen habe, nur einige Exemplare vorhanden seien.

Einem solchen vertrauten Genossen sei es dadurch sogar möglich, sich einen gewissen Stamm tätiger Parteigenossen heranzuziehen.

Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt, dagegen ein Antrag, die Angelegenheit dem Vorstand zur Beratung zu überweisen, angenommen.

Hierauf referierte in Kürze Genosse Liebknecht über die Stärkung unserer Organisation. Jede Wahl, so betonte der Redner, müsse nicht nur eine Heerschau sozialdemokratischer Wähler, sondern zugleich auch ein Sechsmeter zwischen unseren Wählern und der Zahl der organisierten Parteigenossen sein. Die Organisation unseres Kreises stehe jedoch, wenn man das allgemeine Prozentverhältnis der Zahl der Organisierten zu der sozialdemokratischen Wählerzahl des gesamten Deutschen Reiches in Betracht ziehe, in argem Mißverhältnis. Hier die bessere Hand anzulegen, müsse die Pflicht aller Genossen sein.

Schubert unterbreitete der Versammlung einen Vorschlag des Zentralvorstandes, wonach in allen Orten Agitationskommissionen gebildet werden sollen, die aus den tüchtigsten Parteigenossen bestehen müßten. Dergleichen sei zu empfehlen, in allen Orten das Hausbesuchsystem einzuführen, das sich bereits in einigen Orten gut bewährt habe. Gegen diesen Antrag wandte sich Paris und Wels, die eine Schablonisierung nicht als im Interesse der Organisation liegend erachteten. Man solle es den einzelnen Orten überlassen, zu entscheiden, welche Art der Staffierung die bessere sei. Der für die politische Organisation am meisten prädestinierte sei der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter; ihn zu gewinnen, müsse das größte Augenmerk jedes Genossen sein. Liebknecht trat noch besonders für die Förderung der Jugendorganisation ein. Sie dürfe, nachdem sie immer mehr verfolgt werde, unter keinen Umständen vernachlässigt werden. Im übrigen habe er nach den Erfahrungen aus den Versammlungen, die er nach der Wahl in den verschiedenen Orten des Kreises abgehalten, die Überzeugung gewonnen, daß der Sieg nicht ein bloßes Stochfeuer sei, sondern daß die Massen mehr denn je dauernde Vegetierung für den Kampf zeigen.

Am Schluß der Debatte wurde einstimmig einem Antrage zugestimmt, worin sich die Delegierten des Kreises verpflichten, in allen Orten für die Gewinnung von Mitgliedern für die Organisation einzutreten.

Eine längere Debatte rief der Punkt: Die Pressefrage im Kreise hervor. Spandau hatte hierzu den Antrag auf Gründung einer eigenen Presse für den Kreis Potsdam-Spandau-Osthavelland gestellt. Begründend hierzu betonte Schubert, daß die letzten Reichstagswahlen wieder den Beweis erbracht hätten, daß eine Veränderung in dieser Frage geschaffen werden müsse. Die Partei sei nicht in der Lage gewesen, allen gegnerischen Verteilungen und Lügen genügend entgegenzutreten. Insbesondere sei man gegenwärtig nicht in der Lage, an die Staatsarbeiter heranzutreten. Daß in einem Kreise zwei Parteizeitungen nebeneinander arbeiten, sei gleichfalls ein Unbild. Im „Vorwärts“, der für Spandau nur in Betracht komme, fände Spandau infolge des dort herrschenden ständigen Raummanagements nicht die genügende Berücksichtigung. Außerdem würde seit Jahren Klage darüber geführt, daß das, was dem „Vorwärts“ eingekauft, erheblich gekürzt und oft so zugestutzt würde, daß man es nicht wiedererkenne.

Bermt als Vertreter des „Vorwärts“ wandte sich entschieden gegen die von Schubert aufgestellten Behauptungen, die durch keinerlei Nachweise substantiiert werden könnten. Wenn von Spandau etwas Bestimmtes eingekauft worden sei, habe es im „Vorwärts“ Aufnahme gefunden. Dagegen habe die Redaktion zu beklagen, daß während der ganzen Zeit des von den Gegnern mit beispielloser Niedertracht gerichteten Wahlkampfes die Genossen außer einigen Verteilungsberichten auch nicht eine Zeile für den „Vorwärts“ geschrieben hätten. Das, was als Abwehr auf die unsäglichen gegnerischen Verteilungen der Sozialdemokratie sowie des Kandidaten Genossen Liebknecht vom „Vorwärts“ gebracht worden sei, habe die Redaktion auf Grund von Berichten und Urteilen bürgerlicher Blätter des Kreises selbst liefern müssen. Die Redaktion habe es sogar bitter empfunden, daß sie über den Wahlkampf dieses Kreises, auf dessen Ausgang ganz Deutschland geblickt hätte, so schlecht unterrichtet worden sei. Nicht der „Vorwärts“, sondern die Verichterstattung habe also hier unerschöpflich verlagert. Gegen den Antrag wandte sich außer Krüger-Potsdam auch Wels. Letzterer namentlich zeigte, daß an die Schaffung eines für den Kreis bestimmten Kopflattes des „Vorwärts“ schon wegen seiner Undurchführbarkeit nicht gedacht werden könne. Und selbst wenn das Organ als ein Kopflatt der „Brandenburger Zeitung“ gedacht wäre — was wiederum die Parteigenossen Spandaus nicht wollen —, wäre an dem gegenwärtigen Zustande nichts geändert. Er möge Spandau raten, den Antrag ein, da nach seiner Ansicht dessen Durchführbarkeit ebenso gut wie in vielen Kreisen Sachens und Thüringens möglich sein müsse. Zum mindesten müsse eine Kommission damit beauftragt werden, in einem der Orte, wo eine solche Presse bestünde, Erkundigungen einzuholen. Liebknecht meinte, der Wunsch, eine einblättrige Presse zu schaffen, sei sicher ein sehr bemerkenswerter Gesichtspunkt. Einblättrige Zeitungen beständen

indessen nicht in allen Wahlkreisen. Zu beachten sei, daß für die Bevölkerung der rein ländlichen Orte des Kreises die „Vorwärts“-Kost entliehen zu schwer sei. Der Grund der Unzufriedenheit an dem gegenwärtigen Zustand sei schließlich in der mangelnden Möglichkeit, die eigenartigen Verhältnisse der Spandauer, namentlich der Staatsverhältnisse zu berücksichtigen, zu suchen. Nach mehrfachen für und Wider wurde der Antrag Spandau abgelehnt. Dergleichen auch ein Antrag, die Pressefrage einer neungliedrigen Kommission zur Beratung zu überweisen. Ein weiterer Antrag, den Kreisvorstand zu beauftragen, mit der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ zwecks Einführung einer besonderen Vorortbeilage für Spandau in Verbindung zu treten, berief gleichfalls der Ablehnung. Als Vorkämpfer zum Kreisvorstand an Stelle des Genossen Wöhrle wurde Genosse Piel-Spandau gewählt.

Hierauf stimmte die Versammlung einer an anderer Stelle des „Vorwärts“ wiedergegebenen Resolution des Genossen Liebknecht gegen das Jorenregiment einmütig zu. Nachdem noch Spandau als Tagungsort der nächsten Kreisversammlung bestimmt worden war, schloß Genosse Schubert die Sitzung mit einem Appell zu weiterer unermüdbarer Tätigkeit für die Organisation.

Soziales.

Hausarmerie und Prostitution.

In Dortmund ist die Prostitution sehr sauberlich reglementiert und kaserniert. Die Wiesenstraße, eine an ihrem einen Ende sadartig geschlossene Straße am Gürtel der Stadt, beherbergt die Freudenhäuser. Wie aber alles in unserer „christlichen“ Gesellschaftsordnung als Spekulationsobjekt dient, so natürlich auch der Grund und Boden für Bordelle. In letzter Zeit erörterten die bürgerlichen Blätter Dortmunds die Vor- und Nachteile einer Verlegung der Freudenhäuser in einige stille Straßen, die mitten in der Stadt liegen. Die Hausbesitzer der betreffenden Straßen in der inneren Stadt sind die treibende Kraft für die Verlegung der Freudenhäuser. Ein Einsender im „Dortmunder Anzeiger“ plaudert ungeniert an, daß der Heißhunger nach Geld die Hausbesitzer antreibe. In dem Eingefandt heißt es:

„In den in Frage kommenden Straßen Thomas, Bischofs- und Stübengasse gibt es 38 Hausbesitzer und auf diese allein kommt es an. Von diesen haben 21 das Schriftstück unterschrieben, welches sich für die Verlegung der Wiesenstraße ausgesprochen hat. Nachträglich haben sich noch 4 Hausbesitzer gemeldet, welche unsere Verlegung beschreiben, zwei weitere haben aus geschäftlichen Rücksichten usw. nicht unterschrieben. Erstere vier und ein Teil aus dem übrigbleibenden letzten Viertel der Hausbesitzer würde unser Versuch zweifellos unterschrieben haben, wenn wir dasselbe hätten vorlegen können. Aber die Kürze der verfügbaren Zeit (von nur zehn Stunden) ermöglichte uns das nicht. Wir haben und lediglich auf die drei Straßen beschränkt. Unter den im weiten Umkreis der drei Straßen von unseren Gegnern gesammelten Unterschriften befinden sich in den in Frage kommenden Straßen nur neun Hausbesitzer, wenn alle gewonnen sind. Die Unterschriften der 79 Weiter haben keine Bedeutung, weil für diese überall in der Stadt genügend Wohngelegenheit besteht, wenn ihnen die neue Nachbarschaft nicht zusagt. So sehr groß ist aber nicht die Zahl der Hausbesitzer, welche Sie von niedriger Gewinnlust freisprechen. Seit 30 Jahren haben die altangesessenen Familien in den genannten Straßen beobachtet können, daß in den nahegelegenen Geschäftsstraßen die Grundwerte enorm gestiegen sind, ohne daß sie selbst auch nur etwas davon profitiert hätten. . . Wer will den Hausbesitzern mitdönen, daß sie auf die gewünschte Weise ihr Geld aus den Grundstücken freibekommen, die sich unter den momentanen Verhältnissen nicht verzinsen?“

Dieses Dokument zeigt so recht die Kulturhöhe unseres christlich-kapitalistischen Zeitalters. Die Weiter haben nichts zu wollen, Hauptsache ist, daß die Grundrente steigt. So ist ja überall in der Rentenwelt. Verwunderlich ist, daß die prostitutionalüsternden Hauspöbel nicht einfach verlangen, daß die Stadt ihnen, wenn nicht anders geht, ein weiteres Hurenparadies in ihrer Straßen schenkt.

Für die frommen christlichen Leute, die ihr Freudenhaus in der Stadtmitte haben wollen, und für die, die die Prostituierten weiter in der Wiesenstraße kasernieren wollen, scheint der § 180 des Strafgesetzbuches nicht zu existieren. Er lautet:

„Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittlung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheiten der Unzucht Vorstus leistet, wird wegen Ruppel mit Gefängnis bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, wie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Arme Frauen, die duldeten, daß der Verlobte schon vor der Heirat bei der Tochter schlief, sind schon wegen Ruppel bestraft worden; gewöhnliche Zubalter werden ins Arbeitshaus gesteckt, arme Mädchen, die Rot und Reichsinn der Prostitution in die Arme geworfen haben, werden ständig von Polizei und Strafgesetzen bedroht. „Alleingesehene“ Hausbesitzer aber wenden sich an die Behörden, damit die Ruppel in ihrem eigenen Interessenskreis fröhlich gedeihen möge. Nach ständiger Praxis des Reichsgerichts sind Vordellhalter wie die Behörden, die die Erlaubnis zum Vordellhalten erteilen, strafbar Ruppel. Deshalb erfolgt keine Strafverfolgung?

Wasserlands-Nachrichten

der Landesbank für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserland	am 25. 2.	am 24. 2.	Wasserland	am 25. 2.	am 24. 2.
Remel, Mühl	125 2	0	Saale, Großh.	162	+24
Fregel, Ankerburg	-42	-2	Gabel, Spandau	79	0
Reichel, Horn	214	-6	Kollmende	65	-2
Oder, Altibber	394	+166	Spreew.	86	0
• Krossen	210	-23	• Beetzow	84	+2
• Frankfurt	181	+38	• Wetzlar, Müden	283	+56
Wartze, Schrumm	190	+10	• Müden	251	+19
• Zamsberg	91	+8	Rhein, Wackmiliansau	370	+19
Rehe, Borsdamm	32	+14	• Raab	186	+15
Elbe, Zeltmeritz	52	+10	• Albin	201	+63
• Dresden	-68	-24	Rehar, Dellbronn	112	+20
• Berch	193	+25	• Rain, Berthelm	-	-
• Roggeburg	144	+15	• Rosel, Lier	243	+111

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Eisstand.

*) Eisgang. Die diesmahlige Eisungswellung der Oder hat bei Kallber mit 448 cm gestern um 9 Uhr abends nur gerade die Wasserstandsgröße erreicht. Heute morgen betrug dort der Wasserstand nur noch 420 cm.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1912.

Station	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Station	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Stinmende	764	SW	2	bedekt	Saparanda	756	SD	9	Schnee -14
Hamburg	763	SO	4	R-bel	Petersburg	762	SD	3	Schnee -16
Berlin	764	SW	3	bedekt	• Berlin	760	SD	3	bedekt 10
Kranich	764	SW	3	bedekt	• Berlin	751	SD	4	bedekt 7
München	765	SD	1	bedekt	• Paris	760	SD	2	wolkig 3
Wien	763	W	1	bedekt	• Wien	763	W	1	bedekt 5

Weiterprognose für Dienstag, den 27. Februar 1912. Etwas wärmer, gelochte heiler, aber sehr veränderlich mit leichten Regenfällen und lebhaften schwachen Winden. Berliner Wetterbureau.

Schöneberg Sozialdemokratischer Wahlverein.

Heute Dienstag, den 27. Februar 1912, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathhausfälen, Weininger Straße 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Ad. Thiele-Halle. 2. Diskussion. 3. Anträge zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen die Versammlung zahlreich zu besuchen und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Große öffentliche Volksversammlung

Dienstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96-97.

Tagesordnung:

Die Justiz und ihre Opfer.

Referent: Dr. jur. Halpert, Rechtsanwalt.

In dieser Versammlung werden außer dem Referenten noch eine Reihe anderer bekannter Sprecher die politische Rechtsprechung behandeln. Es sollte daher besonders kein Arbeiter versäumen, diese Versammlung zu besuchen.

Freie Diskussion für jedermann.

Der Einberufer:

Fritz Kater, Robertplatzstraße 28.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:

Mittwoch den 28. Februar:

Schirmmacher abends 8 1/2 Uhr, bei Dehmann, An der Stralauer Brücke 2. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Bodenleger abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelw. 14/15, Saal 3. Vortrag des Genossen Wermuth.

Korbmacher abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 4 (Arbeitslokal). Vortrag des Genossen Klüß: Die Ritter u. die Heiligen.

Jalousiearbeiter abends pünktlich 8 1/2 Uhr bei Anton Voeter, Weberstr. 17. Vortrag über: Was haben die Gewerkschaften vom neuen Reichstag zu erwarten?

Referent: Reichstagsabgeordneter O. Wels.

Bürsten- und Pinselmacher abends 8 1/2 Uhr bei Breuh, Holzmarktstr. 65. Vortrag über: Gesetzgebung und unsere wirtschaftliche Lage.

Referent: Kollege Julius Hildebrand.

Donnerstag, den 29. Februar:

Stellmacher

abends 8 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Vortrag: Was haben die Gewerkschaften vom neuen Reichstag zu erwarten?

Referent: Genosse Hans Weber.

Bezirk Schöneberg

abends 8 1/2 Uhr in den Neuen Rathhausfälen, Martin-Luther-Str. 69.

Vortrag des Kollegen Rißner über: Unternehmerwillkür und Arbeiterkämpfe.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin I.

Achtung!

Achtung!

Vertrauensmänner der Herrenmaßbranche

Dienstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgeberern in Frankfurt a. M. 2. Diskussion. 3. Beschlussempfehlung über die Angebots der Arbeitgeber. Die Vertrauensmänner werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Herrenmaßschneider

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Adab in Frankfurt a. M. Referent: Kollege Ränge. 2. Diskussion. 3. Beschlussempfehlung über die Angebots der Arbeitgeber am Orte. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe sowie mit mehr als achtwöchentlichem Rückstand kein Zutritt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht! Die Ortsverwaltung. B. K. K. R. 11/12.

Schallplatten Verleih-Institut.
Auch nach ausw. Preis. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
Neue Kienigstrasse 38.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof I, Kunt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Kunt Norden, Nr. 1987.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Berufung der Graveure und Ziseleure

in den Korona-Prachtfälen, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Rud. Breitscheid über: Arbeiterbewegung und Arbeitskämpfe in England. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Waschick. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 6 1/2 Uhr:

Berufung der Metallschleifer, Galvaniseure Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Zadek über: Die Berufsfrankheiten der Metallschleifer und Galvaniseure. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.

Verbandsbuch ist mitzubringen! Ohne dasselbe kein Zutritt.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umg.

im Lokal von Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen E. Blanke. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

Mittwoch, den 28. Februar 1912, abends 8 Uhr:

Berufung der Autogen-Schweißer

im Lokal von A. Hoffmann, Dragonerstr. 15.

Tagesordnung: 1. Die sind unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen beschaffen? (Bericht über die aufgenommene Statistik.) 2. Diskussion. Kollegen! Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Versammlungen ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen.

Achtung! Metalldrücker! Achtung!

Donnerstag, den 29. Februar 1912, abends 6 Uhr:

Berufung der in Kronen-, Lampen-, Bronze- und Metallwarenfabriken beschäftigten Metalldrücker

im Gewerkschaftshause, Engelw. 15, Saal 5.

Tagesordnung: Branchenanliegenheiten. Ganz besonders sind die in Metallwarenfabriken (Kundenbetrieben) beschäftigten Drücker dazu eingeladen.

Die Ortsverwaltung. 11/12

Edelrestauration, Fontane-Promenade 10 zu vermieten. 30/13

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

Bettfedern

Grüne Federn . . . Pfd. 55 Pf.
Entenfedern . . . Pfd. M. 1.-
Enten-Halbdaunen Pfd. M. 100
Halbweiße Halbdaunen Pfd. M. 2- und M. 200

Weiße Halbdaunen Pfd. M. 3.-, 300, 450 u. 6.-
Schleissfedern, halbweiße, Pfd. M. 100
Weiße Schleissfedern Pfd. M. 2.-, 250 u. 3.-
Hellweiße Schleissfedern Pfd. M. 300, 450 u. 6.-

Daunen

Recht ehrens. Monopoldaunen M. 2⁸⁵ p. Pfd. 3-4 Pfund zum Oberbett. (Ges. gesch.)
Russische Matador-daunen Prima hellweiße Daunen Pfd. M. 650 (ges. gesch.) . . . Pfd. M. 300
Weisse Daunen Pfd. M. 5.- Hochböhm. Daunen Pfd. M. 900 (1/2-3 Pfd. zum Oberbett.)

Fertige Betten

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt mit grauen Federn . . . Stand 12 M. 10lt. . . Stand 15 M.
von grau-rot oder rot-rosa Köperstout, gefüllt mit Entenfedern . . . Stand 24 M. 28 M. 32 M.
von echt türkisch-rottem Inlett (Unterbett Dreh), gefüllt mit Halbdaunen und Federn . . . Stand 39 M.
Bessere Betten . . . M. 46.-, 55.-, 63.- bis 105.-

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S, 77. Prinzenstrasse 46 u. 47

Unerreicht billige

(Nur gegen Voreinsendung des Inserates und solange Vorrat reicht)

Daunen-Steppdecken

von türkisch gemustertem, daunendichtem Stoff mit federreien Daunen in div. Mustern abgesteppelt: 160x210 23.- M.
von Seidenglanz-Daunensatin mit federreien Daunen in diversen Farben vorrätig 160x210 . . . 27.-
von Ia halbwoolnem Daunen-Zanella m. federreien Daunen in bordo, oliv, blau, irales 160x210 . . . 36.-

Metallbettstelle

mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190 x 80 cm
13.50 M.
weisslackiert 50 Pf. mehr.

Metallbettstelle

mit Engleder-Matratze, 33 mm stark. Pfosten, obere Verzierungen u. Fußbündel im Kopf- u. Fußteil von Messing schwarz od. weiss lackiert
26.50 M.

Hochelegante Messing-Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze in Holzrahmen, 195 x 90 cm
48.- M.
200 x 100 cm H. 55.-

Bettinlette und andere Bettartikel

Das Geschäft besteht 26 Jahre

Die Wahl im 2. Landtagswahlbezirk.

Heute, Dienstag, den 27. Februar, werden im 2. Landtagswahlbezirk Wahlmännererfahrungen vorgenommen. Die zweite Abteilung wählt in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. Die erste Abteilung von 1 bis 2 Uhr. Die dritte Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Das Zentralwahlbureau befindet sich am Tage der Wahl bei F. Ohnesorge, Markgrafenstr. 102, Telephon: Moritzplatz, Nr. 4777.

Genossen anderer Kreise werden gebeten, zur Besetzung der Wahllokale sich zahlreich einzufinden.

Das Wahlkomitee.

Zur Wahl im zweiten Berliner Landtagswahlkreise.

Am heutigen Dienstag finden bekanntlich im zweiten Landtagswahlkreise die Wahlmännererfahrungen statt, und zwar für die dritte Abteilung von nachmittags 3 Uhr bis 8 Uhr abends, für die zweite vormittags von 9 bis 12 Uhr und für die erste Abteilung von 1 bis 2 Uhr. Am Sonntag hatten unsere Genossen eine öffentliche Landtagswähler-Versammlung nach Gabels Brauerei eintreten. Sie war zahlreich besucht und füllte den großen Saal bis auf den letzten Nagel.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung

des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 17. März 1912, mittags 12 Uhr, in den Konfordia-Sälen, Andreasstr. 64, statt. Die Generalversammlungen der sechs Berliner Wahlkreise sind auf Dienstag, den 5. März, abends 8 Uhr, festgesetzt.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Fünfter Wahlkreis, Abteilung 1. Heute abend 8 1/2 Uhr, „Zinn-Ecke“, Neue Königl. 7: Versammlung. Vortrag des Genossen Dubnisch: „Was muß der Arbeiter von der Reichsversicherungsordnung wissen?“ Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins.

Nichtensberg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Käppler-Utenburg über: „Die gegenwärtige politische Lage“. Diskussion.

Vogelsgarten-Kummelsburg. Heute, Dienstag, abends pünktlich 8 Uhr, im „Casé Bellevue“ (Tempel): Generalversammlung. Reichstagsabgeordneter H. Jädel spricht über: „Rückblick auf die verflochtenen Reichstagswahlen“. Bericht der Bezirksleitung. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleiter.

Tempelhof. Morgen, Mittwochabend: Flugblattverbreitung. — Donnerstag, den 29. Februar, abends 1/2 9 Uhr, im Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gemeindevahlen. 2. Bericht der Gemeindevertreter.

Tegele. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Tropps Festsälen (Gamm), Bahnhöfstr. 1: „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“. Referent: Stadtr. Eugen Bräuner-Berlin. 2. Aufstellung der Gemeindevertreter-Kandidaten. Die Bezirksleitung.

Mariendorf. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Großl. Chausseestraße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Duard-Frankfurt a. M. Diskussion und Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevahl.

Hohen-Schönhausen. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Regler: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Unsere Aufgaben im Gemeindeparlament. Referent: Stadtverordneter Gehbert. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 4. Verschiedenes.

Königsplatz. Heute, Dienstag, 27. Februar, abends 8 Uhr: Extra-Zahlabend bei Marx. Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Madegk, Bismarckstr. 8, der 2. Vortragsabend des Genossen W. Bied-Verlin über: „Deutsche Geschichte des XIX. Jahrhunderts“ statt. Behandelt wird die Zeit vom Kaiser Frieden bis zum Abbruch der Freiheitskriege. Karten sind im Vortragslokal zu haben. Der Bildungsaussch.

Berliner Nachrichten.

Für Groß-Berlin das Volksschul-Achtklassensystem!

Zu dem Streik um das Achtklassensystem der Volksschule, der in den Erörterungen des vom Provinzialschulkollegium aufgestellten Planes, für Groß-Berlin eine einheitliche Volksschulorganisationsform mit einheitlichem Volksschullehrplan zu schaffen, eine so wichtige Rolle spielt, hat nun auch die Lehrerschaft Groß-Berlins in einer Versammlung von Lehrern und Lehrerinnen der Volksschulen Berlins und der Vororte sich geäußert.

Von vornherein handelte es sich um die Frage, ob die Volksschule auf das rüstständige Siedbenklassensystem festzuliegen und dem Vereinheitlichungsgebot zu entsprechen, das erst in Berlin und Charlottenburg glücklich erreichte Achtklassensystem zu opfern, von der Lehrerschaft ein nahezu einmütiger Protest zu erwarten war. Das Ergebnis der Versammlung, die von 27 Lehrern und Lehrerinnenvereinen Berlins und der Vororte einberufen worden war und am Freitag im Berliner Lehrervereinshaus abgehalten wurde, war eine Kundgebung für das Volksschul-Achtklassensystem, die hoffentlich der das Vereinheitlichungsprojekt beratenden Lehrplankommission des Provinzialschulkollegiums zu denken geben wird.

Rektor Ohnesorge erinnerte daran, daß die Lehrerschaft Berlins im Jahre 1893 zum ersten Male über das Achtklassensystem verhandelt habe, und daß sie nunmehr nach Verlauf von noch nicht zwei Jahrzehnten zum bereits siebensten Male sich mit dieser für sie längst geklärten Angelegenheit beschäftigen müsse, weil an den maßgebenden Stellen die Widerstände immer noch nicht ganz überwunden seien. Gewiß sei dem seit jetzt zehn Jahren geltenden achtstufigen Lehrplan der Volksschule Berlins eine Revision zu wünschen, die zu einer Entlastung von Ueberflüssigem führen müsse, und ebenso wünschenswert sei die Schaffung eines einheitlichen Lehrplans für Groß-Berlin, durch die man die Uebelstände bei Umschulungen zwischen Berlin und seinen Vororten mildern und die Zurücksetzungen der ungeschulenden Kinder einschränken könne.

Zu der Diskussion wurde versucht, die vorgelegte Resolution für das Achtklassensystem durch Abmilderungen den bescheideneren Wünschen einiger Vororte anzupassen und überdies die Hintertür eines sogenannten „Abschlusses“ nach dem siebenten Schuljahr vorzubehalten.

Diese Bemühungen fanden erfreulicherweise keine Mehrheit, und die Versammlung entschied sich dann für folgende Resolution: „Die heutige Versammlung der Lehrer- und Lehrerinnenvereine Groß-Berlins steht auf dem Boden der Resolutionen des Berliner Lehrervereins von 1893 und der allgemeinen Lehrer- und Lehrerinnenversammlung von 1909, in denen aus pädagogischen Gründen die Gliederung in acht aufsteigende Klassen für die vollkommenste Organisation großstädtischer Volksschulen erklärt wird. Sie hält die achtklassige Volksschule, die sich in Berlin seit 1902 trotz mannigfacher Hemmnisse fortschreitend immer mehr bewährt

hat, auch für die Berliner Vororte für durchführbar und hofft deshalb auf deren baldige Einführung. Sie gibt dem Wunsch Ausdruck, daß aus den zurzeit eingeleiteten amtlichen Kommissionsverhandlungen ein einheitlicher Lehrplan für achtklassige Gemeindefschulen Groß-Berlins hervorgehen möge, durch den die bisherigen Lehrziele nicht erweitert werden, sondern der den Lehrstoff auf acht Schuljahre verteilt. Für die Berliner Gemeindefschulen im besonderen wäre jeder Ausfall mit geringerer Klassenzahl oder mit einer nicht organisch eingegliederten Klasse für das letzte Schuljahr ein Rückschritt, vor dem das Schulwesen der Reichshauptstadt unter allen Umständen zu bewahren ist.“ Das Recht der Lehrerschaft, in der ganzen Angelegenheit mitzureden, wurde durch folgenden Zusatz zur Resolution betont: „Die Versammlung gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß im Hinblick auf die große Bedeutung der schwebenden Verhandlungen die Behörden auf die Mitwirkung der in Frage kommenden Lehrer- und Lehrerinnenvereine nicht verzichten, sondern durch rechtzeitige Veröffentlichung der Beschlüsse ihnen Gelegenheit geben werden, zu den Ergebnissen der Beratungen Stellung zu nehmen, ehe sie in Kraft treten.“

Weiter waren die „maßgebenden Persönlichkeiten“ größtenteils der Versammlung ferngeblieben. Durch schriftliche Einladungen hatte man die Lehrplankommission sowie die Schuldeputationen der interessierten Gemeinden und die zuständigen Behörden der Regierung besonders zu Gast gebeten. Aber der Versammlungsdurchführende mußte über eine lange Reihe von „bedauernden“ Ablehnungen berichten.

„Jugendpflege“ in der Fortbildungsschule.

Die Jugend zu gewinnen und sie durch Beeinflussung ihrer Lektüre und ihrer Geselligkeit auf „die richtige Bahn“ zu schieben, wird auch in den kaufmännischen Fachschulen der Berliner Korporation der Kaufmannschaft versucht. Aus der kaufmännischen Fachschule, die im Schulhaus des Köllnischen Gymnasiums an der Inselstraße untergebracht ist, erfahren wir einiges über diese Bemühungen.

Es ist dort unterfagt worden, Zeitungen oder gar Wählblätter mit in die Schule zu bringen, andererseits aber wird die Verbreitung eines Blattes „Feierabend“ von dem Fortbildungsschuldirigenten selber sehr eifrig gefördert. Der Herr, ein Lehrer Gilbert, nimmt in der Schule die Abonnementsgelder entgegen, besorgt dann den „Feierabend“ in der bestellten Anzahl von Exemplaren und liefert diese den einzelnen Klassen zur Verteilung unter den Abnehmern. Vor kurzem wurde in derselben Fachschule einem Hauptmann Peter Gelegenheit gegeben, vor den Schülern einen Vortrag über den „Pfadfinderbund“ zu halten. Seine Ausführungen endeten mit der Einladung, sich einmal die Sache anzusehen und nächstens nach dem Grunewald hinauszukommen, wo der „Pfadfinderbund“ über werde. Der Vortrag wurde nicht etwa nach Schluß des stundenmäßigen Unterrichts, sondern während einer der Unterrichtsstunden gehalten, so daß der Unterricht dem Vortrag des für den „Pfadfinderbund“ werbenden Hauptmanns geopfert werden mußte.

Das alles gilt als zulässig, wenn es sich um die sogenannte „Jugendpflege“ handelt. Der Liebe Mühe wird freilich gegenüber jungen Leuten, die in aufgeklärten Arbeiterfamilien aufgewachsen sind, verloren sein. Die Arbeiterklasse und ihr Nachwuchs werden alle „Jugendpflege“, die aus bürgerlichen Kreisen kommt, schroff ablehnen, weil sie wissen, worauf das hinaus will. Wo in Fortbildungsschulen und auch in Volksschulen die Lehrer an diesen Bestrebungen teilnehmen, da werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn sie die bittersten Enttäuschungen erleben. Erreichen werden sie, daß sie sich die Jugend derjenigen Volksschule, auf die es abgesehen ist, nur noch mehr entfremden. Aber wenn sie's so haben wollen, so werden sie es eben tragen müssen.

Aus der Waisenspflege der Stadt Berlin erhielt vor einiger Zeit eine Mutter ihr Kind in einem Zustande zurück, über den sie sich nicht wenig wunderte. Das Kind, ein jetzt zweijähriger Knabe, war von der Waisensverwaltung zunächst in einer fremden Familie und später noch auf zwei Monate in einer privaten Anstalt untergebracht worden. Als die Mutter heiratete und nun den Kleinen wieder zu sich nehmen wollte, wurde er durch die Waisensverwaltung aus jener Anstalt zurückgeholt und im Berliner Waisenhaus an die Mutter zurückgegeben. Ihr fiel sofort auf, daß das Kind eine wunderbare Nase hatte, doch legte sie hierauf kein Gewicht. Noch ehe sie dann mit dem Knaben in ihrer Wohnung anlangte, entdeckte sie, daß er auf dem Kopf mit Ungeziefer behaftet war. Sie ließ dem Kinde noch unterwegs das etwa fingerlange Kopfhair schneiden, in dem die Läuse sich eingenistet hatten. Bei näherem Zusehen bemerkte die Mutter auch, daß eine Ohrmuschel an ihrem oberen Ende — da, wo sie am Kopfe angewachsen ist — wie eingegriffen schien. Möglicherweise ist diese Verletzung daraus zu erklären, daß das Kind, durch das Ungeziefer gequält, sich allzuheftig in der Wogend des Ohrs gekratzt und selber die Ohrmuschel eingegriffen hat. Die Mutter allerdings glaubt nicht, daß diese Annahme richtig sei, und sucht nach einer anderen Erklärung. Daß das Kind auch an Ohrläusen litt, sei nebenbei erwähnt.

Die Kinderschulkommission, die von der Angelegenheit Kenntnis erhielt, sorgte dafür, daß das Kind einem Arzt zugeführt und von ihm besichtigt wurde. Auffällig ist, daß im Waisenhaus weder von dem Ungeziefer auf dem Kopfe noch von der Verletzung am Ohr irgendjemand etwas bemerkt zu haben scheint. Waisensfinder, die aus privater Pflege in das Waisenhaus zurückgenommen werden, weil sie den Eltern wieder übergeben werden sollen, verweilen dabei in der Regel nur kurze Zeit noch in dem ihnen als Durchgangsstation dienenden Waisenhaus. In dem vorliegenden Fall ist der Mutter nicht bekannt geworden, wie lange ihr Kind noch im Waisenhaus zugebracht hat, ehe es ihr ausgehändigt wurde.

Das Kuratorium des städtischen Obdach- und Arbeitshauses beschäftigte sich gestern mit einem Revisionsbericht der Stadtverordneten Ab. Hoffmann und fußt über eine von beiden am 6. Februar d. J. vorgenommene plötzliche Revision des städtischen Obdachbaus. Verlangt wurde von ihnen der dringend notwendige Erweiterungsbau des städtischen Obdachbaus. Damit im kommenden Winter die Verwaltung nicht vor keine Katastrophe gestellt wird, forderten sie die sofortige Errichtung von weiteren sieben Rot-Doppelbaracken, wie bereits drei aufgestellt sind. Sämtliche Stadtverordnete waren sich darüber einig, daß der Bericht recht habe, wenn er sage, die Verantwortung für die herrschenden Zustände und ihre Gefahren könne niemand tragen, denn schon in diesem Winter sei eine Ueberfüllung des städtischen Obdachbaus in der grauenhaftesten Weise zu konstatieren gewesen. Ueber 2000 Personen seien mehr aufgenommen worden, als überhaupt Plätze vorhanden waren. Auf Gängen und Fluren hätten die Obdachlosen kampieren müssen. Das ihnen zum Nachtlager angewiesene Strohhalm biete eine große Gefahr bei einer Feuersbrunst, so wie bei einer Panik. Geschlossen wurde, die Hochbauverwaltung zu ersuchen, die Pläne für Umbau und Erweiterung des städtischen Obdachbaus recht bald dem Kuratorium vorzulegen, ferner den Magistrat zu ersuchen, schleunigst sieben neue Doppelbaracken zu errichten, so daß sie im kommenden Herbst bereits benutzbar sind. Eine lebhafteste Debatte entstand über die Zurück-

ziehung der Vorlage betreffend das auf dem Terrain des Obdachs zu erbauende Verpflegungshaus, das leichten Fußkranken usw. oder Kranken bis zur Ueberführung nach einem Krankenhanse zur Aufnahme dienen sollte. Durch eine mißverständliche Fassung des Herrn Dr. Fischer wurde diese Station für überflüssig gehalten. Jetzt stellt sich aber nach dem Revisionsbericht der Genossen Hoffmann und Jucht die dringende Notwendigkeit dieser Station heraus und beantragten sie daher die Wiedereinbringung der Vorlage. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung als erster Punkt weiter verhandelt werden. Schließlich ließ Herr Dr. Bretauer noch einen Einblick in das Material tun, das eine Fülle von Beweisen über die Art erbringt, wie Arme, Kranke und Schwangere aus der Provinz nach Berlin abgeschoben werden. In einem nicht kleinen Teile geschieht das von Behörden; in mehreren Fällen muß man das Verfahren als Aussetzung hilfloser Personen bezeichnen. Der Stadt Berlin soll dieser Unfug 800 000 bis 900 000 M. pro Jahr kosten. Dem Kuratorium soll demnächst eine Statistik darüber vorgelegt werden.

Kampf um die persönliche Freiheit.

Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried soll nach der Mitteilung einiger Blätter entmündigt sein. Das ist nicht ganz zutreffend. Gegen Dr. Ehrenfried war bekanntlich vor drei Jahren ein Antrag auf Entmündigung gestellt. Der Antrag wurde gegen seinen Willen in einer Anstalt untergebracht, entfiel aus denselben, erwirkte dann Urteile auf Verurteilung wegen Verleumdung und auf Schadenersatz gegen einige Ärzte. In dem immer noch schwebenden Verfahren wurde dann vom Amtsgericht auf Grund eines vor mehreren Jahren von einem der Ärzte verfaßten Gutachtens, gegen den Dr. Ehrenfried mit Erfolg geklagt hatte, in der Tat die Entmündigung des Anwalts vor einigen Tagen ausgesprochen. Auf seinen Antrag hat aber die 22. Zivilkammer des Landgerichts I gestern im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet, daß die Wirksamkeit des amtsgerichtlichen Beschlusses bis zum Erlass des Urteils in der Anfechtungsklage ausgesetzt wird. Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried läßt seine Progris nach wie vor aus. Der Fall Ehrenfried illustriert die dringende Reformbedürftigkeit der Entmündigungsregelung.

Zu den Massenerkrankungen in der Unteroffizierschule zu Potsdam gibt das Kommando nachfolgende Nachricht bekannt: Die Zahl der an der Unteroffizierschule Potsdam erkrankten Mannschaften hat sich seit dem 25. Februar nicht erhöht. Bei allen Erkrankten ist das Fieber heruntergegangen, meist ganz beseitigt. Allgemeinbefinden gut. In den Ausleerungen der Kranken ist der Erreger der Fleckfärbung festgestellt worden. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Explosionsunglück in Wilmersdorf.

Eine furchtbare Explosion, bei der eine Person getötet und eine zweite verletzt wurde, erfolgte Sonntag früh kurz nach 2 Uhr in einer Versuchsanlage der Sauerstoff-Industrie-Aktiengesellschaft auf dem Grundstück Hildegarthstr. 29 an der Kaiserallee zu Wilmersdorf. Die Gewalt der Explosion war so enorm, daß ein 25 Meter langes einstöckiges hallenartiges Gebäude in die Luft flog und in der Umgebung zahllose Fenster-scheiben zertrümmert und Dächer beschädigt wurden. Außerdem entstand durch die Explosion ein Großfeuer, das erst nach mehreren Stunden durch die Feuerwehren von Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg und Berlin gelöscht werden konnte. Die Leiche des geätzten Mannes war scharflich verstümmelt. Ueber die Ursache der Explosion war bisher noch nichts zu ermitteln. Im einzelnen gehen uns über die Katastrophe folgende Mitteilungen zu:

Auf dem Grundstück Hildegarthstr. 29 befindet sich die Villa des Schöneberg-Wilmersdorfer Polizeipräsidenten Freiherrn v. Lüdinghausen und auf dem Hinterlande ein 25 Meter langer und breiter und 10 Meter hoher massiver Bau, der der Sauerstoff-Industrie-Aktiengesellschaft (Kurfürstendamm 226) gehörte. Dieses hallenartige Gebäude war vor etwa fünf Jahren errichtet worden und gehörte zunächst dem bekannten Physiiker Professor Dr. Raoul Viciet. Vor zwei Jahren übernahm es die Sauerstoff-Industrie-Aktiengesellschaft, die dort eine Versuchsanlage herstellte. Neben der Halle liegen zwei Gasometer, die den erzeugten Sauerstoff aufnehmen. Am Sonnabendabend war in der Versuchsanstalt bis zur üblichen Stunde gearbeitet worden. Ueber Nacht blieben zwei Arbeiter in der Halle zurück, der Maschinist F r e u n d und der Arbeiter Ferdinand R u m l a n d aus der Prinz Georgstr. 8 zu Schöneberg. Wenige Minuten nach 2 Uhr kam die Anlage plötzlich unter donnerähnlichem Knall zur Explosion. Strahlenweit wurde die Detonation gehört und die Häuser bebten in ihren Grundfesten. Auf den benachbarten Grundstücken gersprangen infolge des gewaltigen Luftdruckes eine Unmenge Scheiben und Schaulenfer, und an einigen Häusern wurden sogar Ziegelsteine aus der Dachbekleidung herausgerissen. Die Versuchsanstalt selbst war vollständig in die Luft geflogen. Schwere Steinblöcke waren weit weggeschleudert worden und bedeckten das Gartengelände. Als die aus dem Schlaf geschreckten Mieter der umliegenden Häuser hinzueilten, stand die Anlage vollständig in Flammen. Stodwerkloch schossen die Feuergerben empor und rötelten bald den nächtlichen Himmel. Die Wilmersdorfer Feuerwehr war schnell zur Stelle; angesichts der gefährlichen Situation rief der Brandinspektor aber auch noch die Nachbarwehren — Charlottenburg, Schöneberg und Berlin — zu Hilfe. Auch aus Friedenau rückte ein Löschzug an. Die Löscharbeiten mußten mit der größten Vorsicht ausgeführt werden, da fortwährend noch kleinere Explosionen erfolgten. Im ganzen wurde mit acht Schlauchleitungen Wasser gegeben. Das Hauptaugenmerk mußte darauf gerichtet werden, die beiden Gasometer zu schützen. Zum Glück waren diese Behälter ziemlich leer. Als die Mannschaften in das Innere der brennenden Halle vordrangen, fanden sie den Maschinisten Freund als Leiche vor. Er war fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die Beine waren dem Unglücklichen abgerissen und der Kopf war förmlich auseinandergefallen. Die Leiche wurde von der Polizei aufgenommen und nach dem Schauhaus gebracht. Freund war unverheiratet und wohnte auf dem Wedding in Berlin. Sein Kollege Rumland ist wie durch ein Wunder dem Tode entronnen. Er wurde durch den gewaltigen Luftdruck mit der Dede der Halle in die Luft geschleudert und blieb mehrere Meter von dem Gebäude liegen. Er erholte sich bald wieder, da er anscheinend nur geringe Verletzungen davongetragen hat und wurde nach der Rettungswache gebracht. Von dort konnte er nach Anlegung von Verbänden in seine Wohnung entlassen werden. Er ist aber vorläufig durch den Schreck noch so bekommen, daß er noch keine Angaben über die Ursache der Explosion machen kann. Die Ablösung des Brandes zog sich bis in die neunte Vormittagsstunde hin. Die Brandstelle bietet einen graufigen Anblick. Das ganze Gelände ist mit Schutt- und Steinmassen förmlich übersät.

Die Leiche eines Soldaten wurde gestern vormittag um 9 1/2 Uhr von Parkwächtern an der Schleuseninsel im Tiergarten gefunden und gelandet. Die Revierpolizei ließ sie nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof bringen und benachrichtigte die Militärbehörde. Der Exhumierung wurde festgesetzt als der Pionier Bröske von der 2. Kompagnie des 15. Pionier-Bataillons, das in den Reichslanden steht. Ob er hier abkommandiert oder beurlaubt war, oder wie er sonst nach Berlin gekommen ist, weiß man nicht. Es ist deshalb auch noch nicht möglich zu sagen, ob er verunglückt oder freiwillig ins Wasser gegangen ist.

Drei gewerbdmähige Stadtbahnfledderer wurden am Sonnabendabend von Beamten der Sonderpatrouille der Kriminalpolizei

wieder einmal auf freier Lat erlappt und festgenommen, drei „Arbeiter“ namens Wilhelm Propp, Wilhelm Dinow, der früher Gärtner war, und Richard Schäfer. Alle drei sind schon wiederholt und scharf bestraft. Propp verließ erst vor 14 Tagen wieder das Zuchthaus, seine beiden Spießgesellen befanden sich schon etwas länger auf freier Fuße. Die Kriminalpatrouille beobachtete, wie Propp gleich nach seiner Entlassung sich mit seinen beiden Freunden wieder auf der Stadt- und Ringbahn zu schaffen machte. Am Sonnabend unternahmen die drei wieder Rundfahrten, über deren Zweck kein Zweifel bestand. Die Fledderer hatten es auf Leute abgesehen, deren Börfen nach der Lohnzahlung gefüllt waren und die, nachdem sie wohl noch ein Glas über den Durst getrunken hatten, in späterer Stunde einschliefen und über das Ziel hinausführten. Sie beobachteten, wie alle drei auf dem Bahnhof Bellevue zu einem Wanne, der schlafend einsam in seinem Kiste lag, einstiegen und sich neben ihn setzten, und fuhrten in demselben Wagen mit. Einer von ihnen sah, daß die Fledderer schon auf dem Bahnhof Friedrichstraße mit der „Arbeit“ fertig waren und eiligt ausstiegen wollten. Er verständigte rasch seine Kameraden, und so gelang es, alle drei zu erwischen. Sie versuchten noch, ihre Beute, ihr Portemonnaie und andere Sachen des Gefledderten auf die Weise zu werfen. Das gelang ihnen aber nicht, weil man ihre Absicht gleich merkte. Die alten Sünder wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und gestern wieder dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte. In Mariendorf spricht am Donnerstag, den 28. Februar c. t., nicht Herr Dr. Wochner über das Thema „Hygiene des Ohres“, sondern Herr Dr. Kroll über das Thema „Hygiene der Geburt und des Wochenbettes“ (nur für Frauen). Der Vortrag findet im Gymnasium Kaiserstr. 17/21, abends 8 Uhr, statt.

Für Groß-Berlin. Der neugebildete Propagandaausschuss hat für Sonntag, den 3. März, mittags 12 Uhr, eine öffentliche Versammlung (Neue Welt, Halensee) einberufen. Als Redner sind angefordert: Dr. Bernhart Dernburg, Oberbürgermeister Dominicus, Geh. Rat Dr. Hermann Ruffhus und Dr. Albert Südekum, M. d. R. Das Thema lautet: „Was erwarten wir vom Zweidritteljahr?“ Die Wieder von Räte Kollwitz gezeichnete Anknüpfung der Versammlung trägt wieder den Text: „600 000 Groß-Berliner wohnen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit 5 und mehr Personen besetzt ist. Hunderttausende von Kindern sind ohne Spielplätze.“

Am Sonnabend, den 24. d. Mis., ist bei dem vom Zentralverband der Schuhmacher im Schweizergarten veranstalteten Maskenball ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Ein goldenes Armband ist verloren gegangen. Der Verlierer resp. der Finder wolle sich im Bureau des Schuhmacherverbandes, Blankensfeldstraße 10, von 10—1 oder von 4—7 Uhr melden.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Mit der Stadtverordnungsfrage unseres Dorfes beschäftigt sich am Freitagabend eine außerordentliche Gemeindevertreterversammlung. Der Gemeindevorsteher hatte dem Antragsteller der bürgerlichen Linke, dessen Absicht es war, eine Spezialkommission zu dem Minister des Innern zu delegieren, den Wind aus den Segeln genommen. Wie der Gemeindevorsteher zu Beginn der Sitzung mitteilte, hatte auf seine Anfrage der Landrat geantwortet, der Minister des Innern habe erklärt, daß er bei der bevorstehenden Staatsberatung im preussischen Landtag vielleicht Gelegenheit nehmen werde, einige Worte über die Stadtverordnungsangelegenheit zu sagen. Dieses gnädige ministerliche „Vielleicht“ veranlaßte den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen, was der Gemeindevorstand und die Rechte des Hauses offenbar gewollt hatten. Da man aber nun einmal bekommen war, brachte man wenigstens die so häufig präparierten Reden über die Sache an den Mann. Hauptächlich der Festredner des Mietervereins, Herr Kortbus, stürzte sich in Unkosten. Ueber die „unberäußerlichen Menschenrechte, die mit uns geboren sind“ und auf Grund deren Steglitz die Verteilung der Stadtrechte zu verlangen habe, redete er sich in eine Begeisterung hinein, daß seine Rede gleich einem Sturzhaach hervorbrach. Sätze und Worte sich überschlagend. Diesen Reaktionen der Linke von Menschenrechten reden zu hören, kommt einer Entweihung dieser „unberäußerlichen Rechte“ gleich. Nachdem sich die bürgerliche Linke und Rechte noch verschiedene Schmeicheleien an den Kopf geworfen hatten, war die Vorstellung beendet. Und das Resultat: „Wir warten weiter!“ Etwas Neues brachte übrigens die Rede des Herrn Kortbus als „Rebenprodukt“. Er plauderte so nebenbei aus, daß die demnächstigen Gemeindevahlen der dritten Abteilung nicht an einem Sonntag stattfinden, wie die Gemeindevertretung gewünscht hat, sondern an zwei aufeinanderfolgenden Wochentagen. Der Gemeindevorstand hat also offenbar den Gründen unseres Vertreters in voriger Sitzung sich nicht verschließen können, daß an einem Wochentage bei der großen Zahl der Wähler gütliche Wahlen nicht zustande kommen können. Er verweist aber die vorgeschlagenen Sonntagswahlen und will nun die Wahlen auf zwei Tage ausdehnen. Nach unserer Ansicht ist das unzulässig. Die Landgemeindeordnung bestimmt in § 59: „... Die Bekanntmachung muß den Raum, den Tag und die Stunden... genau bezeichnen.“ Wenn Worte einen Sinn haben, kann es also nur einen Wahltag geben. Doch so oder so: die Arbeiterwähler werden ihren Mann stehen.

Schöneberg.

Der mysteriöse Tod einer jungen Frau beschäftigt seit gestern morgen die Schöneberger Kriminalpolizei. Die in dem Hause Ringbahnstr. 271 wohnhafte 23jährige Frau Auguste Wuffe klagte am Sonntagmorgen über festes Unwohlsein und Schmerzen, die sich gegen Abend so sehr steigerten, daß ein in der Nähe wohnender Arzt zu Hilfe gerufen wurde. Dieser vermochte die Krankheit zunächst nicht festzustellen und entfernte sich, um, wie er angab, am nächsten Morgen noch einmal wiederkommen. In der Nacht verstarb die Frau unter furchtbaren Qualen. Am Montagmorgen erodierte der Arzt nochmals, konnte jedoch die Todesursache nicht konstatieren. Nach seiner Ansicht kann es sich um einen Fall von Genickstarre handeln. Es wurde sofort die Schöneberger Polizei verständigt, welche die nötigen Maßnahmen traf und die Leiche der Frau zur Obduktion beschlagnahmte.

Sanktmit.

Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden wie folgt statt:
1. Klasse: Freitag, den 1. März, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends in der Turnhalle des Realgymnasiums, Raulbachstr. 63—67.
2. Klasse: Sonnabend, den 2. März, von 1/9 bis 1/10 Uhr vormittags und von 6—7 Uhr abends im Kommissionszimmer Nr. 38 des Rathauses.
1. Klasse: Montag, den 4. März, von 10—11 Uhr vormittags im Kommissionszimmer Nr. 40 des Rathauses.
Den Wählern werden amtliche Ausweisarten zugestellt, welche im Interesse einer glatten Abwicklung des Wahlganges vorzulegen sind. Die ohne Karte erscheinenden Wähler müssen sich durch ihren Steuerzettel legitimieren.
Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Wählerversammlung in Dobns Festsaal Kaiser-Wilhelm-Straße 34, statt. Tagesordnung: „In letzter Stunde“. Referent: Genosse Dr. Julius M o s e s.
Parteiengenossen sorgt für Massenbesuch.

Groß-Lichterfelde.

In einer öffentlichen Gemeindevählerversammlung sprach am Dienstag im „Kaiserhof“ Genosse Th u r o m - R e u f o l d. In packender Weise führte derselbe den Anwesenden die Ungerechtigkeit des Gemeindevahlrechtes vor Augen und besonderer Berücksichtigung des schändlichen Hausbesitzerprivilegs. An einer Reihe von Beispielen konnte der Redner nachweisen, wie die bürgerlichen Vertreter in den Kommunen dieses elende Wahlrecht noch zu ver-schlechtern suchten. Andererseits wieder zeigte er, wie überall da, wo unsere Genossen in den Kommunalvertretungen Fuß gefaßt haben, ganz gewaltige Fortschritte zu verzeichnen sind. Was Genosse Thurov von den bürgerlichen Vertretern unter lebhaftem Beifall im allgemeinen gesagt hatte, konnte Genosse W e n z e l an der hiesigen Gemeindevertretung im besonderen treffend nachweisen; denn auch hier wird dem fatten Bürger noch Möglichkeit auf die Weine, dem Arbeiterpad aber auf die Strümpfe geblieben. So stellte Genosse Wenzel einem Jugeständnisse des Gemeindevertreters Maier, daß von allen Vororten Groß-Lichterfelde den Beifall am wenigsten besteuere, einen Auspruch des Schöffen Dr. Lengner gegenüber: „Für soziale und Verkehrszwecke hat die Gemeinde kein Geld übrig.“ Weiter beleuchtet die Arbeiterfreundlichkeit unseres Dorfparrlamentes der Ursprung, daß die Grundbesitzervereine durch Herrn Gemeindevorteher Horn den Antrag einbrachten, die Gemeinde solle in Zukunft bei Neubauten nur die Einrichtung von 4- und mehr Zimmerwohnungen zulassen, da die kleinen Mieter den Armenelast zu sehr belasten (ihm wurde vom Schöffen Dr. Danino das Gegenteil bewiesen), und entgegengesetzt die Tatsache, daß die Gemeinde für die Schüler der höheren Lehranstalten weit höhere Zuschüsse zahlt, als für die Gemeindegelüler, so z. B. für einen Schüler des Schiller-Gymnasiums jährlich 232,54 M., für einen Gemeindegelüler dagegen nur 99,96 M. Während vor einigen Jahren ein Antrag des Wahlvereins, in Gemeinderiege Arbeiterwohnungen zu beschaffen, abgelehnt wurde mit der Begründung, daß die Gemeinde nicht gut den Unternehmern am Orte Konkurrenz machen könne, fiel dieser Grundsatz fort, als es galt, den höheren Kreisen eine billige Eisquelle zu schaffen und als man plötzlich entdeckte, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei für ein Gemeindevirtshaus, wo auch der verwidmete Gaumen bei einem Diner zu 3—5 M. auf seine Rechnung kommen kann. Am Schluß wies Genosse Wienecke darauf hin, daß am 5. März im Süden bei G e p e l und am 12. März im Westen bei Richter ebenfalls Wähler-versammlungen stattfinden, in denen die Klassen Reichstagsabgeordnete Kuhnert und Feldmann sprechen.

Lichtenberg.

Ueber Zweck und Nutzen der Arbeitergefangenvereine referierte in einer am Sonntag bei Erteit, Pfarrstr. 74, stattgefundenen Sängerver-sammlung Genosse Kupfer. In der dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgenden regen Diskussion brachten alle Redner ihr Einverständnis mit den Darlegungen des Referenten zum Ausdruck. Von dem Grundsatze ausgehend, daß nur große Chöre Großes leisten können, verpflichteten sich die Anwesenden, die den bürgerlichen Gesangvereinen noch angehörenden organisierten Arbeiter auf das Ungehörige ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen und sie dem „Männerchor Lichtenberg“ zuzuführen. Die regelmäßigen Uebungsstunden des Vereins finden jeden Donnerstag abend von 9—11 Uhr bei Erteit, Pfarrstr. 74, statt.

Borghagen-Rummelsburg.

Den Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Gemeindevorte-reter erarbeitete in einer gut besuchten öffentlichen Gemeindevähler-versammlung Genosse J o h n. Die Hauptfrage bildete die Verschmelzung mit Lichtenberg. Der Referent schilderte die Gründe, welche die Rummelsburger leiteten, der Verschmelzung zuzustimmen. Des weiteren schilderte der Referent die Entwicklungsmöglichkeit Lichtenbergs. Durch die Eingemeindung können die häßlichen Gas- und Elektrizitätswerte ihre Produktion bedeutend vergrößern und zur Stabilisierung der Finanzen beitragen. Weiter versicherte Lichtenberg noch über große Terrain, die der Wohnung erschlossen werden können und so eine erhebliche Entwicklungsmöglichkeit bieten, was in Rummelsburg nie der Fall gewesen wäre. Auch dürfen nach dem Vertrage die in Rummelsburg bestehenden Wohlfahrtsvereine nicht verschleiert werden. Zum Schluß ging der Redner auf die zwei bürgerlichen Parteien, die „Grundbesitzer“ sowie die „Bürger“-Bereinigung ein. Die Grundbesitzer seien gegen jeden Fortschritt in der Gemeinde, sie verrieten eine ausgeprägte Selbstsüßpolitik ihrer eigenen Klasse. Der Bürgerverein, der ja in sozialen Fragen verständiger, aber nicht immer zureichend sei, vertritt gleichfalls eine einseitige Politik und proletarische Interessen seien ihm gänzlich fern. Da derselbe meistens aus Beamten bestehe, werde er durch Angeberei bei der vorgelegten Vorbe von dem Grundbesitzerverein stark beeinflusst. Der lebhafteste Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Genossen John und der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorte-reter einverstanden sind. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. In kurzer Diskussion wurde von dem Rednern zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert, nur diese können eine Aenderung der bestehenden Zustände herbeiführen. Da der Verschmelzungstermin noch nicht genau feststeht und voraussichtlich erst der 1. Juli in Betracht kommt, müssen noch die Neuwahlen stattfinden. Die gewählten Gemeindevorte-reter treten bei der Verschmelzung mit vollen Rechten in das Lichtenberger Stadtparlament über, so daß wahrscheinlich die gemeinschaftlichen Stadtverordnetenwahlen im November dieses Jahres vorgenommen werden. Die Wahl der 3. Abteilung findet das erste Mal an einem Sonntag, den 10. März, von 10—6 Uhr, und die der 2. Abteilung am Montag, den 11. März, von 10—8 Uhr statt. Es müssen zwei Gemeindevorte-reter in der 3. Abteilung und 3 in der 2. Abteilung gewählt werden. In der 2. Abteilung wurde für den Bezirk Rummelsburg der Genosse Ritter und für Borghagen die Genossen Otto J o h n und M ü l l e r aufgestellt. In der 3. Abteilung wurde für Rummelsburg der Genosse T e m p e l aufgestellt. Für den Bezirk Borghagen konnte die Auffstellung noch nicht erledigt werden; dieses wurde dem Wahlkomitee überlassen. Die Versammelten verpflichteten sich zum Schluß, die sozialdemokratischen Kandidaten mit verstärkter Stimmengahl wieder in die Gemeindevertretung zu wählen.

Friedrichsfelde.

Zur kommenden Gemeindevorte-reterwahl nahmen die Genossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung Stellung. Nachdem Genosse S c h w e n t zunächst einen kurzen Ueberblick über den ver-schlossenen Teil des Geschäftsjahres gegeben hatte, besprach er die kommenden Wahlen zur Gemeindevertretung. Er konnte auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß die Wahlen entsprechend dem Vorgehen anderer Gemeinden auch für unsern Ort, und zwar für die dritte Abteilung, an einem Sonntag stattfinden werden. Aber während die Gegner früher der Sozialdemokratie das Feld kamplos überlassen haben, werden sie diesmal doch wieder einen Versuch wagen, uns das Mandat streitig zu machen. Doch das Mandat werde errungen werden, auch wenn der Gegenkandidat, Herr Meßner, sich mutvoll hinter verschlossenen Türen zurückzieht, um sein Programm (!) zu entwickeln. Die Ein-ladung zu dieser „Wahlversammlung“ erfolgen nämlich laut Bekanntgabe nur für die Person und sind nicht über-tragbar! Demgegenüber gewährt die Sozialdemokratie zu ihrer Versammlung, die am 5. März bei Bürger stattfinden wird, j e d e r m a n n freien Zutritt und volle Redefreiheit. Einstimmig wurde Genosse O t t o F r e n z e l, Schuhmachermeister, als Kandidat der Sozialdemokratie aufgestellt. Genossen sorgt dafür, daß er mit überlegener Stimmengahl gewählt wird.

Nieder-Schöne-weide.

Zur Gemeindevorte-reterwahl nahm eine öffentliche Wähler-versammlung Stellung, die am Donnerstag im Wirtshaus „Dorely“ stattfand. Von den einzelnen Rednern, den Genossen W e n z e l, D i e z n e r und dem Referenten Genossen Carl L e i d - B e r l i n wurden die Forderungen der Sozialdemokratie auf gemeindevähler-

Gebiete dargelegt und die Notwendigkeit, auch im hiesigen Ortsparlament durch Sozialdemokraten vertreten zu sein, aufs nachdrücklichste betont. Ein infames Dreiklassenwahlrecht entzöge die erworbene Bevölkerung und räume ihr nur einen recht bedingten Einfluß ein, der durch das Grundbesitzerprivileg noch besonders beeinträchtigt wird. Am hiesigen Orte gehören der 1. Klasse 2 Wähler, der 2. Klasse 36 Wähler an, während 1450 Wähler in der 3. Klasse wählen. Diese Klassenabteilung hat es bisher zu verhindern gewußt, daß im hiesigen Gemeindeparkament Sozialdemokraten eindringen könnten. Die Verfassungen gelobten, mit aller Kraft bei der diesmaligen Wahl, deren Termin leider noch nicht bekannt gegeben ist, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Als solcher wurde einstimmig Genosse Paul Wenzel aufgestellt. An den Genossen ist es nun, bis zum Tage der Wahl alles daran zu setzen, daß endlich auch im hiesigen Gemeindeparkament Drosche gelogt wird.

Waldershof.

Was der Polizei bisher nicht gelungen ist, nämlich mit Erfolg gegen die Arbeiterjugend einzukreuzen zu können, weil sie nicht über geeignetes Material verfügt, soll, so berichtet man uns, jetzt annehmend durch die Schule erreicht werden. Vor einigen Tagen erhielt das Lehrpersonal der 2. Gemeindefschule (Mädchenschule) Anweisung, die Kinder auszuwachen, ob die älteren Geschwister im Alter von 14 bis 18 Jahren Arbeiter-Turnvereinen, Bildungsvereinen usw. angehören und ob dieselben Sozialdemokraten seien. Wert wurde darauf gelegt zu erfahren, ob solche Vereine am Orte bestehen. Namentlich soll danach gefragt worden sein, ob der Arbeiter-Turnverein noch die Schülerabteilungen unterhält. Trotzdem von einigen Kleinen der Wahrheit gemäß gesagt wurde, daß die Übungsstunden eingestellt seien, wollte eine Lehrerin partout wissen, wer der Leiter der — nicht mehr vorhandenen Schülerabteilungen ist. Wozu, muß man sich fragen, soll eine solche Fragererei dienen. In welche Lage wird übrigens das Lehrpersonal gegenüber den Kindern gedrängt, wenn es die Kinder ausfragt, ob ihre Eltern und Geschwister Sozialdemokraten seien! Wie kann unter diesen Umständen Vertrauen zwischen Lehrer und Kindern vorhanden sein? Die aber soll auch ein gutes Einvernehmen zwischen Elternhaus und Lehrern nach derartigen Vorgängen bestehen. Die bereits im Schreiben begriffene Haltung in der Mehrzahl der Bevölkerung können sich die Lehrkräfte der Gemeindefschulen erst dann wieder eringen, wenn sie sich nur der Erziehung und Bildung der ihnen anvertrauten Kinder widmen und alle Anträge, Spießdienste zu leisten, weit von sich weisen.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurden die Revisionen vom 30. Dezember und 29. Januar sowie die außerordentliche Revision vom 20. Februar besanftigt. Staatsüberschreitungen fanden bei den Unterhaltungskosten des Straßenpflasters mit 281,50 M. statt, beglichen werden bei den Desinfektionskosten 200 M. mehr gefordert für Desinfektionen, welche im Interesse der Gesundheitspflege auf Kosten der Gemeinde ausgeführt werden. Beide Staatsüberschreitungen wurden bewilligt. Die Vorkostenträge mit dem Forstfiskus wegen der Kohlenabgabe an der Spree und der Feldbahnstrecke von der Spree bis zur Gasanstalt wurden auf ein Jahr verlängert. Die Kosten hierfür betragen 643 M. Des weiteren wurde der Pachtvertrag mit dem Forstfiskus betr. des Sport- und Spielplatzes um ein Jahr verlängert. Die Verpackung des Kurparkes soll nochmals neu ausgeschrieben werden, da dieser mit Gas- und Wasserleitungsanlagen versehen wird und die Gemeinde eine höhere Pachtsumme zu erzielen hofft. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, dem Deutschen Verband des Jugendbundes für entschiedenes Christentum die Hälfte der Umsatzsteuer für seinen Geschäftsaufbau in der Abornallee zu erlassen, wurde, nachdem Genosse Stephan gegen diesen Antrag gesprochen hatte, mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Vom Gemeindevorstand wurde die Errichtung einer Polizeiwache im Ortsteil Dirschgarten beantragt mit der Begründung, daß die weite Entfernung einen besonderen Sicherheitsdienst erfordert. Gleichzeitig soll die Polizeiwache eine Telefonverbindung direkt mit Friedrichshagen erhalten. Die Kosten im Betrage bis zu 800 M. wurden bewilligt. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß auf Antrag des Gemeindevorstandes die Regierung den Zuschuß zu den Volksschulunterhaltungskosten von 3000 auf 6000 M. erhöht hat. Betreffs des Zusammenlegungsverfahrens im Osten wurde mitgeteilt, daß in nächster Zeit mit der Vermessung der Straßen usw. begonnen wird, damit noch in dieser Bauperiode mit dem Bauen angefangen werden kann. Hierauf fand noch eine längere geheime Sitzung statt.

Der Haushaltsplan für das Steuerjahr 1912 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1.061.700 M. gegen 708.900 M. im Vorjahre. Die Erhöhung des Gesamterlöses hat seine Ursache in der Erwerbung der Gasanstalt, welche mit 323.500 M. in Einnahme und 285.000 M. in Ausgabe das erste Mal im Etat enthalten ist. Es kommen demnach 38.500 M. Uberschuß für die Gemeinde in Betracht. Die Einnahmen setzen sich unter anderem wie folgt zusammen: gewerbliche Unternehmungen 395.758,50 M., Kurparkverwaltung 1401 M., Hauptabteilung 1590 M., Straßen und Wege 4830 M., Feuerlöschwesen 175 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 9100 M., Volksschulverwaltung 15.120 M., höhere Schulen 55.500 M., Gesundheitspolizei 4240 M., Armenverwaltung 690 M., indirekte Steuern 42.000 M., direkte Steuern 440.820 M. Die Ausgaben betragen unter anderem: gewerbliche Unternehmungen 339.602 M., Kurparkverwaltung und Verköstigung des Ortes 9987 M., Hauptabteilung 12.865,90 M., Straßen und Wege sowie Straßenbeleuchtung 67.800 M., Feuerlöschwesen 2700 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 116.500 M., Volksschulverwaltung 180.000 M., höhere Schulen 107.300 M., Gesundheitspolizei 14.300 M., Armenverwaltung 41.400 M., indirekte Steuern 485 M., direkte Steuern 54.900 M., Vergütung und Löhne der Gemeindefunktionäre 38.445,18 M. Der Einkommensteuereinzugsatz soll von 140 auf 135 Proz. herabgesetzt werden. Von der Erhebung der Einkommensteuer bis 1900 M. wird Abstand genommen. Die Gemeindesteuern für die 1. und 2. Klasse sind auf 270 Prozent, für die 3. und 4. Klasse auf 202½ Proz. festgesetzt gegen 280 resp. 210 Proz. im Vorjahre. Die Grundsteuererträge betragen wie früher 3,5 Promille für bebauten und 7 Promille für unbebauten Grundbesitz.

Die öffentliche Sitzung der Gemeindevorstellung, in welcher der Haushaltsplan zur Beratung steht, findet am Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, statt.

Pankow.

Die bevorstehenden Gemeindevahlen haben, wie stets, wenn es zur Wahl geht, auch diesmal wieder unter den Bürgerlichen eine wüste Käufererei um die Kandidaturen gezeigt. Bürgerverein, Grundbesitzerverein, Mieterverein und wie sonst die Interessengruppen und Gruppen sich alle nennen mögen, sind sich gegenseitig, namentlich wegen der erledigten Mandate in der ersten und zweiten Wählerabteilung, in die Haare geraten und man darf gespannt sein, wie die Sache enden wird. Anders dagegen unsere Genossen. In aller Ruhe haben sie ihre Wahlvorbereitungen getroffen. Mit zwei großen Wählerversammlungen haben sie am Dienstag letzter Woche den Wahlkampf eröffnet und in einer außerordentlichen Generalversammlung der Organisation am letzten Sonntag die Aufstellung der Kandidaten für die allein in Frage kommende dritte Abteilung vorgenommen. Am kommenden Freitag wird dann nochmals eine große Wählerversammlung stattfinden, in der das letzte Wort an die Wähler gerichtet werden soll. An den Genossen ist es nun, nicht nur für guten Besuch dieser Versammlung recht rasch zu agieren, sondern vor allem auch durch zahlreiche und tatkräftige Beteiligung an den noch zu erledigenden Wahlarbeiten während dieser Woche wie am kommenden Sonntag —

dem Tage der Wahl — dafür zu sorgen, daß den Gegnern recht augenfällig demonstriert wird, daß ihre angestrebten Vermählungen um die dritte Wählerabteilung vergebliche Mühe war.

Weißensee.

Gemeindevorstellung

Am Sonntag, den 8. März, von 12 bis 5 Uhr nachmittags, finden die Wahlen zur dritten Abteilung statt: Bezirk 1: Wahllokal „Bergbrauerei“, Berliner Allee 211/215; Kandidat Gewerkschaftsbeamter Franz Schlemminger. Bezirk 2: Wahllokal „Präsident“, Lehderitz 122; Kandidat Zeitungsbote Kurt Fuhrmann. Bezirk 3: Wahllokal „Lafayette“, Langhausstraße 106; Kandidat Kassenangehörer Albert Taubmann. Die Wahlen zur zweiten Abteilung finden am Montag, den 4. März 1912, statt. Es wählt der 1. Bezirk von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends im Restaurant „Bergbrauerei“, Berliner Allee 211/215, Kandidat ist der Gastwirt Franz Content. Der 2. Bezirk wählt von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends im „Schloß Weißensee“, Berliner Allee. Kandidat ist der Zigarrenhändler Franz Grauer.

Außerdem muß im 1. Bezirk der zweiten Abteilung für den zum Schaffen gewählten Gemeindevorordneten Remes noch eine Ersatzwahl stattfinden. Dieselbe findet am Dienstag, den 5. März, von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends in der „Bergbrauerei“ statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist hier der Maurer Otto Kahl. Die Wähler der 2. Abteilung, Bezirk 1, müssen also am Montag und Dienstag zur Wahl gehen. Alles andere ist auf den Wahlaufforderungen, die jedem Wähler zugestellt werden, bemerkt. Zum Schluß weisen wir nochmals darauf hin, daß sich die Genossen heute, Dienstag abends, von 7 Uhr ab in den Wahllokalen zur Verbreitung der Wahlbriefe zahlreich einfinden müssen.

Unübertrefflich im Vergehen von Tatsachen scheint der Vorsitzende der alten Fraktion und sein G. m. b. H.-Organ zu sein. Herr Konig hat im Grundbesitzerverein — nämlich die Verhandlungen der letzten Gemeindevorstellung direkt auf den Kopf gestellt und in der Vereinszeitung wird der Faden mit derselben Dreistigkeit weiter gesponnen. Als Prätorianer der fortschrittlichen Fraktion werden von ihr unsere Genossen im Gemeindeparkament bezeichnet, weil sie mit den Fortschrittlichen in der Frage der Kanalisationsbeiträge einer Meinung sind und des weiteren mit deren Hilfe das Ledigenheim unter Dach und Fach gebracht haben. In seiner Hilfslosigkeit hat ja auch denn der Vorsitzende der alten Fraktion sich an die Forenfen herangewagt, um diese für die bevorstehenden Wahlen vor dem Einfluß der Sozialdemokraten zu warnen. Die Tatsache, daß Herr Konig bei jeder Gelegenheit unseren Genossen seine Wünsche unterbreitet, verkehrt er, wie auch sein Organ die schon mehrfach wiederholten Aufstellungen unterschlägt, doch nicht etwa im Interesse der sozialdemokratischen Gemeindevorstellung. Die Arbeiterchaft wird das Verhalten unserer Genossen im Gemeindeparkament zu wahren wissen, wenn sie mit anderer Hilfe Vorteile für die Allgemeinheit herauszufinden suchen. Die Gemeindevorstellungen sind vor der Tür und durch verdoppelte Stimmenzahl müssen unsere Vertreter gewählt werden, die Herren der alten Fraktion müssen endlich erkennen lernen, daß die große Masse der Einwohnerchaft hinter ihren Vertretern steht, daß sie es nicht nötig hat, dieser oder jener Partei Liebesdienste zu erweisen.

Spandau.

Stadtvorstanderversammlung. Der Vorsteher Lüdicke hatte gleich für Donnerstag und Freitag je eine Sitzung anberaumt für den Fall, daß der zur Beratung stehende Haushaltsplan für 1912 in einer Sitzung nicht erledigt würde, was allerdings eine überflüssige Sorge war. Der Etat schließt ab in der ordentlichen Verwaltung mit 10.520.000 M. und in der außerordentlichen Verwaltung mit 3.017.110 M., zusammen mit 13.537.140 M. gegen 12.474.840 M. im Vorjahre. Gleichzeitig mit dem Etat ist eine Vorlage eingebracht worden, daß vom 1. April 1912 ab von den Einkommen bis zu 680 M. keine Kommunalsteuern mehr erhoben werden. Die Steuerzuschläge sollen dieselben bleiben wie im Vorjahre, nämlich 150 Proz. zur Einkommensteuer, 268 Proz. zur Grund- und Gebäudesteuer, 240 Proz. zur Gewerbesteuer und 50 Proz. zur Betriebssteuer. Vor Beratung des Etats gab der Stadtkämmerer Weber einen Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten. Aus demselben ist folgendes bemerkenswert: beim Gewerbeamt waren anhängig 277 Klagen gegen 252 im Vorjahre; beim Kaufmannsgericht betrug die Anzahl der Klagen 18 gegen 24 im Vorjahre. Die Rechtsauskunftsstelle gab 4754 Auskünfte gegen 3139 im Vorjahre. Der Gesamtwert des städtischen Grundbesitzes beträgt 80 Millionen Mark. Das Kapitalvermögen der Stadt beträgt 4.858.551,28 M., die Schuldenlast der Stadt beträgt zurzeit 33.809.627 M. Der durch Steuern aufzubringende Betrag in Höhe der sonst ungedeckten Ausgaben der ordentlichen Verwaltung stellt sich auf 2.901.000 M. und ist um 248.900 M. höher als im Vorjahre. Dieser Mehrbetrag wird aufgebracht durch Mehrerträge an Gemeindevorsteuereinnahmen mit 120.775 M., Grundsteuer 92.125 M., Biersteuer 2000 M., Hundesteuer 1000 M., Luftfahrtssteuer 6000 M. und Wertzuwachssteuer 25.000 M. — Das Reich leistet einen Zuschuß von 150.000 M. — Es fand zunächst eine allgemeine Besprechung über den Etat statt. In dieser Besprechung stellte der Stadtv. Dr. Baumert den sonderbaren Antrag, die Wertzuwachssteuer dem Steuerungsgleichfunds, der jetzt 235.032 M. enthält, zuzuführen. Der Antrag fand natürlich keine Zustimmung. Ebenso fand sein Wunsch kein Entgegenkommen, die Umsatzsteuer zu ermäßigen. Genosse Pieper sprach sich gegen den Verkauf von städtischem Gelände überhaupt und speziell durch Vermittler aus. Als man seinerzeit einen Teil des Stadtwaldes an das Johannisstift für einen billigen Preis verkaufte, ließ es die Steuerzahler sollten entlastet werden. Von einer Entlastung habe aber bis heute niemand etwas bemerkt. Der Genosse machte dann mehrere Vorschläge, wo gespart werden kann, z. B. bei der Polizei, beim Hoch- und Tiefbauamt usw. Redner stellte sodann den Antrag, der freien Turnerschaft, die am 9. oder 10. März ihr Gauturnfest abhält, für einen dieser Tage die Jubiläumsturnhalle, die doch aus Mitteln städtischer Steuerzahler erbaut ist, zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde, nachdem der Oberbürgermeister Köhler, der Stadtvorordnete Herrfath und der Stadtvorordnete Wender dagegen gesprochen, abgelehnt, trotzdem Genosse Biedlich sich erboten hatte, den freien Turnern zu empfehlen, die in der Jubiläumsturnhalle aufgestellten Wästen des Kaiserpaars und des Oberbürgermeisters mit einer gewissen Anbacht anzusehen. Der Wüste des Oberbürgermeisters wollte er allerdings die Widmung geben: Dieser Oberbürgermeister ist kein arbeiterfreundlicher Mann. Bei der Einzelberatung des Etats beantragte Genosse Pieper, der Arbeiter-Samariterkolonne ebenso wie den anderen Samariterkolonnen 300 M. zuzuwenden. Der Antrag wurde abgelehnt. — Schließlich wurde der Etat genehmigt.

Hohen-Schönhausen.

In der Gemeindevorstellung wurde an Stelle unseres Genossen Engel, der sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt hat, Herr Friedhofsinspektor Riedel in die Gesundheitskommission gewählt. Die Lieferung eines Sprengwagens wurde der Firma Witte u. Prokoff in Hohen-Schönhausen zum Kostenpreise von 1100 M. übertragen. Der Mitinhaber der Firma, Herr Witte, ist Gemeindevorsteher. Der Herr betonte bei der Besprechung über diesen Gegenstand, daß er um 135 M. billiger liefern könne wie die Firma Helmer in Hamburg, da die letztere höhere Löhne zahlen müsse. Die für das Rechnungsjahr 1912 zu erhebende Kanalisationsgebühr wurde auf 3 Proz. vom Nutzungswert oder 3,75 Proz. im Vorjahre, festgesetzt. — Sodann ersuchte unser Genosse Ziel den Gemeindevorsteher, die kommenden Gemeindevahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er sich eventuell dazu bereit finden würde. Nachdem Genosse Reiber das Hinausschieben der Auflösung der Gemeindevorsteher gerügt hatte, teilte der Gemeindevorsteher mit, daß dieselbe im Laufe der

kommenden Woche stattfinden. Dann trat Genosse Siebenwirt mit Erfolg für die Abgabe von Kartoffeln an linderreiche Familien ein, deren Einkommen 1850 M. nicht übersteigt.

Bei der am 20. Februar stattgefundenen Schöffenswahl wurde der bisherige Schöffe Herr Schube mit 13 gegen 4 Stimmen wiedergewählt.

Grünau.

Mit der bevorstehenden Gemeindevahl befaßte sich die letzte Mitgliederberatung des Wahlvereins. Nach einem Referat des Genossen Wigner sowie einer hierauf folgenden sehr regen Diskussion wurden als Kandidaten die Genossen Franz (Angelesener) und Wigner (Nichtangelesener) aufgestellt. Für den vom Orte Scheidenden Schriftführer Franz Schmidt wurde Genosse Franz Klein gewählt. Außerdem wurden noch Genossin Fischer als Beisitzerin und Leiterin des Frauenabends, Genosse Schaefer als Beisitzer und als Delegierter zu der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung die Genossen Lewanowski und Lantow gewählt.

Röntgenal, Zepernick und Schönnow.

Eine von 150 Personen besuchte Gemeindevorsteherversammlung nahm am Sonntag im Lokal von Lange Stellung zur Gemeindevorsteherwahl. Der Referent, Gemeindevorsteher Genosse Hartmann — Treptow kennzeichnete das kommunale Dreiklassenwahlrecht, durch das Ort 8 Wählern der ersten und 44 Wählern der zweiten Klasse ebensoviel Recht zustehen wie 800 Wählern der dritten Klasse. Des weiteren zeigte der Redner, wie die besitzenden Vertreter bei allen kulturellen Forderungen verlagen, weil sie nur ihr persönliches Interesse wahrnehmen. Es sei daher Pflicht der Wähler, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die für die Interessen der Allgemeinheit eintreten. Nach dem beifällig ausgenommenen Vortrag erstattete Gemeindevorsteher Genosse Schulz den Tätigkeitsbericht, der allgemein befriedigte. Nach der hierauf folgenden Diskussion wurde der bisherige Gemeindevorsteher Genosse Franz Lange in der dritten und Genosse Hermann Hauswich in der zweiten Abteilung aufgestellt. Am Schluß der Versammlung richtete Genosse Köpfer die Mahnung an die Versammelten, bis zum Tage der Wahl eine lebhafteste Agitation zu entfalten.

Während in der von der Sozialdemokratie einberufenen Wählerversammlung auch Bürgerliche willkommen waren, meiden es letztere streng, in ihren Versammlungen an demselben geladenem Publikum Einlaß zu gewähren. Das zeigte sich so recht in einer am Sonntagabend in Zepernick stattgehabten bürgerlichen Versammlung, wo sich auch einige Genossen eingefunden hatten. Vor Eröffnung der Versammlung wurden die ungeladenen Besucher aufgefordert, den Saal zu verlassen und zwar unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen.

Die Herren bekannten Genossen verließen den Saal, während es einem „Kinderdächtigen“ vergönnt war, dem Streit, der sich hierauf zwischen Grundbesitzern und Bauern abwickelte, beizuwohnen. Wahrscheinlich es muß schlecht um die Sache der Bürgerlichen bestellt sein, daß ihre Beratungen nicht mehr das Licht der Öffentlichkeit vertragen können.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn hier Treppen — 1. Stock — wochentags von 4½ bis 7¼ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommentqualität beigemessen wird, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. R. 12. 1. Spezifikation gemächlich. 2. Die eingezahlten Beträge gelten als Nachlag; an dem die Wähler den Zahlungen übergeben sind. Anrechnung insoweit zulässig, als Pflichtteilrechte verletzt sind. 3. Ja. 4. 1. April. 5. Kann als öffentlich bemerkbare Arbeit angesehen und unterlag werden. — **Z. B. 18.** 10 bis 30 M. Dingu kommen noch je 1 bis 2 M. für jeden Wochenbesuch. — **C. R. 96.** Ja. — **P. R. 89.** 1. Sofa, eventuell Bettsofa, Spiegelstühl, Tischstühle. 2. Der Vermieter hat Anspruch auf vorzugsweise Belegung aus dem Erbs. — **B. 13.** 1. Zunächst Anmeldung Vorges. Richter bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. 2. Auf Verlangen der Schulbehörde ja. — **Nr. 17 899.** Die angegebenen Tatsachen sind keine Ehehindernisse. Etwa 70 M. würden Sie beim Trennungsurteil um Unterhalt der Familie aufzubringen haben. — **Treptow 50.** Sollten wir für unzulässig. Sehen Sie sich mit der Anstalt in Verbindung. — **G. B. 444.** a) und b) Soweit ersichtlich, beide nicht. Richter Sie ein Gesuch an den Magistrat, für den Fall der Ablehnung an die Stadtvorstanderversammlung. — **Nr. 7.** Ja. — **M. Sch. 100.** Gesetzliche Gründe. Klagegegenstand sind etwaige zeitliche Verfügungen. — **S. 14.** 1. Gemeinde ist anzunehmen. 2. Nicht notwendig. 4. Ja. 5. Dagegen läßt sich nichts tun. 6. Ja, bei der Ablehnung für Zwangsvollstreckung. — **J. G. 20.** Erlauchen Sie die Vollstreckung um Bescheid unter Hinweis darauf, daß auch die zweite Karte nicht eingetroffen ist. — **Nicht 17.** 1. Den angemessenen Wert nur bei der nachfolgenden Lohnzahlung, später nicht. 2. Antrag an die Landesversicherungsanstalt. 3. Einige Wochen. — **G. L. 1.** 1. und 2. Ja, eine Ministerialverordnung. 3. Ja. — **M. 2. Restlos.** 1. Invalidenversicherungspflichtig ja, transterritorienpflichtig nein. 2. Ja, bis spätestens am 15. eines mit Wirkung zum 1. kommenden Monats. — **G. W. 59.** 1. und 2. Die Witwe und das eheliche Kind als gesetzliche Erben. 3. Die Erben haben aber die Verpflichtung zur Fortzahlung der Alimente. Das uneheliche Kind kann aber abgemindert werden mit einem Betrag in Höhe des Pflichtteils eines ehelichen Kindes. — **65.** Ja. — **Karl 100.** 1. Nur wegen Beilegung. Antrag auf Bestätigung wegen Ehebruch kann erst gestellt werden, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs rechtskräftig gelöst ist. 2. Ja. 3. Rechtsanwalt nicht notwendig, aber, soweit ersichtlich, gemächlich. — **N. 1912.** 1. Nur dann, wenn bestimmte Apothekernoten geführt werden. 2. Widam Approval. 3. Polizei. — **G. B. 1886.** Ja. — **274 Weite.** Eine Klage gegen den Konkursverwalter erscheint nicht aussichtslos. — **D. G. 45.** 1. Kaufvertrag zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll. 2. Ja, falls die Einkünfte aus dem Grundbesitz veräußert werden. 3. und 4. Darüber befragen Sie Juristen. — **H. B. 29.** Fordern Sie von der Firma Rückzahlung. — **Die Adresse der Firma erfahren Sie beim Gerichtsvollzieher.** — **W. M. 12.** Die Heirat ist zulässig. — **G. 7.** Die Fragen lassen sich nur nach Einrichtnahme in den Abzahlungsvertrag beantworten. — **N. 97.** Nein, an dem wenn freie Kost oder Logis gewährt wird. — **M. R. 100.** 1. Recht in der Regel als Scheidungsgrund nicht aus. Es muß die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft vorausgehen. 2. Falls der Mann für schuldig erklärt ist: nein. — **C. G. 79.** Nein. — **M. R.** Der Erit hat in diesem Falle kein Zurückbehaltungsrecht. — **N. G. 77.** 1. Ja. 2. u. 3. Möglich, vielleicht auf die Dauer eines Jahres. — **S. 3.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Nur zulässig, falls ein Gerichtsbescheid vorliegt. 4. U. E. als abgehoben. 5. u. 6. Die Klage auf Herausgabe erscheint durchführbar. — **G. R. 44.** Sie sind nicht zahlungs-, wohl aber herausgabepflichtig. — **C. G. 21.** Nein, Sie würden schadenlospflichtig werden, außerdem könnte die Handlung im Scheidungsprozess zu Ihren Ungunsten ausgelegt werden. — **Handlung, Charlottenburg.** Leider ja. — **Serba 500.** Zu einem geringen Betrag können Sie herangezogen werden. — **N. 112.** 1. Ja. 2. In der Regel ja. — **N. C. 125.** Fordern Sie vom Eigentümer Beilegung unter Pfändung. Beleidigt die Frist erfolglos, können Sie Vertragslösung und Schadenersatz verlangen.

N. R. C. Sie haben keinen Anspruch auf Beitragsrückerstattung. Witwengeld erhält die Witwe beim Tode des Versicherten, falls dieser nicht die Witwe selbst die Bezugszeit — je 300 Beitragsmonate — erfüllt haben. Anwartschaft nicht erforderlich, wie beim Anspruch auf Witwenrente. — **M. 1.** Höchstens drei Stunden täglich, während der Schulferien höchstens vier Stunden täglich, jedoch nicht zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens, ferner nicht vor Beginn des Vormittagsunterrichts, am Nachmittage erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts. — **M. R.** Wenn die Mutter in diesem Kalenderjahr verstorben ist, bis 1. Juli d. J. — **Oberh. 15.** Ihre Angaben reichen nicht. Ein Vergleich ist gemächlich. — **G. R. 12.** Das wäre möglich. Ein Recht dazu hätte die Armenverwaltung. — **110 Mann.** Das Schöffengericht Berlin-Mitte ist zuständig, da Sie den Brief nach dem im Bezirk dieses Gerichts befindlichen Bureau des Protokollbüros gerichtet haben. — **P. D. 8.** Das zweifelhafte ist, Sie sprechen mit einem Arzt. — **M. B. 21.** Sie müssen das Gewerbe in Lichterberg anmelden.

Marktbericht von Berlin am 24. Februar 1912. nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. **Marktblattpreise.** (Weinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 36,00—60,00. Wicken 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Rauhfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,20. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Hühner 1,20—3,00. Ferkel 1,80—3,80. Schmalz 1,40—2,60. Barische 1,00—2,00. Schmalz 1,00—3,20. Mehl 0,70—1,40. 60 Stück Weizen 4,00—30,00.

Riba Schokolade

Ribba Kakao

Riba Kakao

Für Gesunde und Kranke

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Latelot aus reinen Stoffen...

Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, leicht bei Gelegenheitskäufen...

Herrenanzüge 5. Handstücke, Redermanns allerbilligster Barren...

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

30 Prozent Rabatt Vorwärtsleiter.

Teppiche, Farbenbilder, jetzt labelhaft billig...

Gardinen, Fabrik, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 ufm.

Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Bettdecken...

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 8,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50...

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Bildern zu Spottpreisen...

Möbelverkauf, Anoleumstraße, labelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,95, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 ufm.

Teppiche, Vorwärtsleiter erhalten jetzt 30 Prozent...

Steppdecken billigt, Fabrik Große Frankfurterstraße 9.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9.

Geschäftsverkäufe, Zigarrengeschäft, langjährig...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Wäsche, dreifachmützig 1,50, komplett...

Möbelverkauf, Verkauf Schönebergstraße 73/74.

Einzelne Schreibtische 28, Bücherschränke, Wäffels, Kredenzen...

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Möbelangebot, Postbillig, Schönebergstraße 25.

Einzelne und Küchenmöbel, Küchen-gerichte, Teppich, Bilder, Krone...

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Möbel-Cobu, Große Frankfurterstraße 38.

Technikum, Berlin, Reanderstraße 3.

Patentanwalt Müller, Gütchinerstraße 81.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Patentanwalt Sejel, Gütchinerstraße 94a.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kassierer im Nebenamt für Annoncen-Expedition gesucht...

Nach Dresden bei gutem Lohn Kunstglasler gesucht...

Redogewandte Frauen werden zum Besuch von Verwandten...

Mam'ells auf Sackets verlangt...

20 Stenographinnen aufgem...

Sten. Stepperinnen auf gute Sachen im Hause verlangt...

Sten. Arbeiterinnen aufem Hause, Rollens 9-15 R. Neben...

Tüchtige Belegerinnen auf Gabeln verlangt...

Zeitungsfrauen sofort verlangt...

Stenographinnen, Nebenarbeiten verlangt...

Parteidienstliche Berichterstatter auf aussonnalem Gebiete...

Vertrauensstellung, irgendeiner Art sucht 20jähriger...

Wohnungen.

Prachtwohnungen, drei, zwei Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer...

Zimmer, möbliertes Vorzimmer an Herrn, Bad, Koffer 15,00...

Möbliertes Zimmer vermietet, Ködenerstraße 49...

Möbliertes Zimmer, 13 Karl-Werth, Petersburger Platz 1...

Ein kleines möbliertes Zimmer und möblierte Schlafstelle...

Murzimmer, ein oder auch zwei Herren, Mittelwalderstraße 44...

Möbliertes Zimmer, separ., 14 Karl, für Herrn, Stresemann-Schmidtstraße 10...

Möbliertes Zimmer, Herrn, Rosenkral, Kochstraße 54, III...

Möbliertes Zimmer, beheizt, Kottbuserstraße 2, vorn III links...

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Gartenstraße 63, vorn II...

Schlafstelle, allein, Graben, Jungferstraße, Ecke Stallgerstraße...

Möblierte Schlafstelle, 1 bis 2 Herren, Köpenickerstraße 23...

Billige Schlafstelle bei Frau Hermann, Gütchinerstraße 55...